

Frankreich

Adolf Kimmel

Die französischen Wahlen vom Frühjahr 2007

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs?

Stephan Martens

Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy

Wolfram Hilz

Perspektiven der „neuen“ deutsch-französischen Beziehungen

Frank Eckardt

Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue

Sabine Riedel

Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit

Editorial

Der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat auf der internationalen politischen Bühne einen furiosen Start hingelegt. Dem wortgewandten und schier omnipräsenten Staatsschef ist es in kurzer Zeit gelungen, Frankreich wieder zum Akteur der Weltpolitik zu machen. Die Jahre der politischen Lähmung der „Grande Nation“ unter Jacques Chirac, insbesondere seit dem „Non“ der Franzosen zum EU-Verfassungsvertrag, scheinen vergessen.

Sarkozy hat als Innenminister auch mit provokanten Aussagen zur Kriminalität und zur Migrationspolitik von sich reden gemacht. Als Präsident will er Frankreich innenpolitisch reformieren und modernisieren; außenpolitisch soll es eine aktivere Rolle spielen. Vor dem Diplomatischen Korps in Paris bekräftigte der Staatspräsident seinen Willen zur Einmischung in die zahlreichen internationalen Konflikte, denn einen Staatsmann zeichne sein Wille aus, „den Lauf der Dinge zu verändern“.

Das gilt auch für Frankreichs Rolle in Europa. Sarkozy konnte erste Erfolge auf dem Brüsseler Gipfeltreffen erzielen. Auch am erfolgreichen Verlauf des von Bundeskanzlerin Angela Merkel geleiteten G8-Gipfels in Heiligendamm hatte Sarkozy seinen Anteil. Ganz oben auf Sarkozys politischer Agenda steht die Förderung der Interessen Frankreichs, insbesondere gegenüber den EU-Instanzen.

Der auf die Person zugeschnittene Politikstil Sarkozys wurde schnell mit Vokabeln wie „Hyperpräsident“, „Super Sarko“ oder „Monsieur 1000 Volt“ charakterisiert. Daneben gab es aber auch Kritik: Sein Aktionismus schwäche die Verfassungsinstitutionen und habe die Nationalversammlung ihrer Kontrollfunktion beraubt; Sarkozy wolle Staat, Regierung und Öffentlichkeit zugleich verkörpern.

Ludwig Watzal

Die französischen Wahlen vom Frühjahr 2007

Schon seit längerem war die französische Innenpolitik auf die Präsidentschaftswahlen am 22. April und 6. Mai sowie die Wahlen zur Nationalversammlung am 10. und 17. Juni 2007 ausgerichtet. Die Erfolge der Sozialisten bei den Kantonal-, Regional- und Europawahlen des Jahres 2004 ließen einen

Machtwechsel als möglich erscheinen.

Adolf Kimmel
Dr. phil., geb. 1938; Professor
(i. R.) für Politikwissenschaft,
zuletzt an der Universität Trier.
Adolf.Kimmel@t-online.de

Nach dem negativen Ausgang des Referendums vom 29. Mai 2005 über den europäischen Verfassungsvertrag, das einen

empfindlichen Rückschlag für Präsident Chirac bedeutete, galt seine abermalige Kandidatur als unwahrscheinlich, so dass es im Elysée-Palast auf jeden Fall zu einem Machtwechsel kommen würde.

Die Wahl des Präsidenten fand in mehrfacher Hinsicht in einer ganz besonderen Konstellation statt. Zum ersten Mal überhaupt trat kein ehemaliger Präsident oder Premierminister an und – mit Ausnahme der Wahl von 1995 – trafen erstmals seit 1974 nicht der Amtsinhaber und sein wichtigster Herausforderer aufeinander. Die Kandidaten der beiden wichtigsten Parteien, der Sozialisten und der (Neo-)Gaullisten bewarben sich erstmals um dieses Amt, und sie konnten nur auf eine relativ begrenzte Regierungserfahrung verweisen.¹ Damit gewann die Frage, ob die Kandidaten das für dieses wichtige Amt nötige „Format“, die nötige „Statur“ besitzen, eine besondere Bedeutung. Vor allem hinsichtlich Ségolène Royal stellte man sich diese Frage, während Nicolas Sarkozy seit 2002 schon wichtige Ressorts innegehabt hatte (das Innen- sowie Wirtschafts- und Finanzministerium).

Keine andere Präsidentschaftswahl war von der vorangehenden noch so beeinflusst wie diese Wahl. Das Ergebnis von 2002, namentlich das Ausscheiden des sozialistischen Kandidaten im ersten Wahlgang, hatte auf das Wahlverhalten einen erheblichen Einfluss.

Die einzig aussichtsreichen Kandidaten – neben Sarkozy und Royal konnte auch der zentristische Kandidat François Bayrou dazugezählt werden – verkörperten einen weit hin für notwendig gehaltenen Generationswechsel, denn sie waren erst zwischen 50 und 55 Jahre alt. Schon im Wahlkampf hatten die Vertreter dieser neuen Generation erklärt, dass sie das Präsidentenamt nicht als ein Schiedsrichteramt wahrnehmen würden, sondern dass sie noch stärker als ihre Vorgänger die Politik aktiv mitgestalten wollten. Schließlich hätte mit der sozialistischen Kandidatin erstmals eine Frau Präsidentin werden können.

Die Kandidatennominierung

Im Vergleich zur Nominierung der Spitzenkandidaten bei Parlamentswahlen in den westeuropäischen Demokratien, die in aller Regel durch die Parteien erfolgt, dominierte in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen bisher eine Selbstnominierung quasi-monarchischen Typs, die – wenn überhaupt – von den Parteien der jeweiligen Kandidaten nachträglich nur noch ratifiziert wurden. Das gilt insbesondere für die Rechte, eingeschränkt auch für die Linke. Dieses Verfahren entsprach dem gaullistischen Mythos, wonach es sich bei dieser Wahl um „die Begegnung eines Mannes/einer Frau mit dem französischen Volk“ handelte, welche die Parteien nicht stören dürften. Während die Parteidisziplin bei den Sozialisten Mehrfachkandidaturen verhinderte, gab es aus den Reihen der Gaullisten mehrmals mehrere Kandidaten, ohne dass deswegen aber Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden wären. Erst seit 1995, nach dem Ausscheiden ihres „Übervaters“ Mitter-

¹ Zwar war 1969 auch Georges Pompidou als Kandidat ein Neuling, aber er konnte auf eine sechsjährige Erfahrung als Premierminister verweisen. Valéry Giscard d'Estaing hatte vor seiner ersten Kandidatur 1974 acht Jahre das wichtige Ressort des Wirtschafts- und Finanzministers innegehabt. Vergleichbar wäre allenfalls noch Lionel Jospin 1995. Er war vorher „nur“ Bildungs- und Erziehungsminister, aber auch mehrere Jahre Parteichef.

rand praktizierten die Sozialisten ein förmliches innerparteiliches Nominierungsverfahren, bei dem die Parteimitglieder entscheiden.¹²

Die Nominierung Sarkozys bedeutete einen Bruch mit dem Mythos und der Tradition des Gaullismus, denn er verdankt sie ausschließlich der Partei. Der entscheidende Tag war bereits der 28. November 2004, als Sarkozy – gegen den Willen von Präsident Chirac, auf dessen Betreiben hin 2002 die UMP (Union pour la majorité présidentielle) gegründet worden war – Vorsitzender dieser Partei wurde. Damit war er schon so etwas wie der natürliche Kandidat geworden, aber es wäre möglicherweise zu einem Konflikt zwischen dem Parteiwillen und dem gaullistischen Dogma gekommen, wenn nicht Chiracs Favorit, Premierminister Dominique de Villepin, seine Chancen im Frühjahr 2006 durch seine Politik, vor allem um den geplanten Erstanstellungsvertrag für Jugendliche (CPE), verspielt hätte. Die triumphale Kür Sarkozys durch die UMP-Mitglieder (98 % bei einer Beteiligung von 69 %) am 14. Januar 2007 entsprach dann den Erwartungen. Für die Erfolgsaussichten Sarkozys war also wichtig, dass sich die in der UMP geeinte gaullistische und die liberale Rechte erstmals seit 1969 auf nur einen Kandidaten einigen konnten.

Bei der Parti Socialiste (PS) folgte die Nominierung dem Muster des Jahres 1995. Allerdings handelte es sich bei Ségolène Royal um eine Überraschkungskandidatin, mit der nur wenige gerechnet hatten.¹³ Weder gehörte sie zum engeren Kreis der Parteiführung noch hatte sie ein Regierungsamt innegehabt, das sich an Wichtigkeit mit dem ihrer Konkurrenten vergleichen ließ.¹⁴ Dennoch setzte sie sich gegen ihre beiden verbliebenen Mitbewerber Dominique Strauss-Kahn und Lau-

rent Fabius durch.¹⁵ Wie ist dieses überraschende Ergebnis zu erklären? Zugespielt ließe sich sagen, dass die Partei nur ratifiziert hat, was Umfragen und Medien bereits vorentschieden hatten. Die Verfahren der innerparteilichen Demokratie waren durch die Medien- und Stimmungsdemokratie überspielt worden. Die Frage bleibt, warum Royal zur „Madonna der Umfragen“, warum sie die Favoritin der Medien wurde. Eine entscheidende Voraussetzung lag sicher darin, dass es in der PS keinen unumstrittenen Kandidaten gab. Obwohl schon seit längerem aktiv – wenn auch nicht in vorderster Reihe –, war sie doch im Vergleich zu den „Parteelefanten“ in der PS ein neues Gesicht, das vielfach gewünscht wurde. Sie war keine Parteisoldatin. Es kam ihr wohl auch zugute, dass sie eine Frau war, noch dazu eine sehr gut aussehende, und Mutter von vier Kindern. Ausschlaggebend war sicher, dass nach den Umfragen nur sie in der Lage schien, den UMP-Kandidaten zu schlagen. Nicht wenige PS-Mitglieder dürften also, auch wenn sie gewisse Bedenken oder Vorbehalte hatten, vor allem aus diesem Grund für sie gestimmt haben. Schon bei den Regionalwahlen 2004 hatte Royal zudem bewiesen, dass sie selbst in einer schwierigen Konstellation gewinnen konnte.¹⁶

Der Wahlkampf: Personen und Themen

Da es bei der Präsidentschaftswahl um die Wahl einer Person in ein Amt geht, spielen die Persönlichkeiten der Kandidatinnen und Kandidaten eine zentrale Rolle. Ihre politischen Konzepte können zwar nicht von ihnen getrennt werden aber sie treten mitunter in den Hintergrund. Für die Sympathisanten der Rechtsparteien ist der personelle Faktor wichtiger als für die Sympathisanten der Linken. Insofern werden die Sozialisten, bei denen das auf Veränderung des Status quo zielende Programm eine wichtigere Rolle spielt, durch den Modus der Präsidentschaftswahl strukturell benachteiligt.¹⁷

¹² 1995 wurde auf diese Weise Jospin nominiert. Mit Henri Emmanuelli hatte er auch einen Gegenkandidaten.

¹³ Der bekannte Publizist Alain Duhamel z. B. hatte sie in seinem im Januar 2006 erschienenen Buch (*Les prétendants 2007*, Paris 2006) unter den 15 von ihm porträtierten möglichen Kandidaten nicht aufgeführt.

¹⁴ Diese beiden Kriterien hatten Alain Duhamel veranlasst, sie nicht zu berücksichtigen. Royal war 1992/93 Ministerin für Umweltfragen und 2000/02 beigeordnete Ministerin für Schulen bzw. Familie, Jugend und Behinderte.

¹⁵ In der Abstimmung am 16. 11. 2006 stimmten 60,7 % der Parteimitglieder bei einer Beteiligung von 82 % für sie.

¹⁶ Sie wurde in der konservativen Region Poitou-Charente, der politischen Heimat des damaligen Premierministers Jean-Pierre Raffarin, mit absoluter Mehrheit zur Regionalpräsidentin gewählt.

¹⁷ Vgl. Philippe Marlière, *Le PS et sa candidate en porte-à-faux*, in: *Le Monde* vom 16. 3. 2007. Der Autor

Das Persönlichkeitsprofil der beiden in die Stichwahl gelangten Kandidaten zeigt scharfe Kontraste.¹⁸ Insgesamt schreiben Sarkozy deutlich mehr Wähler die Statur eines künftigen Präsidenten zu.¹⁹ In den Punkten Reformwilligkeit, Entscheidungsfreude, Dynamik, Durchsetzungsstärke, Fähigkeit in internationalen Krisen zu bestehen und französische Interessen zu vertreten, politische Erfahrung und Kenntnis der Dossiers sowie Fähigkeit der staatlichen Autorität Respekt zu verschaffen, wird er deutlich besser bewertet als seine Konkurrentin. Schlechter als die sozialistische Kandidatin schneidet er ab, wenn es darum geht, den Bürgern zuzuhören und ihre Sorgen zu verstehen, Einvernehmen herzustellen und die Einheit der Gesellschaft möglichst zu bewahren, ruhiger, ausgeglichener zu entscheiden und zu regieren. Royal wirkt sympathischer, lebenswürdiger (*plus séduisante*), aber weniger kompetent und eben weniger geeignet für das angestrebte Amt. Sarkozy werden zwar die erforderlichen Fähigkeiten zugeschrieben, um den Anforderungen gewachsen zu sein, aber gleichzeitig wirkt seine autoritäre, kompromisslos-harte Persönlichkeit, die er vor allem durch seine law-and-order-Politik als Innenminister erworben hat, polarisierend und auf viele Bürger beunruhigend; es wird befürchtet, dass er die Gegensätze in der französischen Gesellschaft weiter vertiefen könnte, dass seine Worte und Taten sie weiter zu spalten drohen. Er gilt als machthungrig und unberechenbar, als jemand, der leicht die Beherrschung verliert. Sarkozys umstrittene Persönlichkeit¹⁰ wurde von seiner sozialistischen Konkurrentin gezielt und teilweise

auch erfolgreich als Wahlkampfthema eingesetzt.¹¹

Im Unterschied zum Wahlkampf 2002, als die innere Sicherheit das alles beherrschende Thema war, fehlte diesmal ein ähnlich dominierendes Thema. Sarkozy gelang es am besten, dem Wahlkampf thematisch seinen Stempel aufzudrücken. Er stellte traditionelle Werte in den Mittelpunkt, die nicht nur von den Sympathisanten der Rechten geteilt werden, sondern die darüber hinaus Zustimmung finden: Autorität und (innere) Sicherheit, Disziplin und Respekt, Leistung, die anerkannt, und Arbeit, die sich wieder stärker lohnen müsse,¹² Steuersenkungen, die allerdings vor allem Wohlhabenden und Unternehmern zugute kämen,¹³ aber auch Entlastungen möglichst vieler Bürger, um die Kaufkraft zu stärken.¹⁴ Vor allem insistierte er im Zusammenhang mit der Immigrationsfrage auf dem Problem der nationalen Identität und schlug recht nationale Töne an.

Royal stellte soziale Fragen wie Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung des Mindestlohns und der Kleinrenten oder Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch staatlich finanzierte Beschäftigung und die Ausweitung der 35-Stunden-Woche in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Allerdings gelang es ihr nicht, ihr Konzept einer „gerechten Ordnung“, das den Kampf gegen Ungleichheiten und Armut wie auch Verbesserungen im Schulsystem beinhaltete, hinreichend zu konkretisieren. Nicht nur bei den Themen Einwanderung, innere Sicherheit und Kampf gegen Kriminalität konnte Sarkozy erwartungsgemäß punkten, sondern auch bei den sozialen Fragen schnitt er besser ab als die sozialistische Kandidatin.¹⁵ Royal blieb vor allem eine über-

weist darauf hin, dass der bisher einzig erfolgreiche Kandidat der Linken, Mitterrand, ein eher „rechtes“ Profil gehabt habe. Nach einer Umfrage (www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8427.asp) war für 52 % der Royal-Wähler ihre Parteizugehörigkeit das Wahlmotiv, aber nur für 17 % der Sarkozy-Wähler (26. 4. 2007).

¹⁸ Vgl. Pascal Perrineau, *L'image de Nicolas Sarkozy*, in: Olivier Duhamel/Brice Teinturier (Hrsg.), *L'état de l'opinion*, Paris 2007, S. 75–94, bes. Tabelle S. 84–86.

¹⁹ 60 % gegenüber 40 % für Royal. Zahlen bei Jérôme Jaffré, *L'indiscutable défaite de Ségolène Royal*, in: *Le Monde* vom 8. 6. 2007. Während 57 % der Sarkozy-Wähler als Motiv angeben, er habe die Statur eines Präsidenten, sind es bei Royal nur 16 %. Vgl. Nachwahlumfrage (Anm. 7).

¹⁰ Selbst seine Wähler haben offenbar gewisse Bedenken, denn nur 22 % geben sie als Wahlmotiv an. Vgl. Nachwahlumfrage (Anm. 7).

¹¹ Nach J. Jaffré (Anm. 9) hat insgesamt einer von fünf Wählern als ein Motiv angegeben, den Sieg des politischen Gegners zu verhindern. Unter den Royal-Wählern betrug der Anteil 76 %.

¹² Weshalb er für eine weitere Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche eintrat: wer wolle, solle Überstunden machen dürfen – befreit von Steuern und Abgaben.

¹³ Er will die gesamte steuerliche Spitzenbelastung von 60 auf 50 % senken und die Erbschaftssteuer weitgehend abschaffen.

¹⁴ Neben der Steuerbefreiung für die Überstunden ist in diesem Zusammenhang die steuerliche Absetzbarkeit von Krediten für den Erwerb von Wohneigentum zu erwähnen.

¹⁵ Vgl. die Zahlen bei J. Jaffré (Anm. 9).

zeugende Antwort auf die Frage schuldig, wie ihre großzügigen sozialpolitischen Versprechen finanziert werden sollten, ohne die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen. Allerdings wurde auch Sarkozy von Experten vorgehalten, dass die Kosten seines Programms zu niedrig angesetzt seien und auch seine Vorhaben nicht die Sanierung der Staatsfinanzen als wichtiges Ziel anstrebten.

Während Sarkozy nach allgemeiner Einschätzung den professionelleren Wahlkampf führte, wobei ihm seine rhetorischen Fähigkeiten, sein Auftreten im Fernsehen und die Unterstützung seiner Partei zugute kamen, wies Royals Wahlkampf Defizite hinsichtlich Professionalität und Effizienz auf. Ihr Bemühen um Bürgernähe mit dem Konzept einer „partizipativen Demokratie“ wurde ihr als Führungsschwäche angekreidet, und es gelang ihr nicht, ihre Partei ähnlich geschlossen hinter sich zu bringen wie Sarkozy seine UMP.

Bemerkenswert ist das Internet als ein neues und intensiv genutztes Element im Wahlkampf. Dabei tat sich die PS-Kandidatin besonders hervor. Auch wenn die Bedeutung des neuen Mediums insgesamt nicht überschätzt werden darf (nur 5 % der Befragten erklärten, es sei für sie das wichtigste Medium politischer Information), dürfte es für die Wahlentscheidung vor allem der jüngeren Wähler, die in weit größerem Maß das Internet auch politisch nutzen, eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Das Wahlergebnis

Mit 83,8 % im ersten und 84 % im zweiten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung deutlich höher als 2002. Hinsichtlich der ersten beiden Plätze brachte der erste Wahlgang das von den Umfragen vorhergesagte Ergebnis. Sarkozy, seit seiner Nominierung am 14. Januar konstant an der Spitze der Umfragen, erzielte mit 31,2 % ein sehr gutes Ergebnis und übertraf Chirac um mehr als 11 Prozentpunkte.¹⁶ Damit hatte er das Potenzial der republikanisch-parlamentarischen Rechten aber noch keineswegs ausgeschöpft. Vor allem der Stimmenanteil François Bayrous bot noch ein Re-

servoir für die Stichwahl. Auch von der Wählerschaft des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen konnte er noch auf weiteren Zulauf hoffen.

Die sozialistische Kandidatin kam auf 25,9 % und gewann im Vergleich zu Jospin 2002 9,7 Prozentpunkte hinzu.¹⁷ Sie erreichte damit genau das Ergebnis wie Mitterrand 1981, als dieser dann in der anschließenden Stichwahl Giscard d'Estaing schlug. Darin brauchte aber noch kein gutes Vorzeichen gesehen werden, denn zum einen war der Abstand zu Sarkozy recht groß, zum anderen waren Royals Reserven für die Stichwahl viel kleiner.

Bayrous Ergebnis (6,8 %) galt als sensationell, bedeutete es doch fast eine Verdreifachung gegenüber 2002. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Kandidaten der (rechten) Mitte bei früheren Wahlen liegt das Ergebnis im „normalen“ Bereich, doch muss berücksichtigt werden, dass sich ein Teil seiner UDF (Union pour la démocratie française) der 2002 gegründeten UMP angeschlossen hatte.

Le Pen kam „nur“ noch auf 10,4 %, gegenüber 16,9 % 2002. Erstmals seit 1988 ist sein Ergebnis rückläufig, und zwar massiv.

Die linksextremen Kandidaten – Trotzkiisten, Globalisierungsgegner, Kommunisten – erlebten einen ähnlichen Absturz: von 19,1 auf 10,2 %.¹⁸ Hervorzuheben ist dabei das nahezu völlige Verschwinden der kommunistischen KPF (1,9 %), die in den 1970er Jahren noch Ergebnisse von über 20 % erzielte (bei Wahlen zur Nationalversammlung). Auch die Grünen schnitten mit ihrer Kandidatin sehr schlecht ab (1,6 %).

Wie ist das Ergebnis zu erklären? Le Pen verdankt seinen Rückschlag dem Image und dem Wahlkampf Sarkoys. Mit seiner harten Politik als Innenminister, seinen „markigen“ Sprüchen¹⁹ und seinen Wahlkampfthemen gelang es ihm, einen beachtlichen Teil der Le

¹⁶ Von den Kandidaten der bürgerlichen Parteien waren nur General de Gaulle 1965 und Pompidou 1969 deutlich, Giscard d'Estaing 1974 nur unwesentlich besser.

¹⁷ Wird berücksichtigt, dass Jean-Pierre Chevènement und Christiane Taubira 2002 kandidiert und Jospin Stimmen weggenommen hatten, diesmal aber Royal unterstützten, dann schrumpft der Zuwachs auf 3,1 %.

¹⁸ Die Grünen sind hier eingeschlossen, obwohl sie nicht als linksextrem bezeichnet werden können.

¹⁹ Erinnert sei nur an *racaille* (Gesindel), das – auf die revoltierenden Jugendlichen in der Pariser Banlieue

Pen-Wähler zu sich herüberzuziehen. Offenbar hat sich bei einem erheblichen Teil von ihnen der Realismus insofern durchgesetzt, als sie eingesehen haben, dass Le Pen selbst nie in eine Position kommen würde, um Politik zu gestalten. Folglich haben sie sich schon im ersten Wahlgang für den – ungleich aussichtsreicheren – Kandidaten entschieden, der ihren Auffassungen am nächsten steht.

Wie die Ergebnisse Sarkozys und Le Pens – zumindest teilweise – zusammenhängen, so sind auch die von Royal und der extremen Linken gegenseitig bedingt. Das Nachwirken des Schocks von 2002 und die feste Absicht, es nicht noch einmal zu einem ähnlichen Debakel (Ausscheiden des PS-Kandidaten im ersten Wahlgang) kommen zu lassen, dürfte die plausibelste Erklärung sein. Um sicher zu gehen, dass die Sozialistin in die Stichwahl kommt, haben linksextreme Sympathisanten schon im ersten Wahlgang „das kleinere Übel“ gewählt.¹²⁰

Bayrou verdankt sein Ergebnis vor allem den Schwächen der beiden „großen“ Kandidaten: der nicht alle Sarkozy-Gegner überzeugenden Statur Royals für das Amt wie auch ihrem Programm einerseits, der umstrittenen Persönlichkeit Sarkozys andererseits. Hinzu kommt, dass Bayrous Kritik an der Links-Rechts-Polarisierung der französischen Politik Anklang fand.

Auch die Stichwahl brachte das erwartete Ergebnis. Sarkozy gewann recht deutlich mit 53,1 %.¹²¹ Seinen Stimmenzuwachs verdankt er zum einen wieder den Le Pen-Wählern. Obwohl Le Pen sie aufgerufen hatte, sich „massiv“ zu enthalten, wurde sein „Befehl“ nur von einem Viertel befolgt. Fast drei Fünftel gaben Sarkozy ihre Stimme. Zum anderen gewann er fast die Hälfte der Bayrou-Wähler, obwohl Bayrou selbst erklärt hatte, er werde Sarkozy nicht wählen. Die Wähler folgten dem Aufruf der meisten UDF-Abgeordneten, den UMP-Kandidaten zu wählen. Sie bestä-

tigten damit, dass die (liberale, christdemokratische) Mitte der Rechten näher steht als den Sozialisten.

Der im Hinblick auf die Stichwahl wichtigste Aspekt war das historisch niedrige Niveau der Linken insgesamt. Mit 36 % war es das schlechteste Ergebnis seit 1969, als nach dem Mai 1968 viele Wähler ins konservativ-bürgerliche Lager gewechselt waren und als sich die sozialistische Partei mitten im Umbruch befand. Die wichtigste Ursache für das Ergebnis 2007 liegt in einem Rechtsruck der französischen Wähler und ihres Wertesystems. Kampf gegen Kriminalität; Ablehnung weiterer Zuwanderung, die als eine Hauptquelle der Kriminalität gesehen wird, Durchsetzung der staatlichen Autorität, Achtung von Disziplin und Arbeit und Kampf gegen „Sozialschmarotzer“,¹²² Stolz auf Frankreich – diese Werte werden offenbar von vielen Bürgern, gerade auch in den Unterschichten, geteilt, während sie von der Linken, auch den Sozialisten hintangestellt oder sogar abgelehnt werden.¹²³ Da Royals Reserven auf der äußersten Linken gering waren und ihr Flirt mit Bayrou sich an der Wahlurne nur begrenzt auszahlte, war, trotz des vergleichbaren Stimmenniveaus des ersten Wahlgangs, eine Wiederholung des Wahlsieges Mitterands von 1981 unmöglich.

Die Sozialisten haben – zum dritten Mal hintereinander – die Präsidentschaftswahl verloren, obwohl die Konstellation für sie diesmal günstig war. Umfragen wie heftige Proteste und die Zwischenwahlen 2004 belegten, wie rasch die Regierung nach dem Sieg Chiracs und der UMP 2002 unpopulär geworden war. Ihre Bilanz wurde weithin als unbefriedigend empfunden. Warum hat dennoch Sarkozy gesiegt, der Vorsitzender der UMP und in der gesamten Legislaturperiode seit 2002 Minister war? Zunächst einmal gelang ihm das Kunststück, trotzdem als Kandidat des Wandels, ja des „Bruchs“ mit der bisherigen Politik aufzutreten und gleichzeitig

bezogen – mit dem *Kärcher* (Hochdruckreiniger) beseitigt werden müsse.

¹²⁰ 56 % der Royal-Wähler erklären, die Kandidatin sei zwar nicht ihre Präferenz, aber sie wollten sicher sein, dass sie in die Stichwahl kommt. Vgl. www.tns-sofres.com (22. 4. 2007).

¹²¹ Bei einem Links-Rechts-Duell in der Präsidentschaftswahl hatte nur General de Gaulle 1965 mit 55,2 % besser abgeschnitten.

¹²² Sarkozy „bediente“ diese Einstellung, wenn er „das Frankreich, das früh aufsteht“, den faulen Langschläfern, die auf Staatskosten leben, gegenüberstellte.

¹²³ So erklärten in der Sofres-Umfrage (Anm. 20) 57 %, sie wünschten eine Gesellschaft mit mehr Ordnung und Autorität, während nur 37 % mehr individuelle Freiheiten wünschten. 83 % der Sarkozy-Wähler wünschen mehr Autorität, nur 16 % mehr individuelle Freiheiten; für Royal sind es respektive 27 bzw. 66 %.

das Regierungslager hinter sich zu bringen. Er ging in vielen Fragen auf Distanz zu Präsident Chirac wie zum Premierminister Dominique de Villepin, lange Zeit sein innerparteilicher Rivale für das Präsidentenamt, wahrte aber insgesamt die Loyalität zur Regierung. Seine Popularität wie seine herausragende politische Begabung sicherten ihm gegen alle Widerstände (Chirac selbst wollte ihn verhindern) die einhellige Nominierung durch die UMP-Mitglieder. Er gewann die Wahl, weil er im Vergleich zur sozialistischen Kandidatin der überzeugendere Kandidat mit dem überzeugenderen Programm war, weil er den besseren Wahlkampf führte und weil er von seiner Partei geschlossener unterstützt wurde. Dass Royal noch so achtbar abschnitt, verdankt sie einmal der Loyalität der PS-Sympathisanten,¹²⁴ zum anderen der festen Absicht vieler ihrer Wähler, Sarkozy zu verhindern.¹²⁵

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Die nach der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre (Verfassungsänderung vom 2. 10. 2000) beschlossene Festlegung der zeitlichen Abfolge der Wahlen führt dazu, dass die Wahlen zur Nationalversammlung nur wenige Wochen nach der Präsidentschaftswahl stattfinden. Auch diesmal hat sich – wie schon 2002 und bereits 1981 und 1988 – gezeigt, dass die Parlamentswahlen als Bestätigung der vorangegangenen Präsidentschaftswahl verstanden werden. Obwohl der Präsident ohne parlamentarische Mehrheit auf dem gesamten Feld der Innen-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nur wenig bewirken kann, da ihm entscheidende Kompetenzen bei der Gesetzgebung fehlen (vor allem besitzt er kein Vetorecht) und, auf der Grundlage des Verfassungstextes, insofern die Parlamentswahl die tatsächliche „Königswahl“ auch in der V. Republik ist,¹²⁶ ist spätestens seit 2000 unbestreitbar, dass dieser Titel faktisch der Präsidentschaftswahl zukommt. Diese übernimmt nun eine Art Leitfunktion und determiniert weitgehend die nachfolgenden Parlamentswahlen.¹²⁷

¹²⁴ Für 52 % ihrer Wähler das wichtigste Motiv. Umfrage Canallipos (Anm. 7).

¹²⁵ Vgl. Le Monde vom 29. 4. 2007.

¹²⁶ Edouard Balladur, Ne nous trompons pas d'élection reine, in: Le Monde vom 12. 1. 2000.

¹²⁷ Nur eine „Störung“ des Wahlkalenders durch Rücktritt oder Tod des Präsidenten oder eine von ihm

Erwartungsgemäß behauptete die Partei des Präsidenten die absolute Mandatsmehrheit. Die niedrige Wahlbeteiligung (60,4 % im ersten, 60 % im zweiten Wahlgang) erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus der verbreiteten Überzeugung, die mit der Präsidentschaftswahl getroffene Entscheidung werde ohnehin nicht mehr korrigiert. Allerdings brachte der zweite Wahlgang nicht den nach dem ersten Wahlgang mit dem Rekordergebnis von 45,5 % für die UMP und ihre Verbündeten prognostizierten Ausbau ihrer Mehrheit, sondern sogar einen empfindlichen Verlust von 46 Mandaten. Die Sozialisten (mit Verbündeten) gewannen 63 Mandate hinzu und vermieden so ein völliges Debakel. Davon bleibt der entscheidende Aspekt des Ergebnisses unberührt: Die UMP behauptete die absolute Mehrheit, womit Präsident Sarkozy über die erforderliche parlamentarische Mehrheit verfügt, um sein Programm umzusetzen.

Die Überraschung des zweiten Wahlgangs erklärt sich zum einen aus der im Unterschied zu den Sozialisten schwachen Mobilisierung der UMP, für die alles gelaufen schien. Noch wichtiger war, dass sich in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen die Wähler von Bayrou neuer Partei Mouvement Démocrate (MoDem) für die Sozialisten entschieden, nachdem ihre eigenen Kandidaten nicht mehr antreten konnten. Zum anderen hat das zwischen den beiden Wahlgängen bekannt gewordene und von der Mehrheit der Franzosen abgelehnte Vorhaben der Regierung, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die UMP mehrere Sitze gekostet.

Die Verlierer der Wahl war Bayrou MoDem, die mit 7,8 % der Stimmen nicht einmal die Hälfte seines Ergebnisses bei der Präsidentschaftswahl retten konnte und sich mit vier Mandaten begnügen muss. Damit bestätigte sich, dass ein erheblicher Teil seiner Wähler sich gemäß der UDF-Tradition für den bisherigen Koalitionspartner UMP entschieden hat. Zwar ist die Partei nach dem Stimmenanteil die drittgrößte Partei, aber Bayrou spürt in besonderer Schärfe die Mechanismen des französischen Mehrheitswahlsystems: Eine kleine Partei, die nicht bündnisfähig oder -willig ist, erringt kaum Man-

verfügte Auflösung der Nationalversammlung könnte diese Synchronisierung wieder aufheben.

date und ist auf parlamentarischer Ebene zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Zukunft sieht für die neue Partei ziemlich düster aus.

Der andere Verlierer ist Le Pens Front National, der auf 4,7 % absackte und nur eine Kandidatin in den zweiten Wahlgang brachte (nicht gewählt). Es mag noch verfrüht sein, der Partei das Totenglöckchen zu läuten, aber sie dürfte auf absehbare Zeit in der französischen Politik keine Rolle mehr spielen. Sarkozy ist es gelungen, ihr mit seiner Politik als Innenminister und mit seinem Wahlprogramm das Gros der Wähler abzuwerben, ohne dass er ihre Ideologie und ihre „Lösungen“ (*préférence nationale*) übernimmt, wenn er auch ihrer Wählerschaft ein Stück weit entgegenkommt.

Die Kommunisten und die Grünen verbessern zwar ihre sehr schlechten Ergebnisse der Präsidentschaftswahl und kommen auf 4,6 bzw. 3,3 %, aber diese immer noch dürftigen Zahlen bestätigen den anhaltenden Niedergang der Kommunisten und die ebenfalls seit ihrer Gründung anhaltenden Entwicklungsschwierigkeiten der Grünen. Obwohl die beiden Parteien vieles trennt – insbesondere die Einstellung zur Kernkraft –, bilden sie eine Fraktion, um in der Nationalversammlung wirksamer agieren zu können (und mehr staatliche Mittel zu erhalten).

Wahlsoziologische Anmerkungen

Haben bestimmte soziale Gruppen eine ausgeprägte Präferenz für bestimmte Kandidaten?²⁸ Gibt es gar ein Votum „Klasse gegen Klasse“, also die unteren Schichten für die Sozialistin, die oberen für den bürgerlich-konservativen Kandidaten?

Zunächst ließe sich vermuten, dass die Frauen die Frau deutlich bevorzugt hätten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Royal hat bei den Männern gegenüber den Frauen einen Vorsprung von 6 %; bei Sarkozy ist es genau umgekehrt. Wird der Faktor Geschlecht mit anderen sozialen Merkmalen kombiniert, so findet sich eine Erklärung für diesen auf den ersten Blick erstaunlichen Befund. Den größten Vorsprung gegenüber Royal erzielte Sar-

kozy unter den Wählern über 50 Jahren.²⁹ In diesen Altersgruppen, insbesondere bei den über 75-Jährigen, sind die Frauen deutlich zahlreicher als die Männer. Gerade bei den älteren Wählern und vor allem Wählerinnen dürften die Sarkozy-Themen Autorität und Disziplin, innere Sicherheit, Kampf gegen Kriminalität, restriktivere Einwanderung viel Zustimmung gefunden haben.

Wie eben angedeutet, finden sich die größten und für den Ausgang der Wahl entscheidenden Unterschiede in der Alterstruktur. Während Royal bei den 18- bis 24-Jährigen auf 61 % kam und auch bei den 30- bis 40-Jährigen deutlich besser abschnitt als Sarkozy, brachte diesem das massive Votum der über 50-Jährigen, die zahlreicher und wahlfreudiger als die Jungwähler waren, den Sieg. Würde das Wahlrecht mit dem Erreichen des Rentenalters (65) erlöschen, so wäre Royal Präsidentin.³⁰

Hinsichtlich der Berufsstruktur gibt es einige bemerkenswerte Aspekte. Für Royal stimmen, dem soziologischen Spagat der PS entsprechend, 53 % der Arbeiter wie der leitenden Angestellten und freien Berufe. Nicht verwunderlich, dass 63 % der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sie gewählt haben, aber nur 45 % aus dem Privatsektor. Allgemein werden weder sie noch Sarkozy eindeutig von einer bestimmten Berufsgruppe bevorzugt oder abgelehnt.³¹ Auffallend ist der zunehmende Stimmenanteil Royals mit steigendem Bildungsniveau. Das städtische, insbesondere akademisch gebildete intellektuelle Bürgertum, aber auch Jugendliche, nicht zuletzt jene arabischer und afrikanischer Herkunft in den Vorstädten, standen mehrheitlich hinter der Sozialistin,³² der vorwiegend auf dem Land und in Kleinstädten lebende *Français moyen* ohne Abitur hinter Sarkozy.

²⁹ 43 zu 57 % bei den 50- bis 74-Jährigen, sogar 37 zu 63 % bei den über 75-Jährigen.

³⁰ So J. Jaffré (Anm. 9).

³¹ Bemerkenswert ist der hohe Anteil der Arbeiter, die im ersten Wahlgang für Le Pen stimmen. Mit 23 % liegt er vor Sarkozy und Royal (beide 21 %). Offenbar sind ihm die vermutlich gering qualifizierten und in ihrem Sozialstatus bedrohten Modernisierungsverlierer ziemlich treu geblieben.

³² Symptomatisch: 94 % der Muslime haben Royal, aber 77 % der praktizierenden Katholiken haben Sarkozy gewählt. Zahlen nach J. Jaffré (Anm. 9).

²⁸ Den folgenden Angaben liegen die in den Anmerkungen 7 und 20 zitierten Umfragen zur Präsidentschaftswahl (erster Wahlgang) zugrunde. Ferner folgende Umfrage zur Stichwahl: www.csa-fr.com/dataset/data2007/opi20070506, (20. 5. 2007).

Die Zukunft der „republikanischen Monarchie“

Schon während des Wahlkampfes hat der neu gewählte Präsident erklärt, er wolle ein Präsident sein, der regiert. Seit seinem Amtsantritt setzt er diese Absicht in die Tat um. Die absolute Mehrheit, über die die UMP in der Nationalversammlung verfügt, ist die nötige Voraussetzung. Zwar haben alle Präsidenten der V. Republik die Entscheidungen, die sie für wichtig hielten, selbst getroffen – und nicht nur auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik –, aber keiner hat das in diesem Umfang getan und in dieser Offenheit die „Richtlinien der Politik“ bestimmt wie Sarkozy seit seinem Amtsantritt. Eine gewisse Zweideutigkeit, die das Präsidentenamt bisher umgab, ist damit jedenfalls beendet. Der Präsident agiert nicht als der überparteilich-neutrale Schiedsrichter gemäß Artikel 5 der Verfassung, sondern – ähnlich wie der amerikanische Präsident – gleichzeitig als Staats- und Regierungschef. Die Artikel 20 und 21, wonach die Regierung die Politik der Nation „bestimmt und leitet“ und der Premierminister die Tätigkeit der Regierung leitet, sind faktisch außer Kraft gesetzt. Der Premierminister setzt die vom Präsidenten beschlossenen Richtlinien um, sorgt, gemeinsam mit dem UMP-Fraktionsvorsitzenden, für die parlamentarische Mehrheit und koordiniert lediglich die Tätigkeit der Regierung. Die schon bisher stark auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassungspraxis wird also nicht nur fortgesetzt, sondern deutlich verstärkt.

Der Präsident ist nicht nur der unumstrittene Chef der Regierung, in der der Einfluss des kleinen Koalitionspartners, der rein rechnerisch gar nicht gebraucht wird, nur als gering einzuschätzen ist, sondern er ist auch als (faktischer, wenn auch nicht mehr nomineller) Parteichef unangefochten. Neben der Mehrheit in der Nationalversammlung kann sich der Präsident mit seiner Regierung auch auf eine Senatsmehrheit stützen. Zudem geht die Ernennung von acht der neuen Mitglieder des Verfassungsrates auf Politiker der Rechten zurück.¹³³ Die Regionen, die die Sozialisten 2004 fast alle gewonnen haben, bilden

¹³³ Noch dazu sitzen mit den ehemaligen Präsidenten Giscard d'Estaing und Chirac weitere Vertreter aus

kein ähnliches Gegengewicht wie die deutschen Bundesländer. Die Machtkonzentration ist stärker als je zuvor, vor allem wenn die guten Beziehungen Sarkozys zu einflussreichen Verlegern im Mediensektor berücksichtigt werden. Montesquieus Forderung, Macht müsse im Interesse der Freiheitssicherung durch Gegenmacht ausbalanciert werden, wird auf der institutionellen Ebene nicht beachtet. Die kontrollierenden Gegengewalten der Zivilgesellschaft (Interessengruppen, besonders die Gewerkschaften, „die Wirtschaft“, trotz Sarkozys Beziehungen auch die Medien), die französische politische Kultur, zu der rasch und nachdrücklich protestierende Bürger gehören, auch die EU mit ihren die nationale Politik einschränkenden Möglichkeiten verhindern, dass der Präsident „durchregieren“, dass er seine Vorstellungen ohne Rücksichtnahme auf die betroffenen Interessen durchsetzen kann, dass es gar zu einer autoritär-diktatorischen Entwicklung kommen könnte, selbst wenn der Präsident das wollte.

In seiner Rede zu Grundfragen der Verfassungsordnung der V. Republik und ihrer Entwicklung, die der Präsident am 12. Juli 2007 in Epinal gehalten hat,¹³⁴ hat Sarkozy dargelegt, in welchen Punkten er die Verfassung und die politische Praxis ändern will, ohne an die Grundstruktur der V. Republik zu rühren. Die „Herrschaft“ des mit großer Machtfülle ausgestatteten Präsidenten soll auf zwei Amtszeiten beschränkt werden, und er soll einmal jährlich über seine Politik Rechenschaft vor dem Parlament ablegen, was an den „Bericht zur Lage der Nation“ des amerikanischen Präsidenten erinnert. Ob der Präsident die politische Verantwortung für eine Wahlniederlage nach vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung oder einem verlorenen Referendum übernehmen wird, ließ er offen. Es ist weder daran gedacht, den Präsidenten parlamentarisch verantwortlich zu machen, noch ihm sein Auflösungsrecht zu nehmen. Sarkozy spricht sich sowohl gegen das präsidentielle Regierungssystem à la USA

diesem politischen „Lager“ mit vollem Stimmrecht in diesem Gremium.

¹³⁴ Die Wahl des Ortes wurde bewusst gewählt, um an eine Rede zu erinnern, die General de Gaulle am 29. 9. 1946 am gleichen Ort zur gleichen Thematik gehalten hat. Sarkozy hat in seiner Rede ein nachdrückliches Bekenntnis zu de Gaulle, dessen Rolle in der französischen Geschichte und zur V. Republik abgelegt. Vgl. Le Monde vom 12. 7. 2007.

aus wie auch gegen die Rückkehr zum „reinen Parlamentarismus“. Die französische Verfassung bleibt also ein „Bastard“.

Inwieweit das Parlament gestärkt wird (Sarkozy erwähnt unter anderem größeren Einfluss auf seine Tagesordnung, mehr ständige Ausschüsse, Beteiligung am präsidentiellen Ernennungsrecht für wichtige Posten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft) und inwieweit die Opposition bessere Kontrollmöglichkeiten erhält,¹³⁵ ist noch nicht erkennbar. Sicher ist, dass die Regierung die wichtigsten Instrumente des „rationalisierten Parlamentarismus“ behalten soll, um die Zustimmung eines eventuell widerstrebenden Parlaments zu ihrer Politik auch erzwingen zu können.¹³⁶ Eine Kommission soll bis zum 1. November 2007 konkrete Vorschläge erarbeiten. Die Diskussion über das Mehrheitswahlrecht, das zu erheblichen Verzerrungen in der Repräsentation führt, dürfte zur Beifügung einer eher schwachen „Dosis“ Verhältniswahl führen, wobei der mehrheitsbildende Effekt des Wahlsystems aber gewährleistet bleiben wird. Dadurch lässt sich der Fortbestand des bipolar strukturierten Parteiensystems mit je einer dominierenden Partei auf der Rechten (UMP) wie auf der Linken (PS) zwar nicht garantieren, aber die Bipolarität wird durch das Institutionengefüge und das Wahlsystem weiterhin entscheidend begünstigt. Voraussetzung für einen demokratisch wünschenswerten Machtwechsel nach einer längeren Regierungszeit einer Partei (2012 wäre die UMP zehn Jahre an der Macht) ist eine Erneuerung der PS, vor allem in programmatischer Hinsicht.

Welche der angedachten Verfassungsänderungen schließlich auch realisiert werden – es wird keine neue, keine VI. Republik geben.

¹³⁵ Ein Anfang ist, auf Drängen Sarkozys, die Überlassung des Vorsitzes im wichtigen Finanzausschuss in der Nationalversammlung an einen PS-Abgeordneten.

¹³⁶ So hat Sarkozy erklärt, den berüchtigten Art. 49, Abs. 3 beibehalten zu wollen. Danach kann der Premierminister jederzeit die Vertrauensfrage mit einer Gesetzesvorlage verbinden. Abgestimmt wird dann über einen Misstrauensantrag, sofern einer eingebracht wird, oder gar nicht. Von dieser Möglichkeit wurde bisher 81 Mal, für 47 Vorlagen, Gebrauch gemacht.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs?

Über zwei Jahre lang war Frankreich, wichtiger Gründerstaat der EWG/EG/EU und traditioneller Ideengeber und (Mit-) Initiator aller integrationspolitischer Fortschritte, in Europa kaum wahrzunehmen. Denn am 29. Mai 2005, als 54,8 Prozent der Franzosen (bei nahezu siebzigprozentiger Wahlbeteiligung) den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE) per Referendum ablehnten, wurde das Land in eine europapolitische Schreckstarre und Lähmung katapultiert, die bis zur Präsidentschaftswahl 2007 anhielt. Das Fatale an der Situation war, dass Frankreich nur wenig zur Überwindung der tiefen EU-Krise, für die es maßgeblich verantwortlich zeichnete, beitragen konnte, solange keine Antwort auf die Frage gefunden war, wie das Nein des Souveräns zu respektieren und gleichzeitig die angestammte und hoch notwendige Rolle des Promotors des europäischen Einigungsprozesses auszuüben sei.

Nachdem mit den Gipfelbeschlüssen vom 21. bis 23. Juni 2007 dieser gordisch-französische Knoten durchschlagen werden konnte, ist der sich abzeichnende europapolitische Kurs des neuen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Auch wenn Frankreich nun wieder nach Europa zurückgekehrt ist,¹ lassen man-

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Dr. rer. pol.; geb. 1956; Professorin für Internationale Beziehungen und Europaforschung an der Universität Würzburg, Wittelsbacherplatz 1, 97074 Würzburg.
mbb@mail.uni-wuerzburg.de

¹ „Ce soir, la France est de retour en Europe“, so der neue Staatspräsident am Abend des 6. 5. 2007, in: *Le Monde* vom 8. 5. 2007.

che Positionen des ungewöhnlich energisch, zupackend und temporeich auftretenden „speedy Sarko“ – wie der schnell erworbene Spitzname des neuen Hausherrn im Elysée-Palast lautet – doch Zweifel daran aufkommen, ob Frankreich unter seiner Führung wieder eine konstruktive europapolitische Rolle spielen und sich positiv in die Gegebenheiten einer EU-27 einfinden kann. Sarkozy scheint vor überbordenden Führungsansprüchen und Nationalegoismen nicht gefeit, so dass die Sorge umgeht, er könne ein „unbequemer Partner in Europa“ werden.¹² Im Besonderen steht zu befürchten, dass er Europa (wieder) als bloßen Verstärker französischer Interessen instrumentalisiert bzw. missbraucht.

Um Sarkozys bisherigen Kurs bewerten zu können, muss zunächst eine europapolitische Bilanz seines Amtsvorgängers Jacques Chirac gewagt werden: Hat der langjährige Staatspräsident verlässliche Fundamente hinterlassen, auf die Sarkozy bauen kann und muss? Oder besteht das Chirac'sche Erbe nicht vielmehr in der Unfähigkeit, im Frankreich der Post-Maastricht-Ära einen neuen, soliden und parteiübergreifenden Konsens zu stiften, der Frankreich wieder unverbrüchlich in der integrationspolitischen Avantgarde verankert?

Jacques Chiracs Hinterlassenschaft

Vergleicht man Frankreichs Europapolitik während der Amtszeiten Jacques Chiracs (1995 bis 2007) mit jener seines Vorgängers, François Mitterrand (1981 bis 1995), so fällt zunächst ihr schlingernder Kurs, ihre Unstetig- und Wechselhaftigkeit auf. Während Mitterrand sich mit ungeheurer Hartnäckigkeit und unter dem Motto: „Soviel Integration wie nötig, soviel einzelstaatliche Souveränitätswahrung wie möglich“ für die Vertiefung der Integration einsetzte und somit erreichte, dass die 1980er Jahre und frühen 1990er Jahre zum „goldenen Zeitalter des Aufbaus Europas und der französischen Europapolitik“ avancierten,¹³ ließ Chirac ein vergleichbar verlässliches Engagement von Anfang an vermissen. Insbesondere versäumte er es, die eu-

ropapolitische Spaltung Frankreichs zu überwinden, die mit der Maastricht-Debatte ausgelöst worden war und die angesichts des Endes des Ost-West-Konflikts und der neuen weltpolitischen Lage, angesichts von Globalisierung und Entgrenzung, angesichts der veränderten Bedeutung des Nationalstaates und seiner Gestaltungsmöglichkeiten vielschichtiger Ausdruck der abgrundtiefen französischen Verunsicherung über die eigene Rolle und Bedeutung im künftigen Europa war.¹⁴

Dieses Versäumnis lag zum einen an Chiracs persönlichem Zugang zum europäischen Integrationsprozess, zum anderen daran, dass er seine Europapolitik oft der Innenpolitik unterordnete, sie also in die Geiselhaft häufig wechselnder innen- und parteipolitischer Konstellationen nahm. Hinzu kam seine „predilection for rapid policy and identity changes“,¹⁵ die Edouard Balladur zu dem Bonmot veranlasste: „Jacques ist wie der Beaujolais. Jedes Jahr wird uns ein neuer verkauft“. ¹⁶ Andere meinten: „Wenn ihm auch Überzeugungen fehlen, so hat er doch Instinkt“. ¹⁷

So prägten denn auch weniger Prinzipien und Grundüberzeugungen als vielmehr politischer Instinkt seine Europapolitik, die er außerdem abrupten Politik- und Kurswechseln aussetzte. Während Chirac im so genannten Appell von Cochin (1978) deutlich antieuropäische Töne angeschlagen hatte, reihte er sich in den dramatischen innerfranzösischen Auseinandersetzungen um den Maastrichter Vertrag recht unvermittelt ins Lager der Europabefürworter ein. Seit diesem Positionswechsel galt Chirac mehr als Europäer aus Kalkül bzw. aus Vernunft denn aus Überzeugung.¹⁸ So sah der Staatspräsident sich selbst: „Ich war nie ein militanter Europabefürworter, ich bin ein Euro-Pragmatiker; ich stelle fest, dass Europa unvermeidlich ist, aber ich theoretisiere nicht über Europa“. ¹⁹

¹⁴ Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2004, S. 123 ff u. S. 164 ff.

¹⁵ George Ross, Chirac's first steps and the 1995 French Presidency of the European Union, in: French Politics & Society, (1995) 3, S. 26.

¹⁶ Le Monde vom 23./24. 6. 2002 (alle französischen Zitate im Text sind eigene Übersetzungen).

¹⁷ Albert Du Roy, *Domaine réservé. Les coulisses de la diplomatie française*, Paris 2000, S. 109.

¹⁸ Wichard Woyke, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Wiesbaden 2004, S. 61.

¹⁹ Chirac zit. in: G. Müller-Brandeck-Bocquet (Anm. 4), S. 167.

¹² Vgl. Joachim Schild, Sarkozys Europapolitik. Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, in: *Integration*, (2007) 3, S. 221.

¹³ Laurent Cohen-Tanugi, *La Politique européenne de la France à l'heure des choix*, in: *Politique étrangère*, (1995/96) 60, S. 857.

Nimmt man Chiracs Amtszeiten in der gebotenen Kürze und Distanz in den Blick, so fällt ein wahres Paradoxon auf: Obwohl Chirac wenig europapolitische Erfolge aufzuweisen hat, war Europa dennoch insofern sein Schicksal, als seine beiden markanten politischen Fehler einen direkten Europa-Bezug hatten. Hier ist zum einen seine Entscheidung vom 21. April 1997 zu nennen, als er im Vorfeld der Euro-Einführung vorgezogene Neuwahlen zur Nationalversammlung ankündigte. Die Euro-Einführung erzwingt einen strikten Sparkurs der öffentlichen Haushalte und dafür strebe man ein erneutes Mandat des Souveräns an.¹⁰ In Wahrheit aber verfolgte Chirac mit dem Neuwahlbeschluss das Ziel, die seit dem Maastricht-Referendum in der neogaullistischen RPR gärende innerparteiliche Opposition um Charles Pasqua zu beenden. Diese Fehlentscheidung brachte Chirac den Verlust der Parlamentsmehrheit und die langwährende, ungeliebte Kohabitation mit dem Sozialisten Lionel Jospin ein.

Auch Chiracs Entscheidung vom 14. Juli 2004, den VVE nicht – wie ursprünglich geplant – auf parlamentarischem, sondern plebiszitärem Wege ratifizieren zu lassen, hatte letztlich vorrangig innen- und parteipolitische Gründe. Im Vorfeld des Wahljahrs 2007 und angesichts erneut aufkommender innerparteilicher Opposition, diesmal zum EU-Beitritt der Türkei und angeführt von Alain Juppé und Nicolas Sarkozy, wollte Chirac sich seine Legitimation im eigenen Lager erneut bestätigen lassen und zugleich den sozialistischen Gegner substanziell schwächen. Letzteres gelang ihm perfekt, denn in der Tat spaltete sich die *Parti socialiste* (PS) bald nach der Referendumsankündigung in ein Lager der Nein-Sager zum VVE um Laurent Fabius und in eines der Verfassungsbefürworter und belastete damit ihre Erfolgsaussichten für die Wahlen 2007. Doch der Preis war extrem hoch für Chirac: Das „Non“ vom 29. Mai 2005 setzte nicht nur seinen oft ventilierten Ambitionen, ein drittes Mandat anzustreben, faktisch ein Ende.¹¹ Es markierte auch seine

endgültige (europa-)politische Bedeutungslosigkeit. „Am 29. Mai 2005 ist Chirac politisch gestorben, und diesmal für immer.“¹²

Chiracs geringe Erfolge in Europa

Wenn das europäische Paradox zur „Niederlage eines Vernunfteuropäers“ geführt hat,¹³ so ist doch zu fragen, inwieweit der Staatspräsident seinerseits die Entwicklung der EU zu prägen vermochte. In der kurzen Zeitspanne der neogaullistischen Alleinherrschaft seiner ersten Amtszeit, also 1995 bis 1997,¹⁴ entwickelten Chirac und seine Getreuen eine Blaupause für das Institutionengefüge der EU, die einerseits den angesichts der bevorstehenden Osterweiterung nötigen Reformbedarfen der Union gerecht werden, andererseits aber auch französische Interessen wahren sollte. So entstand eine Chirac'sche Europa-Orthodoxie, der er bis zum Konventsprozess treu blieb. Diese Orthodoxie bestand in dem Ansinnen, das intergouvernementale Element des Europäischen Rats aufzuwerten bis hin zur Wahl eines Präsidenten dieser Versammlung, der die EU nach außen vertreten sollte. Den Ministerrat betreffend verfolgte Chirac – wie zuvor schon Mitterrand – eine äußerst pragmatische Position: Um die EU handlungsfähiger und effizienter zu machen, unterstützte er die Ausweitung des qualifizierten Mehrheitsentscheids im Rat. Da die Osterweiterung in Kombination mit dem mittlere und kleine Mitgliedstaaten begünstigenden Stimmverteilungsschlüssel aber das relative Gewicht Frankreichs empfindlich schmälern würde, verlangte er nach einer Neuwägung der Ratsstimmen – ohne jedoch die deutsch-französische Stimmenparität aufgeben zu wollen. Den Einfluss des Europäischen Parlaments suchte er durch eine Aufwertung der nationalen Parlamente zu begrenzen.¹⁵ Nachdem Chirac sich mit diesen Positionen in Amsterdam nicht durch-

¹² So die Quintessenz von Franz-Olivier Giesbert, *La Tragédie du Président*, Paris 2006.

¹³ Vgl. Henri de Bresson und Arnaud Leparmentier in: *Le Monde* vom 13. 3. 2007.

¹⁴ Während seiner 12 Amtsjahre hat Chirac nur von 1995 bis 1997 und erneut von 2002 bis 2007, also 7 Jahre lang, über die geballte Machtfülle eines Staatspräsidenten der V. Französischen Republik verfügt. Folgt man F.-O. Giesbert (Anm. 12), dann waren es lediglich 5 Jahre.

¹⁵ Vgl. G. Müller-Brandeck-Bocquet (Anm. 4), S. 170 ff.

¹⁰ Vgl. Marie-Bénédicte Allaire/Philippe Goulliaud, *L'incroyable Septennat. Jacques Chirac à l'Elysée 1995–2002*, Paris 2002, S. 226 ff.

¹¹ Dennoch hielt sich Chirac die Option einer weiteren Präsidentschaftskandidatur bis in den März 2007 hinein offen; dies diente vor allem dem Ziel, Sarkozy nicht allzu früh als alleinigen konservativen Amtsanwärter die Bühne zu überlassen.

setzen konnte, verfocht er sie in Nizza unbeirrt ein letztes Mal und trug somit entscheidend zur unglückseligen Stimmneuwägung des Vertrags bei.¹⁶ Auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik und bei der Besetzung der Europäischen Zentralbank (EZB) verfolgte Chirac einen konfrontativen und allein an den eigenen Interessen orientierten Kurs.

Chiracs Positionswechsel

Im Verlauf der Konventsverhandlungen (2002 bis 2003) hat Jacques Chirac einen spektakulären Positionswechsel in seiner Europa-Orthodoxie vorgenommen. Er, der lange Jahre so verbissen die deutsch-französische Parität bei der Stimmverteilung im Rat verfochten hatte, trug nun entschieden das Prinzip der doppelten Mehrheit mit und akzeptierte, „dass Deutschland um 40 % mehr zähle als Frankreich“.¹⁷ Mit der Akzeptanz dieser Regel (und aller anderen Innovationen des VVE) hat sich Frankreich „klar auf die Seite der Integrationsbefürworter gestellt“.¹⁸

Dieser beachtliche Politikwechsel ist einem komplexen Bündel von Gründen geschuldet; dazu zählt, dass Frankreich in der EU-25 bzw. -27 sein relatives Gewicht im System der doppelten Mehrheit besser wahren kann als mit der Nizza-Regel. Vorrangig aber sind hier die Folgewirkungen der europäischen Spaltung in der Irak-Frage zu nennen, die ab 2002 zu einer Relance der zuvor krisenhaften deutsch-französischen Beziehungen führten. Durch engen Schulterschluss vereint, konnten die Kriegsgegner Schröder und Chirac die Konventsberatungen durch gemeinsame Vorschläge weitgehend prägen.¹⁹

Die folgeschwere Unterlassungssünde Chiracs bestand darin, dass er diesen wahrlich revolutionären Politikwechsel seinem Volk nicht angemessen erläuterte. Sein Kommentar zur doppelten Mehrheit: „Der Kompromiss

(von Nizza) stützte sich auf Kriterien der Vergangenheit [...] Die Demokratie verlangt, dass der Bevölkerungszahl Rechnung getragen wird“²⁰ war da zu wenig, und auch in der Referendumskampagne ließ er die erforderliche Aufklärungsarbeit vermissen. Dies führte geradewegs zum „Non“.

Als Chirac sich anlässlich des Frühjahrsgipfels vom 8./9. März 2007 von seinen EU-Partnern verabschiedete, kam nur wenig Nostalgie auf. „Die europäische Presse zog fast einstimmig eine negative Bilanz seiner zwölfjährigen Amtszeit“.²¹ Chirac selbst nannte als wichtigste Elemente, die sein europapolitisches Engagement geprägt hatten, die Einführung des Euro, das Europa der Sicherheit und Verteidigung sowie die Ökologie.²² Da es ihm nicht gelungen war, seinem Volk die Gründe seiner Europapolitik verständlich zu machen, endete seine Präsidentschaft im Fiasko des 29. Mai 2005. So hinterließ er seinem Nachfolger ein europapolitisch weiterhin gespaltenes Frankreich.

Aussöhnung Frankreichs mit Europa

Nicolas Sarkozy, Jahrgang 1955, hat verinnerlicht, dass Frankreich in der heutigen globalisierten Welt nur im europäischen Verbund seinen Wohlstand und Einfluss wahren oder gar mehren kann. So teilt er die klassisch-französische Scheu vor Souveränitätsabgaben nur mehr bedingt.²³ Er selbst bezeichnet sich als „Europäer des Herzens, des Verstands und der Überzeugung“,²⁴ und will damit wohl ein generationenübergreifendes Engagement für Europa signalisieren, ein Europa, das er weiter stärken und ausbauen will.

Es ist evident, dass das französische Nein ein immenses Hindernis für seine europapolitischen Ambitionen darstellte. Daher haben er und die *Union pour un mouvement popu-*

¹⁶ Diese führte ab Ende 2003 in Polens Kampf um „Nizza oder der Tod“; ihre negativen Schleifspuren finden sich selbst noch in den Gipfelbeschlüssen vom 21.–23. 6. 2007 zur verzögerten Einführung der doppelten Mehrheit.

¹⁷ Arnaud Leparmentier in: *Le Monde* vom 27. 11. 2003.

¹⁸ Ulrike Guérot, (Ver)fassungslose EU, in: *Internationale Politik*, (2004), S. 72 f.

¹⁹ Vgl. Martin Koopmann, Brückenbauer gesucht, in: *Internationale Politik*, (2007) 4, S. 35.

²⁰ Chirac zit. in: G. Müller-Brandeck-Bocquet (Anm. 4), S. 266.

²¹ *Le Monde* vom 14. 3. 2007.

²² Vgl. *Le Monde* vom 11./12. 3. 2007; zu Chiracs ESVP-Bilanz, die in der Tat recht positiv ausfällt, vgl. G. Müller-Brandeck-Bocquet, The big Member States' influence on the shaping of the European Union's Foreign, Security and Defence Policy, in: dies. (Ed.), *The future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement*, Baden-Baden 2006, S. 31 ff.

²³ J. Schild (Anm. 2), S. 230.

²⁴ Rede von Sarkozy am 21. 2. 2007 in Straßburg.

laire (UMP) in ihrem Wahlkampfprogramm eine Europa-Strategie erarbeitet, die nicht nur vordergründig die Gegner des VVE einbinden sollte.¹²⁵ Vielmehr ging es Sarkozy darum, ein neues Leitbild zu entwickeln, das eine Synthese zwischen dem Ja und dem Nein zu Europa herstellen könnte. „Mit Synthese meine ich nicht die Suche nach dem *juste milieu* zwischen dem Ja und dem Nein [...] Diese Synthese besteht in der Vision eines Europas, das sich die Mittel gibt zu handeln und sich zu schützen“.¹²⁶

Und so hat Sarkozy teilweise noch vor dem 29. Mai 2005, im Wesentlichen aber danach und in seiner Funktion als Präsidentschaftskandidat der UMP ein Leitbild für Europa entworfen, das durchaus geeignet ist, das weit verbreitete – keineswegs nur französische – Unbehagen an den jüngeren Entwicklungen der EU zu überwinden. Mit der ihm eigenen Offenheit kritisierte er die „politische Leere der EU seit Maastricht“.¹²⁷ Er geißelte ein Europa des unloyalen Wettbewerbs, das „von nichts anderem mehr reden möchte als von Konkurrenz, freiem Warenverkehr und der Stärke seines Geldes“; indem man „Europa erweitert hat, ohne es zu reformieren, hat man es verwässert und entpolitisiert. Diese Entpolitisierung ist zu weit gegangen“. Schließlich kritisierte er den Widerspruch, dass man „Europa eine Verfassung geben, gleichzeitig aber seine Identität und Kohärenz auflösen will, indem man unablässig die Zahl seiner Mitgliedstaaten erhöht.“¹²⁸ Diesem Europa, das er für die tiefe Krise ab 2005 verantwortlich macht – womit er zugleich Frankreich entlastet –, stellt er seine Vision eines politischen, starken Europas entgegen, das Grenzen kennt und somit eine Identität entwickeln kann, eines Europas, das den Menschen in den Zeiten der Globalisierung Schutz bieten und die Interessen des Kontinents wirksam verteidigen kann. Nicht ohne populistische Untertöne rief er nach seinem Wahlsieg seine europäischen Partner

dazu auf, „eine Antwort zu finden auf die Wut der Völker, die die EU nicht als Schutz, sondern als trojanisches Pferd all jener Bedrohungen sehen, die die Welt verändern“.¹²⁹

Sarkozys europapolitische List

Um dieses neue europapolitische Leitbild, das in der Tat eine Synthese der Erwartungen der verschiedenen politischen Lager darstellt und daher mit großer Zustimmung rechnen kann, Realität werden zu lassen, muss – so die mehrfach wiederholte Wahlkampfbotschaft Sarkozys – zunächst die aktuelle politische Blockade in der EU, sprich die Verfassungskrise überwunden werden.¹³⁰ Daher schlug er vor, einen vereinfachten Vertrag (*traité simplifié*) – den zunächst verwendeten Begriff „Mini-Vertrag“ hat er wegen Missverständlichkeit bald wieder aufgegeben – abzuschließen, der diejenigen Bestimmungen des VVE übernehmen sollte, die „notwendig sind, um Europa wieder handlungsfähig zu machen und die während der Referendumskampagne nicht strittig waren“.¹³¹ Im Vorfeld des entscheidenden Gipfeltreffens, das unter deutscher Ratspräsidentschaft vom 21. bis 23. Juni 2007 in Brüssel stattfand, wurde nach und nach deutlich, dass Sarkozy im Grunde die gesamte Substanz des VVE meinte. Besonders zu betonen ist, dass Sarkozy somit den revolutionären Wandel der Chirac'schen Europa-Orthodoxie mitträgt: die Einführung der doppelten Mehrheit als Entscheidungsregel im Rat, die die definitive Aufgabe der deutsch-französischen Parität bedeutet, sowie die Aufwertung des Europäischen Parlaments durch die substanzielle Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens. Damit aber lag er auf Linie nicht nur der so genannten Freunde der Verfassung, also jener 18 EU-Staaten, die den VVE bereits ratifiziert haben, sondern insbesondere auch auf der der Ratspräsidentin Angela Merkel, die unmittelbar nach Sarkozys Wahl sein Konzept des vereinfachten Vertrages aufgriff.

Sarkozys List bestand nun darin, geradezu euphemistisch von einem *traité simplifié* zu sprechen, inhaltlich aber den VVE in seiner

¹²⁵ Vgl. Punkt 2 „Retrouver l'Europe“ des Wahlprogramms der UMP. Von der Forderung nach einer Wirtschaftsregierung und einer „préférence communautaire“ über die Ablehnung eines Türkei-Beitritts bis zum Vorschlag eines „traité simplifié“ finden sich hier alle Topoi der Sarkozyschen Europa-Agenda.

¹²⁶ Rede von Sarkozy (Anm. 24).

¹²⁷ Rede von Sarkozy am 6. 3. 2005 vor dem Conseil National der UMP.

¹²⁸ Rede von Sarkozy (Anm. 24).

¹²⁹ Le Monde vom 8. 5. 2007.

¹³⁰ Vgl. Le Monde vom 14. 4. 2007 und Joachim Schild, Europa als Sündenbock, in: Dokumente, (2007) 2, S. 17–21.

¹³¹ Rede von Sarkozy (Anm. 24), so auch schon die Formulierung im UMP-Wahlprogramm.

Gänze zu meinen; dieser „Vertrag institutioneller Natur“ müsste lediglich „dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.“¹³² Damit hat er äußerst gekonnt das Ziel einer substanziellen Erneuerung der EU erreicht, ohne das schwer kalkulierbare Risiko eines erneuten Referendums eingehen zu müssen. Außerdem baute er somit für Staaten wie Dänemark und insbesondere Großbritannien eine argumentative Brücke zur Vermeidung einer Volksbefragung.

Während des hoch dramatischen Juni-Gipfels hielt Sarkozy sich strikt an diese Linie; die einzige Forderung, die er nachlegte und die für viel Aufregung sorgte, war sein Verlangen, in den Zielsetzungen des neuen Vertrags den Verweis auf den freien und unverfälschten Wettbewerb zu streichen und dafür die Schutzfunktion der EU ihren Bürgern gegenüber stärker zu betonen.¹³³ Probleme bereiteten auf diesem Gipfeltreffen bekanntlich andere Mitgliedstaaten.¹³⁴ So bleibt ungeklärt, wie Sarkozy agiert hätte, wenn nicht Großbritannien, die Niederlande und Tschechien die Forderung nach einem Verzicht auf alle staatsähnlichen Symbole und Terminologien durchgedrückt hätten. Wäre es ihm dann auch noch möglich gewesen, von einem „Vertrag institutioneller Natur“ zu sprechen, der kein Referendum erfordert?

Besonders in Deutschland ist argwöhnisch wahrgenommen worden, dass Sarkozy den Erfolg des Gipfeltreffens mit den Worten kommentierte: „Der Brüsseler Gipfel war zweifelsohne ein großer Erfolg für die deutsche Ratspräsidentschaft. Frau Merkel hat eine bemerkenswerte Arbeit geleistet. Er war ein Erfolg für Frankreich.“¹³⁵ Zum einen stehen die Selbstdarstellungskünste des neuen Staatspräsidenten außer Zweifel;¹³⁶ zum anderen hat er recht: Ohne seine ausgefeilte Strategie zur Überwindung des französischen Vetos wäre eine Lösung der Verfassungskrise nicht

möglich gewesen; und viel wichtiger: Ohne seine aktive Mithilfe wäre es wohl kaum gelungen, die Substanz des VVE so weitgehend wie geschehen zu retten – wenngleich die Abstriche wie insbesondere der Verzicht auf die Symbole der Union, der Etikettenschwindel im Hinblick auf die Bezeichnung des künftigen de facto-EU-Außenministers, der aber weiterhin Hoher Vertreter heißen muss, und die komplizierten, sperrigen und blockade-trächtigen Regeln zur Einführung der doppelten Mehrheit¹³⁷ nicht zu unterschätzen sind. Auch das britische *opting-out* bei der Grundrechtscharta ist bedauerlich.

Sarkozy – ein sperriger Partner

Seit seiner Wahl hat Sarkozy ein wahres Trommelfeuer an Aktivitäten und Vorstößen entfacht, das viel Aufmerksamkeit, vor allem aber Kritik geerntet hat. Der „hyperaktive“ Präsident,¹³⁸ dieses „Erdbeben namens Sarkozy“,¹³⁹ der einen „coup d'éclat permanent“ veranstaltete,¹⁴⁰ wird beschuldigt, allzu offensichtlich und rücksichtslos nationale Interessen zu vertreten. Hier ist zu differenzieren: Manche seiner Positionen, die aufhorchen lassen, fügen sich durchaus in den europäischen *mainstream* ein. Wenn er auf dem Brüsseler Gipfeltreffen darauf bestand, dass bei weiteren Beitritten das Kriterium der „Aufnahmefähigkeit“ der EU erfüllt sein müsste, so liegt er hier ganz auf der EU-Linie, wie sie von Kommission und Europäischem Rat Ende 2006 beschlossen und von Ratspräsidentin Angela Merkel am 17. Januar 2007 vor dem EP bestätigt wurde.¹⁴¹ Auch sein Ansinnen, nationale und europäische „champions“ (Marktführer) vor ausländischen Übernahmen zu schützen, stößt inzwischen gar bei Handelskommissar Mandelson ansatzweise auf Gehör.¹⁴²

Eine zweite Kategorie seiner Vorstöße verstört zwar die Gralshüter der europäischen

¹³² Rede von Sarkozy (Anm. 24).

¹³³ Vgl. den neu formulierten Artikel 3 des Reformvertrags in: Schlussfolgerungen des Vorsitzes 11177/07 vom 23. 6. 2007.

¹³⁴ Für eine erste Analyse und Bewertung der Gipfelergebnisse vgl. Carolin Rüger, Mission erfüllt? Zur Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft, in: Ansichten und Perspektiven, (2007) 2, S. 106–121.

¹³⁵ Rede von Sarkozy (Anm. 24).

¹³⁶ Eine weitere Kostprobe hiervon gaben Sarkozy und seine Frau Cécilia Mitte Juli 2007 bei der Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern aus libyscher Haft.

¹³⁷ Zu den Einzelheiten der so genannte Ioannina-Klausel vgl. C. Rüger (Anm. 34), S. 120.

¹³⁸ Jeanne Rubner in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 7. 2007.

¹³⁹ Alexander Hagelüken in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 7. 2007.

¹⁴⁰ Sozialistenführer Hollande in: Le Monde vom 24. 7. 2007.

¹⁴¹ Vgl. G. Müller-Brandeck-Bocquet, Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Erweiterungen und Finalität, in: Wirtschaftsdienst, Februar 2007, S. 123–125.

¹⁴² Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25. 7. 2007; Le Monde vom 9. 3. und vom 20. 4. 2007.

währungspolitischen Orthodoxie, steht aber gleichwohl in einer langjährigen französischen Tradition. So steht Sarkozy mit seinen Angriffen auf die EZB und den (zu) starken Euro sowie mit seiner Forderung nach einem „gouvernement économique“, das – beispielsweise in Gestalt der Eurogruppe – auch konjunkturpolitische Aspekte in die Wechselkurspolitik einbringen sollte, in Kontinuität zu seinen Vorgängern, die eben dies immer wieder gefordert hatten. Auch Sarkozys Ansinnen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt (erneut) zu verletzen, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln, ist für Frankreich nicht neu; und den Gedanken, verteidigungspolitische Ausgaben aus dem Defizitkalkül herauszunehmen, hatte schon Chirac lanciert, um die Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) voranzubringen.

Zweifelsohne schockiert Sarkozy jedoch auch mit allzu nationalegoistischem Verhalten. So rücksichtslos, wie er als Wirtschafts- und Industrieminister 2004 eine Zerschlagung von Alstom verhindert und die Aventis-Sanofi-Affäre gemanagt hatte, so brachial geht er als Präsident in Sache EADS/Airbus vor; neuer Ärger steht an, weil er nun den Nuklearkonzern Areva NP wieder ganz in französische Hand überführen und mithin Siemens hinausdrängen will.¹⁴³ Dies passt zu dem Nuklear-Deal, den er – ohne vorhergehende Absprachen mit seinen EU-Partnern und „gegen alle Gepflogenheiten“¹⁴⁴ – Ende Juli mit Libyens Staatsoberhaupt Gaddafi abgeschlossen hat. Für deutliche Kritik sorgte das Waffengeschäft Frankreichs mit Libyen. Auch in der Europäischen Agrarpolitik, die 2008 überprüft werden soll, will Sarkozy französische Interessen offensiv verteidigen.¹⁴⁵ Kurz: Sarkozys „patriotisme économique“ kommt durchaus aggressiv daher und wird kaum hilfreich sein, wenn er in Europa Unterstützung für sein Projekt, die Globalisierung zu zähmen, sucht. Auch bei der Kandidatenauswahl für den Posten des Chefs des Internationalen Währungsfonds IWF¹⁴⁶ hat der Präsident eine gute Gelegenheit

verpasst, sich im europäischen Politikstil zu üben, der auf Konsultation, Absprachen und gegenseitiger Rücksichtnahme besteht.

Sarkozy – ohne Mehrwert für Europa?

Dass Frankreich nach Europa zurückgekehrt ist, muss nach der Analyse von Joachim Schild „nicht notwendigerweise einen ‚europäischen Mehrwert‘“ bedeuten.¹⁴⁷ Das mag im Hinblick auf seine zahlreichen sperrigen Positionen, seinen Nationalegoismus und seinen unverhohlenen europapolitischen Führungsanspruch durchaus einleuchtend sein. Es ist jedoch zu bedenken, dass die größte Gefahr für Europas Zukunft von einem Frankreich ausgeht, das – wie im Referendum vom 29. Mai 2005 geschehen – die Integration mehr als Bedrohung denn als Chance versteht und sich von ihr abwendet, weil sie der „certaine idée“ von Europa nicht mehr entspricht, die man linksrheinisch seit jeher gepflegt und die man tatkräftig unterstützt hatte. Wenn es Sarkozy gelingt, mittels seines neuen Leitbilds einer politischen EU, die Schutz und Identität gewährt und die ihr internationales Gewicht weiter ausbaut, die Franzosen wieder mit dem Integrationsunterfangen zu versöhnen, dann wird der europapolitische Mehrwert seiner Politik immens sein. Dies fordert zum einen die französische Politik heraus. Denn die Zukunftsängste, die die Franzosen seit Jahren auf die EU übertragen, müssen durch weitreichende wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Reformen überwunden werden. Bessere Wirtschaftsdaten und geringere Arbeitslosigkeit schlagen sich regelmäßig auch in größerer Zustimmung zur Integration nieder, wie der jüngste Eurobarometer unter dem Stichwort „Wohlfühlfaktor“ für alle prosperierenden EU-Staaten belegt.¹⁴⁸ Es kann und darf aber nicht sein, dass Sarkozy seine innenpolitische Agenda durch aggressiven Protektionismus und überbordenden Nationalegoismus abzuarbeiten versucht.

Die Aussöhnung Frankreichs mit der europäischen Integration erfordert zum anderen auch gewisse Veränderungen seitens der EU. Denn mit vielen seiner Kritikpunkte am aktuellen Zustand der Union legt Sarkozy die

¹⁴³ Vgl. Le Monde vom 24. 7. 2007; seit längerem wird eine Zunahme deutsch-französischer Streitpunkte diagnostiziert. EADS = European Aeronautic Defence and Space Company.

¹⁴⁴ Nico Fried in: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. 7. 2007.

¹⁴⁵ Vgl. Le Monde vom 23. 5. 2007.

¹⁴⁶ Ohne große Rückkoppelung mit den EU-Partnern setzte Sarkozy den früheren Finanzminister der PS,

Dominique Strauss-Kahn, als neuen IWF-Präsidenten durch.

¹⁴⁷ Vgl. J. Schild (Anm. 2), S. 221.

¹⁴⁸ Vgl. Eurobarometer Nr. 67, Sommer 2007, S. 4.

Finger in offene Wunden bzw. deckt Widersprüche und Halbherzigkeiten der EU auf. In der Tat muss die EU mehr wollen als nur über Wettbewerb, Freihandel und Geld zu reden. Auch mit seiner Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei könnte er der Union einen wichtigen Dienst leisten. So ist schwer nachvollziehbar, warum die EU und ihre Mitgliedstaaten, die angesichts der jüngsten Krise so viel darüber nachgedacht haben, wie Europa den Bürgerinnen und Bürgern wieder näher zu bringen sei, sich unbeirrt über die öffentliche Meinung hinwegsetzen, die einen Türkei-Beitritt zu 78 Prozent ablehnt.⁴⁹ Indem Sarkozy die EU dazu zwingt, gemäß ihrer neuen Erweiterungsstrategie über die „Fähigkeit der Union zur Integration neuer Mitglieder“⁵⁰ nachzusinnen, werden mutmaßlich zahlreiche Mitgliedstaaten ihre pharisäische bzw. ambivalente Haltung in der Türkei-Frage überdenken müssen. Derzeit wird erwartet, dass Sarkozy diesen Stein im Dezember 2007 ins Rollen bringt.⁵¹

Wenn er für dieses (und andere) wichtige Anliegen Unterstützung seitens der EU-Partner erhalten will, wird er in den kommenden Monaten allzu brachiale nationale Interessensvertretung tunlichst vermeiden müssen. Schließlich muss Sarkozy noch offene Fragen seiner künftigen Europapolitik klären, so insbesondere seine Position zu den deutsch-französischen Beziehungen als Motor der Integration. Denn nach seinen früheren Attacken auf dieses Sonderbündnis, das er sich „weniger exklusiv“ wünschte,⁵² reicht sein Berliner Bekenntnis zur „heiligen“ (*sacré*) deutsch-französischen Freundschaft und ihre Qualifizierung als „immerwährender Zement“ der EU nicht aus.⁵³ Erst wenn auch dies geklärt ist, kann Frankreich seine Rolle in der neuen EU-27 definitiv finden – hoffentlich auf konstruktivem Kurs.

⁴⁹ Vgl. Eurobarometer Nr. 66, National Report Turkey, Herbst 2006, S. 4.

⁵⁰ So der Titel des Sonderberichts, den die Kommission im Auftrag des Europäischen Rats erarbeitet hat, vgl. KOM (2006) 649 endgültig, 8. 11. 2006.

⁵¹ Vgl. Le Monde vom 30. 5. 2007 und Süddeutsche Zeitung vom 26. 6. 2007.

⁵² So Sarkozy noch im Februar 2007; vgl. Le Monde vom 10. 5. 2007.

⁵³ Rede von Sarkozy (Anm. 24).

Stephan Martens

Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy

Bruch mit der Vergangenheit und Neuanfang waren die dominierenden Schlagworte in Nicolas Sarkozys Wahlkampf. Der neue französische Staatspräsident, ehemaliger Chef der Volksbewegungsunion UMP (*Union pour un mouvement*

populaire), will die

Stagnation beenden, welche die französische Gesellschaft seit Jahrzehnten plagt, und das Land modernisieren. Außenpolitische Themen haben im Wahlkampf so gut wie keine Rolle ge-

spielt, denn es bestehen zwischen dem sozialistischen und dem konservativen Lager keine fundamentalen Meinungsverschiedenheiten. Schließlich betrifft die vom Staatsschef versprochene „Öffnung“ seiner Regierung über das eigene konservative Lager hinaus gerade die auswärtigen Dienste. Bernard Kouchner, einst Gesundheitsminister unter dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand und einer der – nunmehr ehemals – prominentesten Persönlichkeiten des linken Spektrums in Frankreich, ist zum Außenminister ernannt worden. Er hat für die Europäischen Angelegenheiten mit Jean-Pierre Jouyet einen ebenfalls sozialistischen Staatssekretär. Mit der Berufung des bisherigen Fraktionschef der zentristischen UDF im Parlament, Hervé Morin, zum Verteidigungsminister, belohnt Sarkozy dessen Einsatz, mehr als zwei Drittel der UDF-Abgeordneten ins Lager der Regierungsmehrheit gebracht zu haben. In der französischen Außenpolitik dürfte die Sicherung der Interessen Frankreichs oberster Grundsatz bleiben.

Stephan Martens

Dr. phil. habil., geb. 1964; Professor für deutsche und europäische Zeitgeschichte an der Universität Michel de Montaigne Bordeaux 3, Domaine universitaire, F-33607 Pessac Cedex. Stephan.Martens@u-bordeaux3.fr

Wider eine nihilistische Grundatmosphäre in Europa

Wie in der Innenpolitik muss auf europäischer Ebene jetzt gemäß Sarkozy alles sehr schnell gehen. In seiner Ansprache am Wahlabend des 6. Mai 2007 verkündete der neugewählte Präsident: „Frankreich ist in Europa zurück.“ Nachdem sich in den letzten zwei Jahren die pessimistische Auffassung verbreitet hatte, dass in Europa nichts mehr möglich sei, verbanden die Regierungskanzleien der europäischen Hauptstädte den Aufbruch in Frankreich mit der berechtigten Hoffnung auf einen Auftrieb der Europäischen Union (EU), die seit der französischen Ablehnung der europäischen Verfassung im Referendum vom 29. Mai 2005 praktisch lahmgelegt war. Nicht zufälligerweise wurde vor der Wahl angedeutet, Frankreich müsse nach Jacques Chiracs Ausscheiden wieder eine starke Rolle in Europa spielen: „Sich dem europäischen Engagement Deutschlands mit dem gleichen Pragmatismus und der gleichen Energie anschließen – das muss das wichtigste Ziel des nächsten französischen Staatsoberhauptes sein, und zwar sowohl im Interesse Frankreichs als auch im Interesse Europas.“¹

Die Ablehnung des EU-Verfassungstextes durch die Franzosen im Jahre 2005 hatte, ähnlich wie bei der Innenpolitik, eine seit längerer Zeit schwelende Debatte über die „französische Malaise“ beschleunigt und verstärkt. Dabei ging es nicht so sehr um den Verlust französischen Einflusses in Europa, die eigentliche Frage hatte viel mit Frankreichs Glaubwürdigkeit zu tun und mit seiner Fähigkeit, eine treibende Kraft innerhalb Europas zu bleiben. Darüber hinaus verhalf das französische „Non“ dem Europa-Skeptizismus in anderen Mitgliedsstaaten zu neuer Legitimität. Das Ergebnis der Volksbefragung in Frankreich hatte wiederum die Ängste anderer europäischer Partner verstärkt, sodass jeder Versuch ihrerseits, die EU-Verfassung wieder auf die Tagesordnung zu setzen, ebenfalls an nationalen und europaweiten Widerständen scheitern würde.

Nicolas Sarkozy befürwortete mehrmals nach dem „Nein“ einen „Mini-Vertrag“ bzw.

¹ Dominique Moïsi, Knigge für die Grande Nation, in: Internationale Politik, 62 (2007) 4, S. 33.

„vereinfachten Vertrag“ (*traité simplifié*) für Europa zur Überwindung der Verfassungskrise, der sich auf die zentralen Institutionen- und Verfahrensreformen konzentrieren und vom Parlament ratifiziert werden sollte.²

Gleich nach seinem Amtsantritt in Paris, am 16. Mai 2007, reiste Staatspräsident Sarkozy zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Berlin, wo er sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über einen reduzierten Verfassungsvertrag einigte, der die Substanz der gescheiterten EU-Verfassung retten und die Institutionen der Union wieder in Schwung bringen sollte. Zwar trägt die EU-Vertragsreform nicht mehr den Namen „Verfassung“, doch die 27 EU-Mitgliedstaaten konnten sich am 22. Juni 2007 auf eine Reform der Gemeinschaft verständigen. Ein neuer Grundlagenvvertrag soll bis 2009 in Kraft treten. In der zentralen Streitfrage der künftigen Stimmengewichtung drängte Sarkozy Polens Präsident Lech Kaczynski zum Einlenken.³ Er spielte in der Tat eine herausragende Rolle, indem er die Ratspräsidentin Angela Merkel klar unterstützte und sich als Vermittler zwischen Deutschland und Polen einschaltete.⁴

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Chirac ist Sarkozy allerdings erklärter Gegner eines EU-Beitritts der Türkei. „Die Türkei hat keinen Platz in Europa“, sagte er der Pariser Zeitung *Le Figaro*.⁵ Wie Bundeskanzlerin Merkel plädiert er für eine „privilegierte Partnerschaft“ statt einer Vollmitgliedschaft. So wurde am 26. Juni 2007 auf sein Drängen hin das Kapitel über die Teilnahme der Türkei an der Wirtschafts- und Währungsunion bei der

² Vgl. Nicolas Sarkozy, EU reform: What we need to do, in: *Europe's World*, 1 (2006) 4, S. 56–63.

³ Polen sah sich durch das im Verfassungsentwurf vorgesehene Verfahren der doppelten Mehrheit benachteiligt. Danach erfordern Beschlüsse eine Mehrheit von 55 Prozent der Mitgliedsländer, die zusammen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen. Warschau schlug dagegen eine Berechnung vor, die Polen und andere Länder mit geringerer Bevölkerungszahl als Deutschland, Großbritannien, Italien oder Frankreich besser stellen sollte. Warschau wollte dabei, dass aus der Zahl der Einwohner in einem EU-Land die Quadratwurzel gezogen und dann erst das Stimmengewicht festgelegt wird.

⁴ Vgl. Jean-Gabriel Fredet, Sarko. Mecano de l'Europe, in: *Le Nouvel Observateur*, Nr. 2225 vom 28. 6. 2007, S. 40–44.

⁵ Interview mit Staatspräsident Nicolas Sarkozy, in: *Le Figaro* vom 7. 6. 2007.

nächsten Stufe der Beitrittsverhandlungen gestrichen.¹⁶ Schließlich soll nach dem Willen Sarkozys auf dem EU-Gipfel im Dezember 2007 eine Grundsatzdebatte über die Grenzen der EU – und damit auch über die Türkei-Frage – geführt werden.

Frankreichs Staatspräsident will Europa fit machen für die Zukunft. Doch die grundsätzliche Frage, ob das Europa der Macht (*Europe puissance*) sich vom Nationalstaat emanzipiert oder nur eine intergouvernementale Verlängerung der französischen Politik mit Unterstützung durch den deutsch-französischen „Motor“ und eine Verteidigungskooperation mit den Briten (neben Frankreich die einzige europäische Atommacht) sein soll, bleibt aktuell. Bei einer Analyse der derzeitigen Schwierigkeiten grenzüberschreitender strategischer Industrieprojekte wie Airbus oder Galileo stellt sich die Frage, ob die jetzige Politik wirklich der Schaffung europäischer Champions mit dem Ziel eines gemeinsamen Erfolgs oder einzig und allein der Verteidigung des eigenen nationalen Standorts dient. In Deutschland ist Sarkozy mit der Forderung nach nationalen Champions in der Wirtschaft und der Verhinderung eines Teilerwerbs von Alstom durch Siemens in Erinnerung geblieben. Das neue Staatsoberhaupt ließ auch schon früh durchblicken, dass die Beziehungen zum Nachbarn wohl nicht mehr ganz so herzlich bleiben würden. „Auch wenn die deutsch-französische Entente nach wie vor notwendig ist“, schreibt er in seinem politischen Glaubensbekenntnis, „so ist sie, meiner Überzeugung nach, als Motor nicht mehr ausreichend leistungsfähig.“¹⁷

Sarkozys wohlwollender Patriotismus

Der französische Präsident ist ein „Pragmatiker, der Frankreichs Interessen sehr hart vertreten wird – auch gerade gegenüber den Brüssler EU-Instanzen“ erklärt Max Gallo, Schriftsteller und Historiker, ehemaliger Regierungssprecher unter Präsident François Mitterrand, der den UMP-Kandidaten unterstützt hat. Wenn Sarkozy die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit bewusst ist, „dürfte aber die Ro-

mantik, die Sentimentalität in der Beziehung zwischen Paris und Berlin verschwinden“.¹⁸ Sarkozy verkörpert eine neue Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde. Für den neuen Staatspräsidenten ist die europäische Einigung und die deutsch-französische Verständigung weniger Herzenssache als Selbstverständlichkeit. So erklärte er mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis am 16. Mai in Berlin nüchtern, dass „nichts diese Freundschaft in Frage stellen wird“.

„Die Hoffnung“ (*L'espoir*) titelte die rechte Zeitschrift *Valeurs actuelles* nach dem Sieg von Nicolas Sarkozy¹⁹ – Hoffnung darauf, dass der neugewählte Präsident die eigenen nationalen Interessen vorantreiben wird. Bereits am Wahlabend des 6. Mai ermahnte Sarkozy seine europäischen Partner, die „Stimme der Völker, die geschützt werden wollen“, zu hören und nicht taub zu bleiben gegenüber dem „Zorn der Völker, welche die EU nicht als Schutz empfinden, sondern als trojanisches Pferd für alle Bedrohungen, welche die Umwälzungen der Welt mit sich bringen“. Er plädiert für eine Gemeinschaftspräferenz, sieht die EU als Schutzwall gegen eine unfaire, sich auf Sozial- und Umweltdumping stützende Handelskonkurrenz aus China und Indien und möchte dieser mit Schutzzöllen begegnen.

Präsident Sarkozy propagiert zwar einen liberaleren Wirtschaftskurs als seine Vorgänger, aber im Zweifel folgt er der französischen Tradition des Staatsinterventionismus und distanziert sich vom Europa der Eurokraten. Bereits im Wahlkampf machte er die Stärke des Euro für die flauen Exporte in Frankreich verantwortlich und kritisierte dafür die Europäische Zentralbank. Um innenpolitischen Druck abzulassen und die jakobinischen Reflexe seiner Mitbürger zu besänftigen, tritt er gern als Hüter des „ökonomischen Patriotismus“ auf, den er als kurzzeitiger Wirtschaftsminister 2004 mit den klassischen Instrumenten staatlicher Industriepolitik bis hin zum Protektionismus schon praktizierte. Sarkozys Auffassungen wurden vom britischen Schatzkanzler Alistair Darling scharf kritisiert: „I do not believe in economic patriotism“, sagte

¹⁶ Vgl. Horst Bacia, EU-Beitrittsverhandlungen. Frankreich bremst Türkei-Gespräche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 26. 6. 2007.

¹⁷ Nicolas Sarkozy, *Témoignage*, Paris 2006, S. 72.

¹⁸ Spiegel-Gespräch mit Max Gallo, in: Der Spiegel, Nr. 20 vom 14. 6. 2007, S. 123.

¹⁹ *L'espoir* (Titelseite), in: *Valeurs actuelles*, Nr. 3675 vom 8. 5. 2007.

er, „I think it is nonsense. Economic patriotism is protectionism and there is no other name for it.“¹⁰ Diese Kombination aus starkem Protektionismus und Kritik an den europäischen Institutionen als Ursache für Frankreichs Krisen enthält bereits einiges Konfliktpotenzial, auch für die deutsch-französischen Beziehungen. Heftige Kritik übten auch die Finanzminister der Eurozone in Brüssel am 9. Juli 2007, als Präsident Sarkozy vor ihnen verkündete, er wolle versuchen – wie in der Euro-Runde vereinbart –, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, doch gleichzeitig zu verstehen gab, dass sein kostspieliges Reformprogramm Priorität genießen werde. Damit wird Frankreich wohl erst bis zum Jahr 2012 den Schuldenberg abbauen können.

Diese „harte“ Vertretung nationaler Interessen kommt auch in den transatlantischen Beziehungen zum Vorschein. Bei der das G8-Gipfeltreffen abschließenden Pressekonferenz am 8. Juni 2007 in Heiligendamm sagte der französische Präsident zu seinem amerikanischen Amtskollegen George W. Bush, dass er die „Interessen Frankreichs verteidigen würde, wie Bush die Interessen der Amerikaner verteidigt“ und, dass „Gegenseitigkeit gefragt ist“. In seinem Buch, das kurz vor seiner Wahl erschienen ist, schreibt Sarkozy, dass „sein Land sich eifrig um das Eintreten für die nationalen Interessen betätigen muss“, denn „Unabhängigkeit, ganz zuerst gegenüber Amerika, das ist selbstverständlich der Leitsatz der französischen Diplomatie“.¹¹

„*Sarkozy l'Américain*“ erwies sich dennoch als Wunschkandidat der US-Neokonservativen, und im Verhältnis Frankreichs zu den Vereinigten Staaten ist seit seiner Wahl in der Tat Entspannung angesagt. Noch als Innenminister hatte Sarkozy, der im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute ein ungestörtes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hat, am 12. September 2006 in Washington die Großsprecherei der französischen Politik im Irak kritisiert. Vor dem US-Präsidenten stellte er der anti-amerikanischen Irak-Politik Jacques Chiracs schlechte Noten aus. Selbst die allseits bewunderte souveräne Rede des damali-

gen französischen Außenministers Dominique de Villepin, im Februar 2003 vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, bezeichnete er abfällig als sterilen Bombast und versprach, die transatlantische Partnerschaft neu aufzubauen. Allerdings wusste er aber auch, dass in Frankreich als bester Freund der Amerikaner keine Wahlen zu gewinnen sind, und so lobte er doch öfters während des Wahlkampfs die ablehnende Haltung Chiracs zur US-Intervention im Irak. Gleich in seiner ersten Rede nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses forderte er Washington auf, sich nicht länger dem Kampf gegen die Erderwärmung zu entziehen und das Protokoll von Kyoto umzusetzen. Die Vereinigten Staaten könnten sich im Kampf gegen den Klimawandel nicht mehr aus der Verantwortung stehlen. „Wie selbstbewusst die Europäer dabei sind“, zeigte er, als er bei der Abschlusspressekonferenz des G8-Gipfeltreffens gefragt wurde, wie er die Vereinbarung zum Klimaschutz bewerte. Er gab sich nicht die geringste Mühe, die Vereinigten Staaten das Gesicht wahren zu lassen: „Bis gestern hatten wir einen amerikanischen Präsidenten, der behauptet: es gibt kein Problem“, sagte er. Und wenn es ein Klimaproblem gebe, dann habe das nichts mit den Menschen zu tun, zitierte er Bush weiter. Sarkozy machte eine Pause, und dann kombinierte er sechs Wörter zu einem kargen, maliziösen Satz: „Letzte Nacht ergab sich etwas anderes.“¹²

Rang auf der Weltbühne wahren

Frankreichs Einfluss in der Welt hat sich natürlich seit dem Ende des Kalten Krieges verändert, Paris wird aber nicht auf internationale Ambitionen verzichten. So wurde unter Führung des Außenministers Kouchner ein Darfur-Gipfel in Paris am 25. Juni 2007 organisiert. In den schwierigen Auswegen, die aus der Krise zu finden sind, wollte er wenigstens eine humanitäre Verbesserung sicherstellen. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union haben die G8-Länder in Paris den Druck auf Sudans Regierung erhöht, damit die humanitäre Katastrophe in der Darfur-Provinz beendet wird. In diesem Sinne war der Pariser Gipfel ein „Zeichen dafür, dass Frankreich gerade dabei ist, seine

¹⁰ Chris Gilles, Darling on . . ., in: Financial Times Deutschland (FTD) vom 4. 7. 2007.

¹¹ Nicolas Sarkozy, Ensemble, Paris 2007, S. 86 und 91.

¹² Markus Feldenkirchen u. a., Suche nach der Weltformel, in: Der Spiegel, Nr. 24 vom 11. 6. 2007, S. 25.

Dynamik in der Außenpolitik wiederzufinden“.¹³

Mit Sarkozy „bleibt Frankreich eine globale Macht“,¹⁴ das Land der Menschenrechte, das mit der Frankophonie im Rücken eine besondere kulturelle Identität verteidigt, die sich von der Globalisierung unter angelsächsischer Führung bzw. zunehmender Anglisierung distanziert.¹⁵ In seinem Buch, das seine wichtigsten Überlegungen zum Wahlkampf zusammenfasst, schreibt Sarkozy, er wolle als Präsident die Frankophonie „an die erste Stelle der diplomatischen Prioritäten setzen“.¹⁶ Frankreich ist zudem über seine eigenen Interessen hinaus als willige Feuerwehr tätig, seine Armee verfügt über ein wertvolles Erfahrungskapital, sowohl dank ihrer früheren kolonialen Einsätze als auch dank einer systematischen Ausbildung für Auslandseinsätze. Besonderen Wert misst Frankreich seiner Unabhängigkeit bei, ein Prinzip, das die unter Staatspräsident Charles de Gaulle in den 1960er Jahren eingeleitete Außenpolitik stark geprägt hat.¹⁷ So stellt sich Sarkozy Frankreich als „Macht für die Zukunft“ (*puissance d'avenir*)¹⁸ vor. In L'Île-Longue, dem französischen Atom-U-Boot-Stützpunkt, erklärte er am 13. Juli 2007, dass er wie seine Vorgänger auf die autonome und glaubwürdige französische nukleare Abschreckung setze, verbunden mit dem Wunsch nach einer Verstärkung der europäischen Verteidigungspolitik. Die Rolle der französischen Armee in der Welt und andere strategische Optionen müssen allerdings diskutiert werden. Sarkozy hatte im Wahlkampf den Bau eines zweiten Flugzeugträgers versprochen. Wenn dieser gebaut wird, müssten allerdings aus Kostengründen andere Programme gestrichen werden. Die Entscheidung darüber wird zwar erst im Frühling 2008 mit der Debatte über das militärische Programmgesetz 2009–2013 (*Loi de programmation mi-*

litaire 2009–2013) fällig. Doch die „Festlegung von Prioritäten“ wird, so Verteidigungsminister Hervé Morin, unausweichlich sein.¹⁹

Zu den strategischen Interessen Frankreichs gehören selbstverständlich die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die unter Chirac gelitten haben. Auch für eine sich noch so selbstbewusst gebende französische Diplomatie bleibt offensichtlich, dass es für sie außerhalb eines solide geeinten europäischen Pols keine Multipolarität geben kann. Bis auf weiteres ist aber dieser europäische Pol ohne transatlantische Verkettung nicht denkbar. Die Priorität auf der Bildung einer welt- und damit auch verteidigungspolitisch glaubwürdigen EU, also ein international aktionsfähiges Europa, setzt auch für Paris ein ausreichend vertrauensvolles Verhältnis zu den Vereinigten Staaten voraus. In seiner ersten offiziellen außenpolitischen Erklärung stellte Sarkozy fest, dass Frankreich „immer an der Seite der Amerikaner steht, wenn sie es brauchen“, was aber auch bedeutet, dass sie „akzeptieren müssen, dass Freunde anders denken können“. In seiner Rede am 7. März 2007 in Paris, bei der UMP-Tagung über Sicherheitsfragen, verkündete er, dass die NATO sich auf keinen Fall zu einer Konkurrentin der Vereinten Nationen entwickeln sollte, „wie anscheinend die Vereinigten Staaten es sich wünschen“. Im Gegenteil, wie einst sein Vorgänger Präsident Chirac plädierte er für eine NATO, die sich „strikt auf ihre klare geopolitische Verankerung in Europa und ihre militärische Doktrin beschränkt“. Sarkozy spricht sich zwar für eine Reform und eine Stärkung der Vereinten Nationen aus und befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat sowie einen für Japan, Indien und Brasilien, er lehnt aber eine Umwandlung des französischen (und britischen) in einen europäischen Sitz ab.

Die neue Machtelite in Frankreich spricht nicht von einer Sonderstellung des Landes, also der gaullistischen und weltumspannenden Botschaft Frankreichs. Das Wort von der „*Grande Nation*“, das in Deutschland von manchen – und mit ironischem Unterton – zitiert wird, kommt in Frankreich nicht mehr vor, anders das Wort „Rang“. Für die politische Elite Frankreichs enthält es nicht in erster Linie eine Forderung an andere, Frankreich

¹³ Pierre Rousselin, Mobilisation pour le Darfour, in: Le Figaro vom 26. 6. 2007.

¹⁴ Frédéric Charillon, Influence: le vrai potentiel du „soft power“ à la française, in: Le Figaro vom 10. 5. 2007.

¹⁵ Als Frankophonie wird die Gesamtheit des französischen Sprachraumes bezeichnet. Rund 500 Millionen Menschen sprechen heute Französisch.

¹⁶ Vgl. N. Sarkozy (Anm. 11), S. 49.

¹⁷ Vgl. Ernst Weisenfeld, Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart, München 1997.

¹⁸ Interview mit Nicolas Sarkozy, in: Politique internationale, 29 (2007) 115, S. 143–159.

¹⁹ Interview mit Verteidigungsminister Hervé Morin, in: Le Figaro vom 30. 6. 2007.

einen besonderen Platz einzuräumen, es drückt vielmehr Erwartungen aus, die sie von ihrem Land erfüllt sehen möchte. Sarkozy überschätzt nicht das tatsächliche französische Machtpotenzial, aber er rückt Frankreich international ins Scheinwerferlicht und wertet zusätzlich sein persönliches Prestige auf, sowohl in seinem eigenen Land als auch in bestimmten Regionen der Welt.

Eine neue Mittelmeer- und Afrikapolitik?

Seit der Ära von General de Gaulle sind die Grundsätze der französischen Diplomatie konstant geblieben: Machtkonkurrenz gegen Washington, Skepsis bei der Vertiefung der EU und pro-arabische Neigung in Nahost. Auf der diplomatischen Agenda des Staatspräsidenten Sarkozy haben nun die geostrategischen Herausforderungen und Migrationsfragen im Mittelmeerraum und in Afrika höchste Priorität.¹²⁰ Der erste offizielle Besuch außerhalb Europas führte Nicolas Sarkozy am 10. und 11. Juli 2007 nach Algerien und Tunesien. Am 25. Juli besuchte er Libyen, das einen Tag vorher die bulgarischen Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt freigelassen hatte, denen man vorwarf, libysche Kinder mit dem HI-Virus infiziert zu haben. Cecilia Sarkozy, die neue „Premiere Dame“, begleitete sie medienwirksam nach Bulgarien. Könnte die Zielsetzung, diese Herausforderungen anzunehmen, einen Wandel im Bereich der oft „zynischen“ französischen Realpolitik herbeiführen?

Noch am Wahlabend wandte sich Sarkozy auch an die Völker des Mittelmeerraumes, eine Region, der ihm zufolge „eine entscheidende Bedeutung zukommt“. Er schlug unter anderem den „Aufbau einer Mittelmeerunion“ vor, die „als Verbindung zwischen Europa und Afrika fungieren wird“. Was für die Europäische Gemeinschaft vor 60 Jahren getan wurde, sollte, so Sarkozy, „heute für die Einigung des Mittelmeerraums“ getan werden. Ein besonders ehrgeiziges Projekt: Frankreich, als maßgebliche Macht im Mittelmeerraum, soll die Initiative ergreifen, um zusammen mit Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Zypern eine Mittelmeerunion mit eigenen Institutionen zu gründen.¹²¹ Er will aber auch die Türkei in diese Union einbeziehen, deren Grundlage unter

französischem EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2008 gelegt werden könnte. In Bezug auf den Nahen Osten vertritt der französische Präsident eine Position, die sich der amerikanischen annähert und die den Kampf gegen den Terrorismus und die Verteidigung Israels in den Vordergrund stellt. Er schlägt eine „privilegierte Partnerschaft“ zwischen Europa und den Ländern der Region vor, wobei Israel an erster Stelle stehen soll. Frankreich besitzt zwar keinen bemerkenswerten Einfluss auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Dank seines Rufes einer gewissen Eigenwilligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten wird es jedoch in den verschiedenen Ländern als hinreichend glaubwürdiger Gesprächspartner anerkannt, mit der Möglichkeit, gelegentlich auch amerikanische Thesen oder Pläne sachlich erläutern zu können.

Während Valéry Giscard d'Estaing mit dem Diktator Bédél Bokassa befreundet war, François Mitterrand noch nach dem Mauerfall nach Ostberlin reiste und der DDR-Führung Mut machte, und nicht zuletzt afrikanische und arabische Diktatoren auf Jacques Chiracs Wohlwollen zählen konnten, bekennt sich Nicolas Sarkozy als erster französischer Präsident demonstrativ zu den Menschenrechten, die „kein Detail“ seien, sondern für die Idee einer internationalen Gemeinschaft das Fundament überhaupt.¹²² So hofft Paris auch mit Moskau eine Debatte über Tschetschenien, die Pressefreiheit und die Menschenrechte führen zu können, als Voraussetzung für eine „echte Partnerschaft des Vertrauens und der Freundschaft“ mit Russland.¹²³ So appellierte Sarkozy direkt nach seiner Wahl „an alle, die auf dieser Welt an die Werte der Toleranz, der Freiheit, der Demokratie und des Humanismus glauben, an alle, die von Tyranneien und Diktaturen verfolgt werden, an alle Kinder und alle Frauen, die geschunden werden, um ihnen zu sagen, dass sie auf Frankreich zählen können“.

Bedeutet dies nun ein Ende der französischen Sonderrolle in Afrika, das Ende der *Françafrique*?¹²⁴ Sarkozy hat mehrmals zu

¹²⁰ Vgl. N. Sarkozy (Anm. 11), S. 93–106.

¹²¹ Vgl. Christian Makarian, Mare Sarkozyum, in: L'Express, Nr. 2915 vom 17. 5. 2007, S. 71.

¹²² Vgl. N. Sarkozy (Anm. 7), S. 264.

¹²³ Natalie Nougayrède, Le nouveau dialogue franco-russe, in: Le Monde vom 6. 6. 2007.

¹²⁴ Das Wort *Françafrique* wurde von dem verstorbenen Schriftsteller François-Xavier Verschave geschaffen, um den Begriff *France-Afrique* (Félix Houphouët-Boigny, verstorbener Staatspräsident der Elfenbeinküste) zu parodieren. Es bezeichnet die der-

verstehen gegeben, dass nach den Gefälligkeiten und den Zweideutigkeiten eine neue Ära zwischen Frankreich und Afrika beginnen muss. Er hat sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf dem internationalen Parkett für eine nachhaltige Entwicklungspolitik eingesetzt. Zudem will er auch gemeinsam mit den afrikanischen Partnern über Einwanderungspolitik entscheiden. Gleichzeitig – und trotz der bitteren Erfahrungen in Rwanda und Burundi – glaubt Frankreich, seine Beistandsverpflichtungen weiterhin erfüllen zu müssen, in der nicht unberechtigten Annahme, dass seine militärischen Interventionen, wie unlängst in der Elfenbeinküste und im Kongo, keinen kolonialistischen und keinen national-egoistischen Verdacht zulassen. Paris akzeptiert auch eine gewisse Multilateralisierung der Beziehungen zu Afrika, insbesondere weil es mit der Verwaltung von Krisenfolgen und humanitären Katastrophen nicht allein gelassen werden möchte. Will Frankreich seine internationale Glaubwürdigkeit nicht gefährden, darf es Afrika nicht im Stich lassen, so Sarkozy in einem Interview.¹²⁵ Außenminister Kouchner, ehemals ein hoher Repräsentant der Vereinten Nationen im Kosovo, hat in den 1990er Jahren das Recht auf Einmischung (*droit d'ingérence*) erfunden, das zum Eingreifen der NATO in Ex-Jugoslawien führte. Und so mischt er sich als „unermüdlicher Flibustier“¹²⁶ in seinem langen Kampf für humanitäre Hilfe und Humanität im Allgemeinen noch immer überall ein.

Frankreichs Interessen in Afrika sind leicht zu überblicken, besonders wenn es um Bodenschätze wie Öl geht. Außerdem drängen die Vereinigten Staaten sowie China seit den 1990er Jahren verstärkt auf den Kontinent. Trotz des relativen Niedergangs der französischen Rolle genießt Paris immer noch Großmachtstatus in Afrika. Wird sich Paris nun an seine herkömmliche Machtposition in Afrika klammern? Die Frage, wie sich die französische Afrikapolitik entwickeln wird, bleibt offen,¹²⁷ aber radikale Änderungen sind in diesem Falle sicher nicht zu erwarten, eher eine

zeitigen Verhältnisse Frankreichs mit den ehemaligen Kolonien bzw. den verborgenen Teil der französischen Politik in Afrika.

¹²⁵ Vgl. Interview mit N. Sarkozy (Anm. 18).

¹²⁶ Christophe Barbier, Kouchner infatigable flibustier, in: L'Express, Nr. 2916 vom 24. 5. 2007, S. 42 f.

¹²⁷ Vgl. Vincent Huguex, Afrique. L'énigme Sarkozy, in: L'Express, Nr. 2919 vom 14. 6. 2007, S. 76–79.

Veränderung im politischen Stil. Überhaupt wird es wohl zu keiner neuen „ideologischen Ausrichtung“ der Außenpolitik kommen, sie wird von „Realismus geprägt sein und sich nach den Gegebenheiten vor Ort, den internationalen Beziehungen und wirtschaftlichen Interessen richten“.¹²⁸

Verstärkte „Präsidialisierung“ der Außenpolitik

Dem sozialistischen Realpolitiker Hubert Védrine, ehemaliger Außenminister unter Mitterrand und Premierminister Lionel Jospin, wurde sein früheres Ministerium angeboten. Er lehnte jedoch ab, da er nicht über hinreichende politische Autonomie gegenüber dem neuen Staatsoberhaupt verfügt hätte. Kouchner, der in Sachfragen der internationalen Politik entgegengesetzte Positionen zu denen Védriens vertreten hat, übernahm stattdessen das Amt. Tatsächlich entspricht Kouchners pro-amerikanische und interventionistische Linie eher den Positionen Sarkozys. Nun wird der neue Staatspräsident die Außenpolitik aber weitgehend selbst in die Hand nehmen und nicht dem Minister überlassen. Sie soll zwar nicht wie bisher die „reservierte Domäne“ des Präsidenten sein, sondern vom Parlament diskutiert werden. Gemäß der Verfassung ist aber der Präsident Oberbefehlshaber und hat in der Verteidigungs- und Außenpolitik das endgültige Sagen.¹²⁹ Die skeptische Haltung Kouchners in der Türkei-Frage wird nicht weiterhelfen.¹³⁰ Nach der französischen Verfassung wird der Außenminister mit Sarkozy an einem Strang ziehen oder gehen müssen.

Um das Profil der Außenpolitik zu schärfen, wird Präsident Sarkozy einen politisch-militärischen „Nationalen Sicherheitsrat“ gemäß dem US-Vorbild schaffen, der dem Staatsoberhaupt direkt zuarbeiten soll und der übrigen Regierung damit Kompetenzen

¹²⁸ Beatrice Gorawantschy, Präsident Sarkozy. Beginn einer Ära des politischen Umbruchs, in: KAS/Auslands-Informationen, Nr. 6, Juni 2007, S. 26.

¹²⁹ Von allen Staatsoberhäuptern der EU hat Frankreichs Präsident die meisten Vollmachten. Er ernennt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die übrigen Minister. Er ist dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich, kann es aber auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

¹³⁰ Vgl. Interview mit Bernard Kouchner, in: New York Times vom 19. 5. 2007.

entziehen wird. Bislang war nur die „afrikanische Zelle“ im Elysée-Palast, die für die offene und verdeckte „neokoloniale“ Afrikapolitik zuständig ist, unmittelbar dem Präsidenten unterstellt. Zukünftig soll die Zelle für afrikanische Angelegenheiten dem neu zu bildenden Nationalen Sicherheitsrat angegliedert werden. Chefberater des Gremiums soll der diplomatische Berater und Gipfelbeauftragter (Sherpa) des Präsidenten, Jean-David Levitte, werden. Der erfahrene Diplomat, einst Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen und zuletzt Botschafter in Washington, gilt als Außenminister in spe.

Diese Machtkonzentration der außenpolitischen Aktivitäten in den Händen von Nicolas Sarkozy ist eigentlich keine Besonderheit, denn die Führung der Außen- und Verteidigungspolitik ist in der Fünften Republik die Hauptaufgabe des französischen Präsidenten. Diese Tatsache könnte für die Partner sogar vorteilhaft sein, denn nun hat Frankreich mit Sarkozy wieder einen starken Politiker mit Überzeugungen und Tatendrang an seiner Spitze. Patriotische Egoismusanfälle werden der Harmonie unter anderem in der deutsch-französischen Partnerschaft nicht schaden, solange der Wille zur Zusammenarbeit mit Pragmatismus bestimmend bleibt. So haben sich auch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am 16. Juli 2007 in Toulouse auf die Neuausrichtung des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS und seiner Tochter Airbus verständigen können. Außerdem haben alle französischen Politiker, die positiv für Europa gewirkt haben, den nationalen Patriotismus mit der europäischen Berufung verbunden. Für Sarkozy legitimiert sich (Außen-)Politik aus einer grundsätzlich patriotischen Gesinnung. Anlass zur Sorge? Für das offizielle französische Präsidentenfoto ist Sarkozy das erste Staatsoberhaupt, das die EU-Fahne neben die französische *Tricolore* stellen ließ. Das ist keine harmlose Botschaft, wenn man um die Bedeutung der symbolischen Gesten in Frankreich weiß.

Wolfram Hilz

Perspektiven der „neuen“ deutsch-französischen Beziehungen

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“! Die geradezu innige Begegnung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem frisch gekürten französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy vor dem Berliner Kanzleramt am 16. Mai 2007 kann auch für die seit über 40 Jahren als eng und intensiv geltenden deutsch-französischen Regierungsbeziehungen als ungewöhnlich bezeichnet werden. Stehen wir also angesichts der bereits von Beginn an herzlichen Beziehungen zwischen Merkel und Sarkozy am Anfang einer engen bilateralen Kooperation?

Oder handelt es sich eher um oberflächliche Sympathiebekundungen, die keine Rückschlüsse auf eine besondere Nähe in wichtigen politischen Sachfragen zulassen?

Im Folgenden soll untersucht werden, ob es bereits ausreichende Indizien für die Entwicklungsperspektiven der deutsch-französischen Beziehungen unter Merkel und Sarkozy über die Phase des euphorischen „Honeymoon“ hinaus gibt. Hierfür spielen die Auswirkungen der zwölfjährigen Amtszeit von Jacques Chirac ebenso eine Rolle, wie die abgelaufene deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Letztere war hinsichtlich der Bereitung eines positiven europäischen Rahmens für den neuen Hausherrn im Elysée-Palast durch die deutsche Bundeskanzlerin und wegen der inhaltlichen Weichenstellungen im Laufe der EU-Präsidentschaft bedeutsam.¹

Wolfram Hilz

Dr. phil. habil., geb. 1966; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstr. 27, 53113 Bonn. wolfram.hilz@uni-bonn.de

¹ Die außen- und europapolitische Wahlkampfprogrammatische Sarkozys soll nur insoweit einbezogen

Da es im Verhältnis Berlin–Paris nie alleine um gute bilaterale Zusammenarbeit ging, sondern immer auch um eine stabile Basis für gemeinsames Agieren in der Europäischen Union und darüber hinaus im internationalen Kontext, wird die hierfür bereits erkennbare Tendenz bei der Betrachtung des bilateralen Verhältnisses eine wichtige Rolle spielen.

Bilaterale Stagnation unter Chirac

Obwohl Jacques Chirac seit dem negativ beschiedenen Referendum über den EU-Verfassungsvertrag vom Mai 2005 der Ruf des „Monarchen auf Abruf“ anhaftete, hinderte ihn dies nicht an einer sehr dezidierten Verteidigung seiner Positionen im bilateralen Verhältnis zu Deutschland und innerhalb der Europäischen Union. Selbst nach dem Amtsverlust seines inzwischen zum Duzfreund und engsten Verbündeten avancierten Gerhard Schröder im Herbst 2005 beharrte Chirac beispielsweise auf einer unveränderten Ausgabenstruktur des hart umkämpften EU-Finanzrahmens 2007–2013. Zugeständnisse im Agrarbereich, mit denen der ebenso unbewegliche britische Premier Blair zu Abstrichen am so genannten Briten-Rabatt hätte bewegen werden können, machte der französische Präsident nicht – auch nicht um der frisch gekürten Nachfolgerin Schröders entgegenzukommen. So konnte sich Angela Merkel den Vermittlungserfolg, der zur Lösung der EU-Finanzierungskrise auf dem Brüsseler Gipfel im Dezember 2005 durch deutsche Finanzzugeständnisse führte, ganz allein zurechnen.¹²

Obwohl Chiracs europäische Unbeweglichkeit in deutlichem Kontrast zu seiner ansonsten von Beginn an „umgarnenden“ Annäherung an die deutsche Kanzlerin stand, monierte Merkel diese offensichtliche Diskrepanz nicht öffentlich. Die vom Gespann Merkel-Chirac bestimmte Phase der deutsch-französischen Beziehungen von November 2005 bis Mai 2007 kann insgesamt als beiderseitiges, formwah-

werden, als sie sich als unmittelbar handlungsrelevant erwiesen hat. Zu den markantesten Punkten im Wahlprogramm siehe Ronja Kempin, *Neue Töne – neue Politik? Die außen- und sicherheitspolitische Agenda des künftigen Präsidenten Frankreichs*, Berlin 2007 (SWP-Diskussionspapier, FG 3-DP 08), S. 3–5.

¹² Vgl. EU-Finanzkompromiss und Erleichterung, in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) online vom 19. 12. 2005; www.nzz.ch.

rendes „Aussitzen“ bezeichnet werden: Alle bilateralen Aktivitäten, beginnend mit dem unter Schröder und Chirac etablierten „Blaenheim-Dialog“ der häufigeren Treffen bis hin zu den gemeinsamen Kabinettsitzungen, wurden „reibungsfrei“ absolviert; zugleich vermieden es beide Seiten jedoch, ihre (ehemals) zentrale Rolle als „deutsch-französische Achse“ für das schlängelnde EU-Fahrzeug – mit mittlerweile 25 Plätzen – wahrzunehmen.¹³ Durch die bilaterale und gemeinschaftsweite Passivität, die durch die im Mai 2006 um ein weiteres Jahr verlängerte „Denkpause“ im EU-Verfassungsprozess unterstrichen wurde, konzentrierten sich die Hoffnungen auf eine Neubelebung der Partnerschaft durch frische Impulse auf das erste Halbjahr 2007 mit dem deutschen EU-Vorsitz und dem Personalwechsel im Elysée-Palast.

Deutsche EU-Präsidentschaft als Neustart

Die als „europäische Hoffnungsträgerin“ Ende 2005 erfolgreich ins Brüsseler Metier gestartete Bundeskanzlerin Merkel musste mit denkbar ungünstigen Rahmenbedingungen für ihre EU-Präsidentschaft auskommen, die wesentlich mit dem Nachbarn am Rhein zusammenhingen: Die „französische Hängepartie“ mit einem schwachen Präsidenten in seinen letzten Amtswochen verwehrt Merkel eine bewährte deutsche Vorgehensweise unter enger Abstimmung und verlässlicher Unterstützung durch Paris. Das Fehlen der „Achse Berlin-Paris“ hinderte die Kanzlerin zwar nicht daran, den EU-Sondergipfel vom März mit dem Schwerpunkt Klimapolitik – fast im Alleingang – zum Erfolg zu führen, und alle widerspenstigen EU-Partner auf eine Berliner Erklärung zum 50-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge zu verpflichten.¹⁴ Das

¹³ Vgl. Deutsch-französische Beziehungen. Der politische Abstand wächst, in: *Frankfurter Rundschau* (FR) online vom 23. 2. 2007; www.fr-online.de. Zu einer Bilanz dieser bilateralen Aktivitäten vgl. Daniela Schwarzer, *Deutschland und Frankreich – Duo ohne Führungswillen. Das bilaterale Verhältnis in der erweiterten Europäischen Union*, Berlin 2006 (SWP-Studie), S. 15 ff.

¹⁴ Vgl. Der EU-Gipfel sagt ja zum Klimaschutz, in: *NZZ* online vom 10. 3. 2007; Bertholt Kohler, Ein halbes Jahr Dreifaltigkeit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 22. 3. 2007. Zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Tagung vom 8./9. 3. 2007 in Brüssel) vgl.

„Herzstück“ der deutschen Präsidentschaft, die Lösung der seit zwei Jahren andauernden EU-Verfassungskrise, konnte die Bundeskanzlerin jedoch erst im letzten Drittel ihres Vorsitzes in Angriff nehmen, als die Amtsnachfolge Chiracs geklärt war.

Da die zwischenzeitlich als sehr aussichtsreich gehandelte sozialistische Präsidentschaftskandidatin, Ségolène Royal, im Wahlkampf klar gemacht hatte, dass sie sowohl eine ambitionierte Verfassung anstrebe, als auch ein erneutes Referendum plane, musste Angela Merkel mit der Festlegung auf eine inhaltliche Verhandlungsstrategie für den abschließenden EU-Gipfel am 21./22. Juni 2007 in Brüssel bis Mitte Mai warten. Im danach verbleibenden Monat stand die Bundeskanzlerin vor der Aufgabe, einerseits die Befürworter einer ambitionierten Verfassung für die reduzierte Form eines Reformvertrages zu gewinnen, die Nicolas Sarkozy als einzig akzeptable Version unter dem Schlagwort „Mini-Traité“ proklamiert hatte.¹⁵ Andererseits galt es, die noch schwierigere Aufgabe zu erledigen, die „Europaskeptiker“, angeführt von der polnischen und der britischen Regierung, zur Zustimmung zu bewegen.

Da Angela Merkel in den ersten fünf Monaten ihrer EU-Präsidentschaft das Kunststück vollbracht hatte, keine gemeinschaftsinternen Entscheidungen zu forcieren, die den erklärten Interessen des neuen französischen Präsidenten entgegenstanden, konnte sie auf dessen tatkräftige Unterstützung hoffen. Ob sich der nicht gerade an Selbstzweifeln leidende frühere französische Innenminister in seinen ersten Wochen an der Spitze Frankreichs zum Wohl der europäischen Sache tatkräftig engagieren würde, war jedoch keineswegs sicher. Sarkozy widerstand aber der für den Führer der „Grande Nation“ verlockenden Versuchung, primär nach Ruhm und Ehre für das eigene Land zu streben. Er erwies sich sowohl im Vorfeld des Brüsseler EU-Gipfels bei einem Antrittsbesuch in Polen als auch beim Verhandlungsmarathon

selbst als verlässlicher Bundesgenosse Merckels und damit als hilfreiche Stütze der deutschen Ratspräsidentin.¹⁶

Die insbesondere für die Bundesregierung so schwierige Übergangsphase in den bilateralen Beziehungen während des Wechsels von Chirac zu Sarkozy kann somit als sehr gelungen bezeichnet werden. Die erkennbare wechselseitige Rücksichtnahme war angesichts der für beide Seiten erheblichen innen- und außenpolitischen Anspannung bemerkenswert. Der Start in die personell „neuen“ bilateralen Beziehungen ist dabei insbesondere im Hinblick auf gemeinsame europäische Ambitionen so reibungslos verlaufen, wie es angesichts der divergierenden Meinungen in der Verfassungsfrage nicht erwartet werden konnte.¹⁷

Ob dieser gute Start mit einer engen Abstimmungsbereitschaft der nationalen Positionen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten eine ebenso aussichtsreiche Entwicklungsperspektive hat, soll anhand einiger thematischer Beispiele betrachtet werden. Mitentscheidend für die Themenauswahl ist die fortbestehende europäische Relevanz und die (zugleich) traditionelle Bedeutung im zwischenstaatlichen Verhältnis.

Umsetzung des EU-Reformvertrags

Die Unterstützung der Bundeskanzlerin bei ihren Anstrengungen zur Durchsetzung eines Reformvertrags beim Brüsseler Juni-Gipfel 2007 durch den Präsidenten war ein wichtiger Indikator beim gemeinsamen bilateralen Bemühen um eine künftige entscheidungs- und handlungsfähige EU. Dass der französische Präsident seine ersten Schritte auf internationalem Parkett, beispielsweise bei seinem Besuch beim widerspenstigen polnischen Zwillingsspaar Lech und Jarosław Kaczyński – dem Präsident und dem Ministerpräsidenten

www.consilium.europa.eu, zur „Berliner Erklärung zum 50. Geburtstag der EU“ vom 25. 3. 2007 vgl. www.europa.eu/50.

¹⁵ Vgl. Wolfram Hiltz, EU-Präsidentschaft und Wahlkampf. Weichenstellungen für die EU und das deutsch-französische Verhältnis, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 63 (2007) 2, S. 50–54.

¹⁶ Vgl. Charmeoffensive Sarkozys in Warschau, in: NZZ online vom 15. 6. 2007; Stephan Israel, Durchbruch frühmorgens, in: NZZ online vom 24. 6. 2007. Zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Tagung vom 21./22. 6. 2007 in Brüssel) vgl. www.consilium.europa.eu.

¹⁷ Während Angela Merkel beharrlich auf der Rettung des gesamten EU-Verfassungsvertrags bestand, behielt Nicolas Sarkozy genauso konsequent seine diesbezüglich bereits im Sommer 2006 erklärte Ablehnung bei.

Polens –, auch dafür zu nutzen versuchte, seinen eigenen Einfluss und sein politisches Gewicht zur Geltung zu bringen, war für die bilaterale Annäherung unproblematisch, da das gemeinsame Anliegen im Vordergrund stand.

Die hart erkämpfte Kompromisslösung des Reformvertrags, für die die deutsche Bundeskanzlerin viele Komplimente erhielt, bietet eine gute Ausgangsposition für eine enge deutsch-französische Kooperation angesichts der noch bevorstehenden Umsetzungsschritte. Die konsequente Fortsetzung des bilateralen Schulterschlusses von Brüssel ist für einen erfolgreichen Abschluss der im Juli 2007 eingesetzten Regierungskonferenz als stabilisierender Kern zwingend erforderlich, um bei erneut auftretenden Widerständen den Brüsseler Kompromiss vom Juni 2007 durchzusetzen zu können. Da Sarkozy seine EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 mit der erfolgreichen Ratifizierung des Reformvertrages „krönen“ will, steht sein fortgesetztes Engagement in seinem Sinne nicht in Frage. Das Pariser Erfolgsstreben garantiert das weiterhin gleichgerichtete Interesse in Berlin und Paris an einer Realisierung des EU-Reformvertrages.

Die enge inhaltliche Nähe zwischen Merkel und Sarkozy in diesen Fragen bietet beiden Seiten die Chance, in weiterhin enger Koordinierung der Regierungspositionen einen Teil der früheren „deutsch-französischen Motoren-Funktion“ für Europa zurückzugewinnen. Folglich muss sich der französische Präsident darum bemühen, den von Merkel demonstrierten bilateralen Kooperationswillen mitzutragen, um auch weiterhin genügend tatkräftige Unterstützung unter den restlichen 25 EU-Partnern zu sichern.

Wie schwierig es sein wird, diese gemeinsame „Motoren-Funktion“ im Brüsseler Tagesgeschäft auszuüben, zeigt der Umgang mit einer anderen europäischen Schlüsselfrage, die die Emotionen in der Gemeinschaft neben dem Verfassungsprozess in den letzten Jahren bewegt hat: die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Gelingt es dem französischen Präsidenten in absehbarer Zeit nicht, ähnlich wie der Beitrittskeptikerin Merkel in den letzten beiden Jahren, seine persönliche Ablehnung des Türkei-Beitritts zugunsten einer Akzeptanz des fortzusetzenden Verhandlungsprozesses zurückzustellen, wird er seine

erklärten europäischen Führungsambitionen als „Saboteur“ gemeinschaftlicher Vereinbarungen selbst desavouieren.¹⁸ Damit würden auch die deutsch-französischen Führungsambitionen geschwächt.

Kontroverse Themen: Klima und Energie

Obleich Jacques Chirac keineswegs als großer Verfechter gemeinsamer internationaler Umwelt- und Klimapolitik in Erinnerung bleiben wird, hinterließ er seinem Nachfolger einen beachtlichen Spielraum in diesem Politikfeld, der zwar Paris – wie alle anderen EU-Partner – an Zusagen bindet, deren Ausgestaltung aber nicht geklärt wurde. Eines der großen Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die verbindliche Festschreibung von EU-Klimaschutzzielen bis zum Jahr 2020, gelang der deutschen Kanzlerin im März 2007 nicht zuletzt dank der Bereitschaft Chiracs, die intensiven Bemühungen Merckels mitzutragen.¹⁹ Nicolas Sarkozy hatte bereits im Wahlkampf klargestellt, dass er diese ambitionierte deutsche Herangehensweise inhaltlich unterstützt. Dies bestätigte er anlässlich seines ersten internationalen Auftritts im Kreis der G8-Staaten in Heiligendamm Anfang Juni 2007. Die im Vorfeld von Heiligendamm von Angela Merkel verfolgte Strategie des klimapolitischen Drucks auf die USA (und Russland) durch europäische Geschlossenheit war nicht zuletzt dank der verlässlichen Unterstützung durch Nicolas Sarkozy erfolgreich.¹⁰

Diese Interessenparallelität in der Zielorientierung des Umwelt- und Klimaschutzes darf jedoch keineswegs als Einigkeit bei den Umsetzungsoptionen gewertet werden. Hier existieren gegensätzliche Vorstellungen, die an der divergierenden Einschätzung der Kernenergie beispielhaft zum Vorschein kommen. In Frankreich und für Sarkozy spielt die weitere intensive Nutzung der Kernkraft für die Reduzierung der klima-

¹⁸ Vgl. Les négociations d'adhésion de la Turquie à l'UE reprennent lentement, in: Le Monde vom 26. 6. 2007; Neue Störgeräusche im Verhältnis EU-Türkei. Paris sabotiert einen Teil der Beitrittsverhandlungen, in: NZZ online vom 26. 6. 2007.

¹⁹ Vgl. Merkel setzt sich durch: ‚Zwanzig Prozent erneuerbare Energie‘, in: FAZ vom 10. 3. 2007.

¹⁰ Vgl. Durchbrüche in Heiligendamm, in: FAZ vom 8. 6. 2007; Angela Merkel Gipfelstürmerin, in: NZZ online vom 10. 6. 2007.

schädlichen Gase in Europa und als wichtiger Schritt aus der energiepolitischen Abhängigkeit von Russland und dem Mittleren Osten eine Schlüsselrolle. In der Bundesrepublik scheidet diese Option seit dem unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg bis 2023 jedoch bis auf weiteres aus. So wird die offene Entscheidung über die EU-interne Aufteilung der Reduktionsanteile auf die Mitgliedsstaaten, die angesichts der langen zeitlichen Perspektive im März 2007 ausgeklammert werden konnte, früher oder später für Verteilungskämpfe – auch im deutsch-französischen Verhältnis – sorgen.

Ebenfalls wichtig und bilateral für Merkel und Sarkozy weniger konfliktreich wäre die Einigung, die gemeinschaftlichen Bemühungen um eine EU-Energieaußenpolitik zu intensivieren. Hier wäre es insbesondere an Bundeskanzlerin und Präsident, den von ihren Amtsvorgängern eingeschlagenen Weg der bi- oder trilateralen Exklusivabstimmung mit Moskau auch in Energieversorgungsfragen definitiv zu verlassen. Damit würden sie die Verhandlungsposition der EU-Mitglieder gegenüber den aktuell und prospektiv wichtigen Energielieferanten als Gesamtheit stärken. Zugleich würden beide ein unmissverständliches Signal zur Stärkung der Gemeinschaftsebene geben, auch wenn es sich erst einmal um eine engere nationale Koordinierung und nicht um eine Vergemeinschaftung handeln würde. Die Chancen, dass Merkel und Sarkozy die „Gründungseltern“ einer „Gemeinsamen Europäischen Energie-Außenpolitik“ (GEEAP) werden könnten, sind folglich gut – sie sollten diese Gelegenheit nutzen.

Testfall EADS/Airbus

Ein wichtiges bilaterales, aber auch europäisches Beispiel für die wirtschaftspolitischen Kooperationschancen unter Merkel und Sarkozy ist das gemeinsame Agieren innerhalb des Unternehmensverbundes EADS mit dem prestigeträchtigen Airbus-Konzern.

Jacques Chirac hat mit seinem fortgesetzt national betonten Kurs im Airbus-Streit des Frühjahrs 2007 eine „rote Linie“ gezogen, hinter die Nicolas Sarkozy ohne innenpolitischen Gesichtverlust kaum zurückgehen kann: Chirac gab die Devise aus, dass es – un-

geachtet der inneren Strukturen, Verantwortlichkeiten und Leistungsfähigkeit nach Standorten innerhalb des Airbus-Konzerns – eine gleichgewichtige Lastenverteilung zwischen den zentralen Partnern Deutschland und Frankreich geben müsse; im konkreten Fall ging es um die „Verteilung“ von abzubauenen Arbeitsplätzen unter den Teilnehmerstaaten. Die Bundeskanzlerin gewährte Chirac in dieser Frage einen Abschied ohne Gesichtverlust anlässlich seines letzten offiziellen Besuches in der Bundesrepublik im Februar 2007.¹¹ Dieses Nachgeben Merkels in einer ökonomisch sensiblen Frage der nachbarschaftlichen Beziehungen zeigt die Akzeptanz des industriepolitisch als zentral eingeschätzten Gleichberechtigungsaspekts im Nachbarland.

Ein Blick auf die bisher bekannten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Sarkozys macht deutlich, dass er keine Ambitionen erkennen lässt, die traditionell staatsinterventionistische Linie seiner Vorgänger zu verlassen. Den ersten Testfall für die beiderseitige Bereitschaft, die jeweils andere Sichtweise zu akzeptieren und gemeinsame Reformen einzuleiten, war die Klärung der Führungsfrage von EADS und deren Tochter Airbus: Beim bilateralen Gipfeltreffen in Toulouse am 16. Juli 2007 wurde eine einvernehmliche Lösung zwischen Merkel und Sarkozy erzielt, welche die jeweiligen nationalen Interessen zum Ausdruck brachte. Die deutsche Bundeskanzlerin ist dabei Überlegungen Sarkozys deutlich entgegengetreten, durch eine Erhöhung des französischen Aktienanteils bei EADS den unmittelbaren Regierungseinfluss zu stärken.¹²

Für die deutsch-französischen Kooperationen, die am Beispiel von Airbus und im weiteren Kontext am europäischen Rüstungs-

¹¹ Vgl. Chirac verteidigt Vorschläge zur Airbus-Sanierung, in: FAZ vom 24. 2. 2007.

¹² Die Auflösung der EADS-Doppelspitze durch eine alleinige Führung von EADS durch den Franzosen Louis Gallois und den gleichzeitigen Wechsel des Deutschen Thomas Enders an die Spitze von Airbus wurde als Entspannung und Klärung von Verantwortlichkeiten bewertet. Vgl. EADS-Doppelspitze abgeschafft. Merkel glücklich, SPD vorsichtig, in: www.faz.net vom 16. 7. 2007; Cécile Calla/Philippe Ricard, Paris et Berlin assument leurs divergences mais s'obligent à trouver des compromis, in: Le Monde vom 18. 7. 2007.

konzern EADS als „Aushängeschilder“ festgemacht werden können, wird folglich weiterhin die schwierige Aufgabe bestehen, marktliberales deutsches Agieren mit dem grundsätzlichen politischen Eingriffsvorbehalt Frankreichs in Einklang zu bringen. Erneute Spannungen sind hierdurch vorprogrammiert.¹³

Weltweite Gestaltungsaufgaben der EU

Auf dem Feld der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist die Bereitschaft französischer Präsidenten, die eigenen Positionen mit dem deutschen Partner konsequent abzustimmen, nur vereinzelt zu erkennen. Bisher ist noch jeder der Hausherrn des Elysée irgendwann der Versuchung erlegen, vermeintlichen nationalen Prestigegewinnen durch französische Alleingänge dem mühsamen Kompromissfindungsprozess im Rahmen bilateraler Gespräche oder innerhalb der GASP den Vorzug zu geben.

Das unabgestimmte Vorgehen Nicolas Sarkozys bei der „Honorierung“ Lybiens mit einer bilateralen Atomkooperation als Gegenleistung für die Beendigung der jahrelangen Affäre um fünf bulgarische Krankenschwestern und einen Arzt Ende Juli 2007 war der erste Ausdruck dieses Handlungsmusters unter dem neuen französischen Präsidenten.¹⁴ Etwaige Hoffnungen, dass es unter Sarkozy eine enge außenpolitische Abstimmung zwischen Berlin und Paris geben könnte, durch die Fortschritte in Richtung einer verbesserten GASP möglich wären, wurden hierdurch schnell beendet. Eine konsequente außenpolitische Koordinierung wird es sowohl bilateral als auch multilateral weiterhin nicht geben; sie wird – wie bisher – auf den jeweiligen Einzelfall beschränkt bleiben.

Dies ist jedoch bei der Machtfülle des französischen Präsidenten in der Außenpolitik

kaum anders zu erwarten; angesichts des unzweifelhaften Drangs Sarkozys, sich als „starker Führer“ und „Macher“ zu profilieren, wäre ein Einschwenken auf eine primär multilaterale Koordinierung ohnehin sehr verwunderlich.

Sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU-Mechanismen geht es außen- und sicherheitspolitisch deshalb primär darum, den französischen Staatschef und seinen nicht weniger profilierungswilligen Außenminister Bernard Kouchner¹⁵ für die Fortsetzung der bisher betriebenen Gemeinschaftsanliegen zu gewinnen bzw. weitere zu starten: Die Wiederbelebung des europäischen Einflusses auf den Nahostkonflikt unter deutschem EU-Vorsitz ist ganz im französischen Sinne. Dies unterstrich auch der neue französische Außenminister, der im Juli 2007 einen eigenen Schlichtungsversuch im Libanonkonflikt gestartet hatte.¹⁶ Präsident Sarkozy wird das europäische Nahost-Engagement im Hinblick auf die Übernahme der EU-Präsidentschaft Ende 2008 sicherlich weiter unterstützen, um sich die zu erwartende Profilierungsmöglichkeit nicht entgehen zu lassen.¹⁷

Neue Bewegung ist in die Frage der Ausweitung der europäischen Verantwortung in Krisenfällen durch das Drängen Sarkozys und Kouchners auf eine Sicherungstruppe der EU für den Tschad als den Leidtragenden der Flüchtlingskatastrophe in Darfur gekommen.¹⁸ Hierbei handelt es sich um ein traditionelles französisches Anliegen, über eine Mobilisierung der EU-Partner, mittels einer

¹³ Zum selektiven Wirtschaftsliberalismus Sarkozys und seinem auch innenpolitisch begründeten protektionistischen Kurs vgl. Daniela Schwarzer, Reformer und Protektionist: Die zwei Gesichter von Nicolas Sarkozy, in: ifo Schnelldienst, 60 (2007) 11, S. 6–9.

¹⁴ Vgl. Atomgeschäft mit Libyen. Heftige Kritik aus Deutschland an Paris, in: www.faz.net vom 27. 7. 2007; Stéphane Marchand, Le clavier de Sarkozy, in: Le Figaro vom 25. 7. 2007.

¹⁵ Wie Sarkozy selbst steht auch der international renommierte Bernard Kouchner, Sozialist und u.a. Gründer von *Ärzte ohne Grenzen*, für ein hohes Maß an außenpolitischer Eigenständigkeit bzw. Eigenwilligkeit. Vgl. Christopher Hitchens, Bernard Kouchner und das neue Frankreich, in: Welt online vom 10. 6. 2007; www.welt.de.

¹⁶ Vgl. Schwierige Mission Kouchners in Beirut, in: NZZ vom 30. 7. 2007.

¹⁷ Die gleiche Unterstützung des EU-Engagements durch Paris ist bei der Kosovo-Statusfrage zu erwarten, da Frankreich als Mitglied der Internationalen Kontaktgruppe und als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates die internationale Verantwortung hierfür reklamiert. Bernard Kouchner, der 1999 als erster UNMIK-Chef die UN-Verwaltung im Kosovo aufgebaut hat, wird sich glaubwürdig für eine einvernehmliche Lösung mit Russland einsetzen können.

¹⁸ Vgl. Kouchner: 1500 Soldaten nach Tschad, in: www.faz.net vom 17. 7. 2007.

Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), Führungsverantwortung zu demonstrieren. Auch wenn es in diesem Fall voraussichtlich keine deutsch-französische Militärkooperation bei der Umsetzung eines UN-mandatierten EU-Einsatzes geben wird, würde ein europäischer Tschad-Einsatz zum Wohle der Flüchtlinge aus dem Sudan die gemeinsame bilaterale Zielsetzung eines weitergehenden europäischen Engagements in internationalen Krisen stärken.

Positiv für eine sicherheitspolitische Rolle der EU ist im Zusammenhang mit dem Tschad-Einsatz die enge Abstimmung zwischen Sarkozy und dem neuen britischen Premier Gordon Brown sowie deren gemeinsames, erfolgreiches Drängen auf eine umfangreiche UN-Mission im Sudan im Laufe des Juli 2007.¹⁹ Damit steht die seit dem Irak-Disput der Jahre 2002 und 2003 praktisch lahmgelegte britisch-französische ESVP-Kooperation vor der Neubelebung. Hierdurch steigen ebenfalls die Chancen, dass es künftig wieder eine engere deutsch-französisch-britische Absprache in Krisenfällen gibt.²⁰

Die Rückkehr zu einem „normalisierten“ Verhältnis Paris-London hat auch unmittelbare Rückwirkungen auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen: Nachdem es Angela Merkel bereits mit ihrem ersten Amerika-Besuch gelungen war, die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus der aggressiven Anspanntheit unter Gerhard Schröder zu befreien, signalisierte auch Nicolas Sarkozy den Wunsch nach einer besseren Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses – bilateral und multilateral. Mit dieser deutlichen Distanzierung Merckels und Sarkozys von ihren Amtsvorgängern haben beide den Weg zu einer Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen zum Wohle Europas beschritten. Ein fortgesetztes deutsch-französisches Bemühen

um eine Konsolidierung der transatlantischen Arbeitsbasis ist für die Bewältigung der sicherheitspolitischen Aufgaben, an denen Washington und die Europäer über die NATO in gleichem Maße beteiligt sind, unerlässlich. Dies gilt insbesondere für die kontinuierlich schwieriger werdenden Afghanistan-Missionen ISAF und „Enduring Freedom“.

Perspektiven

Die scheinbare Idealkonstellation Merkel-Sarkozy hat sich bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Lösung der EU-Verfassungskrise Ende Juni 2007 als „praxistauglich“ erwiesen. Dieser erfolgreiche Start in enge bilaterale Beziehungen im Sinne einer „Achse Berlin-Paris“ zum Wohle der EU darf jedoch nicht über die Schwierigkeiten bei der engen Abstimmung der deutschen und französischen Positionen in EU-Fragen und bei außenpolitisch relevanten Themen hinwegtäuschen.

Die angesprochenen Beispiele deuten bereits nach den ersten drei Monaten der Amtszeit Nicolas Sarkozys darauf hin, dass sich dessen eigenständiger Gestaltungswille auch von der deutschen Bundeskanzlerin nicht leicht „bändigen“ lassen wird. Die Erfolgsaussichten derartiger Versuche steigen immer dann, wenn der französische Präsident – bei erfolgter Kooperation – Raum zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung seiner Durchsetzungsfähigkeit erhält. Wie seine Vorgänger, muss der Oberste Repräsentant der „Grande Nation“ auch künftig im bilateralen Verhältnis zum Nachbarn am Rhein als mindestens ebenbürtig dastehen. Dabei hat Angela Merkel als engste außenpolitische Partnerin Sarkozys klargemacht, wo die Grenzen deutscher Nachgiebigkeit erreicht sind. Insofern handelt es sich bisher um „ehrliche“ Beziehungen.

Weil der französische Präsident bereits mit einigen seiner in rascher Folge in Brüssel präsentierten Vorstellungen – von der Beschränkung der EZB-Macht bis zur Beendigung der Türkei-Verhandlungen – bei den meisten EU-Partnern Widerspruch erntete, wird er die Möglichkeit der vertraulichen deutsch-französischen Kooperation sicher noch zu schätzen lernen. Für eine erfolgreiche eigene EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jah-

¹⁹ Vgl. Friedensinitiative: Sarkozy und Brown wollen nach Darfur, in: ZEIT online vom 20. 7. 2007; www.zeit.de; Darfur-Resolution. UN-Sicherheitsrat beschließt Friedensmission, in: www.faz.net vom 31. 7. 2007.

²⁰ Gegen eine zu große Nähe Sarkozys und Browns sprechen nach überwiegender Einschätzung deren gegensätzliche Charaktere, aber auch divergierende ökonomische Vorstellungen. Vgl. Doris Krau/Regina Pöhl, Die Dynamik der drei: Machtkampf um die EU, in: Die Presse vom 18. 7. 2007.

reshälft 2008 wird Nicolas Sarkozy ohnehin auf die tatkräftige Unterstützung Merkels angewiesen sein. Die wechselseitige Abhängigkeit im Sommer 2007 wird dann unter umgekehrten Vorzeichen ihre Fortsetzung erfahren. Diese wird für eine – freiwillige oder unfreiwillige – enge Abstimmung zwischen Berlin und Paris in den nächsten eineinhalb Jahren sorgen. Sofern diese strukturelle Abhängigkeit von beiden nicht als Last, sondern als stabilisierende Stütze der eigenen Europapolitik interpretiert wird, kann es aus dieser Abhängigkeit zu einer dauerhaften Neuauflage der „deutsch-französischen Achse“ kommen. Jedoch kann diese zentrale Achse das sehr schwer zu lenkende „EU-Gefährt“ gegen die Ablenkungsversuche der Integrationsbremser nur durch eine breite Unterstützung im Kreis der 27 weiter auf Kurs halten.

Um diese Unterstützung, die die deutsche Bundeskanzlerin sich bereits erworben hat, muss sich der französische Präsident erst noch durch gemeinschaftsverträgliches Handeln bemühen. Gelänge dies Nicolas Sarkozy, unterstützt durch Angela Merkel, könnten beide die traditionelle Rolle ihrer Staaten als verlässlicher Kern des Integrationsverbundes zurückgewinnen. Damit hätten sie eine der essenziellen Aufgaben in den stagnierenden bilateralen Beziehungen gelöst.

Frank Eckardt

Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue

Keine zwei Jahre nach den bislang schwersten Vorstadtunruhen hat Frankreich einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament gewählt. Schon seit dem Jahr 2002 befand sich das politische System des Landes in einer ernsten Krise, als jeder dritte Jungwähler – und besonders viele Bewohner der Großstadt-Vororte (*Banlieue*) – sich nicht an den Wahlen beteiligte.

Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen schienen als Präsidentschaftskandidaten keine wirkliche Alternative zu bieten. Nach gewalttätigen Unruhen in Straßburg im Jahr 2004 erreichten die Auseinandersetzungen in den Banlieue im November 2005 ein nie gekanntes

Ausmaß und zum ersten Mal seit dem Algerienkrieg wurde der Notstand ausgerufen. Die „Krise der Repräsentation“ bei den Wahlen 2002, bei denen die Wahlbeteiligung teilweise auf das Niveau von 1870 zurückgefallen war, schien sich nun in Gewalt und Zerstörung fortzusetzen. Da an den Ausschreitungen vor allem Einwanderer der zweiten Generation beteiligt waren, gerieten das ganze französische Modell der Integration und sein republikanischer Gleichheitsanspruch in die Kritik. Obgleich diese Aufstände zum Teil medial verzerrt dargestellt wurden, verdeutlichten sie in jedem Fall, dass Frankreich trotz offensichtlicher Bemühungen in den letzten dreißig Jahren die Probleme der Banlieue nicht gelöst hat.

Frank Eckardt

Dr. rer. pol., geb. 1967; Inhaber des Alfred Grosser-Lehrstuhls für Politikwissenschaften, Science Po Paris; Juniorprofessor für Soziologie, Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar, Bauhausstr. 7b, 99421 Weimar. Frank.Eckardt@archit.uni-weimar.de

Die Ereignisse des November 2005

Die Aufstände (*Émeutes*) beginnen am 27. Oktober 2005. Bouna Traoré (15 Jahre) und Zyed Benna (17) sterben durch Elektroschock

an einer Trafostation, wohin sie vor einer Polizeikontrolle fliehen wollten. Ein dritter Jugendlicher, Muhtin Altun, erleidet schwere Verletzungen.¹ Die Nachricht von diesem tragischen Unfall verbreitet sich sehr schnell, und schon am selben Abend kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Clichy – Autos und Geschäfte werden in Brand gesetzt. Am darauf folgenden Wochenende werden in den benachbarten Vororten von Paris ähnliche Brandanschläge verübt. Bis Anfang November schließen sich weitere Jugendliche in den westlichen und südlichen Pariser Banlieue den Unruhen an. Bis dahin waren es vor allem kleine Gruppen von Jugendlichen, die sich mit Polizisten Auseinandersetzungen lieferten, und nur vereinzelt kam es wie in Aulnay-sous-Bois zu größeren Versammlungen von Bewohnern. Teilweise versuchten auch andere Banlieue-Bewohner, die Jugendlichen zu beschwichtigen. Der 4. und 5. November 2005 können in dieser Hinsicht als der Zeitpunkt verstanden werden, an dem die *Émeute* das ansonsten beobachtbare Muster ähnlicher Ausschreitungen aus der Vergangenheit durchbrach. Im Gegensatz zu früheren Aufständen folgten einer ersten spontanen Welle der Wut zwei weitere Phasen. In diesen breiteten sich die Unruhen in der Pariser Region aus, in der nachts in 24 Vorstädten bis zu 500 Autos in Brand gesteckt wurden. Schließlich schlossen sich Jugendlichen in mehr als 200 Banlieue im ganzen Land der *Émeute* an.² Bis zum Ende der Unruhen wurden über 9 000 Autos angezündet, in der Nacht auf den 7. November allein 1 408. Am 8. November verkündete die Regierung den Notstand bis zum 20. November und verlängerte ihn anschließend um weitere drei Monate.

Die Logik der Ausbreitung kann auf eine medial geführte Auseinandersetzung zwischen dem damaligen Innenminister und heutigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy mit den Jugendlichen der Vorstädte zurückgeführt werden. Sarkozy bezeichnete während eines Vorortbesuchs am 4. November, als er zu einer verängstigten älteren Bewohnerin sprach, die aufständischen Jugendlichen vor

laufenden Kameras als „Gesindel“. Am 7. November kündigte der Minister weitere polizeiliche Maßnahmen an, um die allgemeine Sicherheit wieder herzustellen. Die Jugendlichen wurden dabei als Kriminelle dargestellt. In einem Interview im Dezember 2005 meinte Sarkozy, er wisse, dass 70 Prozent dieser „Leute“ bereits eine kriminelle Vergangenheit hätten.³

Die vorliegenden Analysen unterstützen diese Sichtweise nicht: Von den im November 2005 angehaltenen 3 101 Personen wurden 562 Erwachsene verhaftet. Von den aufgegriffenen Jugendlichen war lediglich ein Drittel bereits „polizeibekannt“.⁴ Diese polizeilichen Statistiken sind jedoch nicht vorurteilsfrei, da erstens durch eine erhöhte Häufigkeit der Polizeikontrollen die Wahrscheinlichkeit, durch die Polizei registriert zu werden, in den Banlieue erheblich höher ist, und weil zweitens diese Meldungen auch ohne weitere Strafverfolgung beibehalten werden. Auf diese Weise wird durch die Polizeistatistik eine Delinquentengruppe konstruiert, die nicht das wirkliche Profil der Aufständischen wiedergibt. Die Aufständischen des November 2005 waren durchschnittlich zwischen 15 und 20 Jahre alt. Sie entstammen überdurchschnittlich armen Familien. Wie eine Statistik aus Saint-Denis zeigt, ist jeder Vierte von ihnen frühzeitig von der Schule abgegangen, und nur 44 Prozent aller aufgegriffenen Jugendlichen waren noch auf die eine oder andere Weise im Bildungssystem integriert.⁵

Problemgebiet Banlieue

Die Banlieue sind für viele zu einem Synonym für vielfältige Problemlagen geworden. Die Konstruktion großer Hochhaussiedlungen am Rande der Stadt geht auf die naturalistische Philosophie des Architekten Le Corbusier zurück, der die Stadt in deutlich getrennte Lebensräume (Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Freiraum) gliedern wollte.⁶ Im Frankreich der Nachkriegszeit herrschte ein erheblicher Bedarf an günstigem Wohnraum. Durch die Hochhaussiedlungen sollte zudem ein – ein der langen Phase des wirtschaftli-

¹ Die Darstellung der Ereignisse folgt weitgehend Hugues Lagrange, *Autopsie d'une vague d'émeutes*, in: Ders./Marco Oberti (Hrsg.), *Émeutes urbaines et protestations*, Paris 2006.

² Vgl. auch Laurent Mucchielli, *Introduction générale*, in: Ders./Véronique Le Goaziou (Hrsg.), *Quand les banlieues brûlent*, Paris 2006.

³ Vgl. *Libération* vom 9. 12. 2005.

⁴ Vgl. H. Lagrange (Anm. 1), S. 47.

⁵ Vgl. *Le Parisien* vom 12. 1. 2006.

⁶ Zur Geschichte der Banlieue vgl. Thibault Tellier, *Le temps des HLM 1945–1975*, Paris 2007.

chen Aufschwungs entsprechendes – optimistisches und modernes Gesellschaftsbild gespiegelt werden. Im Jahr 1952 wurden die ersten der 2 000 Wohnungen in Marseille fertig gestellt. Es folgte der Bau ähnlicher Hochhaussiedlungen (HLM) in ganz Frankreich, die als sozialer Ausgleich zum privaten Wohnungsbau und als Schmelztiegel für eine neue, gerechtere Gesellschaft angesehen wurden.¹⁷

Statt dessen entwickelten sich die Banlieue alsbald zu einem sozialen Brennpunkt. Die zunächst ansässigen weißen Franzosen verließen, soweit es ihnen möglich war, die Vororte, und die Hochhaussiedlungen wurden vorzugsweise durch Einwandererfamilien bezogen. In politischer Hinsicht setzte damit ein Erosionsprozess des zumeist kommunistischen Arbeitermilieus in den Banlieue ein. Mit dem Entstehen der strukturellen Arbeitslosigkeit ab dem Jahr 1973 wurden die Vororte in relativ kurzer Zeit zu Zentren der Armut und ethnischer Diversität. Während im Jahr 1976 zum Beispiel in La Noé de Chanteloup-les-Vignes noch zwei Drittel aller Einwohner französischer Herkunft waren, verkehrte sich das Verhältnis spiegelbildlich bis zum Jahr 1987.¹⁸

Nach offizieller Lesart leben heute ca. fünf Millionen Franzosen in „Problemgebieten“ (ZUS – Zone Urbaines Sensibles), womit zumeist Banlieue gemeint sind.¹⁹ Als Kriterium für eine Einstufung als ZUS gilt eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und ein geringes Bildungsniveau. Im Jahr 2004 war die Arbeitslosenquote in den ZUS mit 20,7 Prozent doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Für die Jugendlichen unter 25 Jahre lag sie sogar bei 36 Prozent. Das Durchschnittseinkommen liegt in der Banlieue bei 10 540 Euro, während es ansonsten in Frankreich 17 184 Euro beträgt. In der Pariser Metropolregion (Île-de-France) lebt jeder Jugendliche unter 20 Jahren in einer ZUS-Nachbarschaft. Die soziale Benachteiligung der Bewohner, die ethnische Vielfalt, in-

frastrukturelle Unterentwicklung und politische Vernachlässigung amalgamieren in den Banlieue zu einer gesellschaftlichen Problemlage, in der Rassismus, Gewalt und Unsicherheit einen besonderen Nährboden haben.¹¹⁰ Schon in den 1970er Jahren wurde deutlich, dass das Verhalten, das Polizei-, U-Bahn- und Eisenbahnbeamte sowie Lehrer und Vertreter anderer öffentlicher Institutionen gegenüber Jugendlichen bezüglich ihrer ethnischen Herkunft an den Tag legen, von großer Bedeutung für die Entstehung gewaltsamer Ausschreitungen ist.¹¹¹

Der Sicherheitsdiskurs

Das Bild des kriminellen Jugendlichen aus den Banlieue, den so genannten „Jeunes de Cité“, hat eine erhebliche politische Relevanz erhalten. Sie geht auf eine omnipräsente mediale Verbreitung dieses Stereotyps zurück.¹¹² Ein beeindruckendes Beispiel für die entscheidende Bedeutung, welche die Fokussierung auf die Kriminalität erhalten hat, ist der Wahlkampf des Jahres 2002. Die rechten Kandidaten reduzierten die komplexe Problemlage der Banlieue auf den Sicherheitsaspekt und die Kriminalitätsbekämpfung und erzielten damit bei den Wahlen Rekordergebnisse.

Insbesondere das Phänomen der Bandenkriminalität begründet die Furcht vieler Franzosen und erregt immer wieder spektakulär Aufmerksamkeit. Dies wird zudem im Zusammenhang mit illegalen Einwanderern und mit dem Drogenhandel diskutiert. Sicherheitsexperten berichten, es gebe eine sich zunehmend entwickelnde Untergrundökonomie, die sich nach mafioser Art organisiere.¹¹³ Dabei werde eine Transformation vom Gelegenheitskriminellen zum professionellen Teilhaber am illegalen „bizness“ (Business) vollzogen. Diese Professionalisierung beruhe auf einem hohen Maß an sozialer Zustimmung durch das lokale

¹⁷ Vgl. Hervé Viellard-Baron, *Sur l'origine des grands ensembles*, in: Frédéric Dufaux/Annie Fourcaut (Hrsg.), *Le Monde des grands ensembles*, Grane 2004.

¹⁸ Vgl. Raymond Curie, *Banlieue et violences urbaines: les orientations associatives et militantes confrontées aux limites de la politique de la ville et de l'intervention sociale*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 122–132.

¹⁹ Vgl. Christophe Souleuz, *Les violences urbaines*, Toulouse 2006.

¹¹⁰ Vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Violences urbaines, violence sociale: genèse des nouvelles classes dangereuses*, Paris 2003.

¹¹¹ Als symbolische Gewalt; vgl. dazu Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt/M. 1973.

¹¹² Vgl. Eric Macé/Angela Pervala, *Violences urbaines en France: une construction politique et journalistes*, in: *Cahiers de la sécurité intérieure*, 40 (2000) 2, S. 137–150.

¹¹³ Vgl. Lucienne Bui-Trong, *Violences urbaines: des vérités qui dérangent*, Paris 2000.

Milieu und sei kulturell eingebettet in eine „Bohème populaire“, die den Jugendlichen in vieler Hinsicht ein Zuhause biete. Die soziale Reorganisation der Banlieue vollziehe sich in Anlehnung an US-amerikanische Beispiele, die in bewusster Abgrenzung gegenüber Frankreich kulturell nachgeahmt würden. Graffiti, Rap und der Habitus der Afroamerikaner hätten eine symbolische Übereinstimmung zur Folge, die ein Gefühl von Gemeinschaft hervorrufe und als „Neo-Kommunitarismus“ verstanden werden könne.¹⁴

Die staatliche Reaktion auf das Entstehen dieses Milieus beschränkt sich hingegen auf deren kriminelle Aspekte. Mit einem Dekret vom 15. Mai 2002 wurde vom nationalen Sicherheitsrat (CSI) eine neue Philosophie für die Sicherheitskräfte eingeführt, die eine schnelle und angemessene Reaktion auf städtische Gewalt in den Vordergrund stellt. Als einziges Ziel polizeilichen Handelns wird nur noch die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung vorgegeben. Eingreifpläne sollen vor allem sicherstellen, dass aufgegriffene Personen schnellstmöglich vor Gericht gestellt und verurteilt werden können. In der darauf folgenden Restrukturierung der Sicherheitskräfte wurden insgesamt 70 000 Mitarbeiter den unterschiedlichen Spezialeinheiten für städtische Gewalt wie den „Compagnies d'Intervention“ (CI), den „Groupes d'Intervention“ (GI), den „Brigades de Sûreté Urbaine“ (BSU), den „Brigades Anticriminalité“ (BAC), den „Groupes d'Intervention de la Police Nationale“ (GIPN), den „Compagnies Républicaines de Sécurité“ (CRS) und den „Escadrons de Gendarmes Mobiles“ (EGM) zugeordnet. Die zum Teil unverhältnismäßig starke Präsenz der Sicherheitskräfte in den Vorstädten wirkt auf viele Jugendliche provozierend und verbreitet paradoxerweise deshalb ihrerseits Unsicherheit und Angst.¹⁵

Nicolas Sarkozy personifiziert wie kein anderer eine auf Härte gegenüber den randalierenden Jugendlichen ausgerichtete Politik. Sicherheit war nach Umfragen auch in den Wahlen 2007 das wichtigste Wahlkampfthema, und Sarkozy sprachen die Befragten hier-

bei die größte Kompetenz zu. Er wolle mit dem Hochdruckreiniger die Vorstädte von diesem „Gesindel“ säubern, so der immer wieder zitierte Satz des heutigen Präsidenten. Auch bei seinen wenigen, wohl inszenierten Besuchen in den Banlieue im Wahlkampf 2007 unterstrich er, dass er diese Wortwahl nicht zurücknehme. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen, insbesondere in den Banlieue, erklärt sich daraus, dass viele Vorortbewohner Sarkozy mit ihrer Stimme für die Gegenkandidatin Ségolène Royal verhindern wollten.

Dessen ungeachtet hat Sarkozy sich mit seinem Slogan „Zusammen ist alles möglich“ in gewisser Weise geläutert und sich für die Fragen sozialer Ungleichheit nicht unsensibel gezeigt. Programmatisch hat dies bei ihm in der Ankündigung eines Marshall-Plans – 750 000 Jobs für die Banlieue, Einführung der „Positiven Diskriminierung“ für die Einwandererkinder – seinen Ausdruck gefunden. Symbolisch wird diese Sensibilisierung für die Banlieue auch nach dessen Amtsantritt sichtbar, als Sarkozy Vertreter der ethnischen Minderheiten – vor allem Fadela Amara, die Vorsitzende der Organisation „Ni putes ni soumises“ (Keine Huren, keine Unterwürfigen), die sich besonders in den Banlieue engagiert – in Ämter berufen hat.

Versagen der Stadtpolitik

Die heutige Dominanz des Sicherheitsdiskurses ist die Konsequenz einer weitverbreiteten Frustration gegenüber der zunächst sozial ausgerichteten politischen Antwort auf die Probleme der Banlieue, die als ergebnislos angesehen wird. Als Reaktion auf die Problemkonzentration in den Vorstädten wurde in den achtziger Jahren die so genannte „Politique de la ville“ (Stadtpolitik) etabliert.¹⁶ Nach ersten Unruhen zu jener Zeit forderten zwei Untersuchungsberichte (Bonnemaison und Dudebout) und die Versammlung der Bürgermeister, dass den Banlieue besondere Aufmerksamkeit im staatlichen Handeln zukommen solle. Hierfür wurde eine Philosophie der Prävention, Solidarität und der Jugendpolitik formuliert. Die Evolution der „Stadtpolitik“ in den folgenden zwei Jahrzehnten führte zu ihrer

¹⁴ Vgl. Gérard Mauger, *Les bandes, le milieu et la bohème populaire*, Paris 2006.

¹⁵ Vgl. Marwan Mohammed/Laurent Mucchielli, *La police dans les quartiers populaires: un vrai problème!*, in: *Mouvements*, 44 (2006), S. 58–66.

¹⁶ Vgl. u. a. Marie-Christine Jaillet, *La politique de la ville en France: histoire et bilan*, in: *Documentation Française* 2003.

verstärkten institutionellen Verankerung, insbesondere mit der Einrichtung eines speziellen Ministeriums und einer interministeriellen Kommission für die Beziehungen zwischen Staat und Kommune. Nach den Ausschreitungen im Jahr 1990 erhöhte der Staat seine Zuwendungen für die Stadtpolitik und beschloss die Dezentralisierung der Budgets und eine Präferenz für die Jugendhilfe. Um Planungssicherheit zu erhalten, wurden ab dem Jahr 2000 die Projekte der Stadtpolitik durch siebenjährige Verträge bekräftigt. In den Jahren von 1994 bis 2001 wurden 29,1 Milliarden Euro – dies entspricht zehn Prozent der Gesamtausgaben der betreffenden kommunalen Haushalte – im Rahmen der „Politique de la ville“ ausgegeben.¹⁷

Die Frage, warum es trotz dieser intensiven sozialstaatlichen Interventionen zu den Ereignissen des November 2005 gekommen ist, lässt sich nur im Zusammenhang mit der der Stadtpolitik zugrunde liegenden Programmlogik diskutieren. Die französische Stadtpolitik jagt der Wunschvorstellung einer idealen Gesellschaftsordnung nach, von der „gemischten Stadt“ und einem „gemeinsamen Zusammenleben“, die für die tatsächlichen Problemdimensionen einer fragmentierten Gesellschaft nicht angemessen erscheint.¹⁸ Die Vorstellung der sozialen Mischung und Kohäsion hat in der französischen Politik einen festen Platz und bezieht sich auf einen gesellschaftlichen Konsensus, der in kleinen Städten und überschaubaren Gemeinschaften, nicht aber in kulturell heterogenen und konfliktreichen Großsiedlungen anwendbar ist. Die ursprüngliche städtebauliche Konzeption für die HLM sah deshalb eine Beschränkung auf Wohneinheiten bis 3 000 Einwohner vor, in denen soziale Vielfalt herrschen sollte. In Anbetracht der Schwierigkeit des politischen Systems, mit den sozialen Herausforderungen durch die Restrukturierung der Arbeitswelt – insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit und der Flexibilisierung der sozialen und rechtlichen Arbeitsverhältnisse – umzugehen, kann diese Romantisierung der lokalen Dimension von sozialer Gleichheit auch als eine Krisenreakti-

on des politischen Systems verstanden werden. Offensichtlich stehen dem französischen Staat kaum noch andere Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse zur Verfügung, weshalb die Städtepolitik diesen Einflussverlust kompensieren soll.¹⁹ Staatliche Interventionen mit der auf bauliche Maßnahmen bezogenen Erneuerung der Stadtteile simplifizieren in dieser Weise die Komplexität der gesellschaftlichen Probleme. Hierbei sind die städtebaulichen Programme als politische Strategien zu verstehen, die in das sozial-kulturelle Gefüge der Banlieue eingreifen. Die externe Intervention in die Vorstädte missachtet Aktivitäten, welche die Banlieue-Bewohner selbst gegen die Verschlechterung der Lebensumstände in den betreffenden Gebieten unternehmen. Hierzu zählen Bemühungen von Selbsthilfeorganisationen, eine Aneignungsstrategie für den öffentlichen Raum der Banlieue zu entwickeln und die Konfliktsituation zwischen den Jugendlichen und anderen Bewohnern zu überwinden.²⁰

Als Nebeneffekt dieser Verräumlichung der sozialen Frage findet eine Fixierung von Personen auf ihren Herkunftsort statt. Diese ergibt sich in Bereichen der städtebaulichen Umsetzung, in denen eine soziale Arbeitsteilung kultiviert wird, in der die „weißen“ Franzosen die Projektplanung und die hochwertigeren Arbeiten dominieren, während die schlechtbezahlten Jobs für die weniger qualifizierten Bewohner mit Migrationshintergrund übrig bleiben.²¹ Die Städtepolitik fördert daher eine subtile Ethnisierung, die nicht in der Programmatik, aber in deren Realisation zum Ausdruck kommt.²² Sie stellt eine interventionistische Politik dar, die einer weitverbreiteten dualistischen Denkstruktur von „Wir/Sie“ folgt und die vorhandenen gesellschaftlichen Spaltungen nach ethnischen Kriterien zuordnet.²³

¹⁷ Vgl. Patrick Simon/Jean-Pierre Lévy, *Questions sociologique et politiques sur la „mixité sociale*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 83–92.

¹⁸ Vgl. Dominique Damamme/Bruno Jobert, *La politique de la ville ou l'injonction contradictoire en politique*, in: *Revue Française de Science Politique*, 45 (1995) 1, S. 3–30.

¹⁹ Vgl. Simon Wuhl, *Insertion: les politiques en crise*, Paris 1998.

²⁰ Vgl. Michel Giroud, *Résister en habitant: les luttes dans des quartiers populaires à l'épreuve du renouvellement urbain*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 49–58.

²¹ Vgl. Bertrand Ravon, *Nouveaux emplois de l'intervention sociale urbaine*, in: *Vei-Enjeux*, 124 (2001), S. 68–80.

²² Vgl. Patrick Simon, *La ville de Montreuil et l'immigration*, in: *Villes Lumières*, 42 (1994), S. 23–44.

²³ Vgl. Edgar Maurin, *Le Ghetto français: enquête sur le séparatisme social*, Paris 2004.

Die Linke und die Banlieue

Obwohl die Stadtpolitik von einem breiten Konsens getragen wird, gilt sie als ein Kind der Linken. In der Regierungszeit der pluralen Linken (1997 bis 2002) erfolgte deshalb ihre couragierte Wiederbelebung. Als Reaktion auf den sich verstärkenden Sicherheitsdiskurs in der Öffentlichkeit vollzog der sozialistische Premierminister Lionel Jospin mit der Einführung der Lokalen Sicherheitsüber-einkünfte (CLS) eine Trendwende in der „Politique de la ville“. Dabei wollte sich die Regierung aber von einer autoritären Sicherheitsdoktrin verabschieden und eine „Polizei der Nähe“ etablieren. Diese Politik ist allerdings nicht kohärent umgesetzt worden. Der damalige Innenminister unterlief das Anliegen Jospins. Innerhalb der Polizei formte sich erheblicher Widerstand. Die größte geplante Polizeireform der vergangenen fünfzig Jahre scheiterte an dem Selbstverständnis der Polizisten, die eine Rolle als Sozialarbeiter ablehnten. Das Misslingen der Reformen trug zu dem Eindruck bei, die Linke könne keine Sicherheit garantieren.²⁴ Diese Wahrnehmung war ausschlaggebend für das Scheitern Jospins als Präsidentschaftskandidat im Jahr 2002 und wirkt bis heute nach.

Im Wahlkampf 2007 bemühten sich die linken Kandidaten, besondere Nähe zu den Banlieue zu demonstrieren. Insbesondere die Sozialistin Ségolène Royal besuchte viele Großsiedlungen und wurde dort oft mit viel Sympathie empfangen. In Banlieue wie Saint-Denis gewann Royal die absolute Mehrheit. Dennoch besteht zwischen der französischen Linken und den Banlieue kein einfaches Verhältnis. Sie konkurriert vor allem auch mit der Front National, die seit den neunziger Jahren von der klassischen Wählerschicht der Linken, den Arbeitern, die meisten Stimmen erhält. Sozial verankert ist die Parti Socialiste (PS) vor allem in den innerstädtischen Quartieren.

Den Rückhalt in den Banlieue hat vor allem die kommunistische Partei (PCF) verloren. Deren ehemals starke politische Stellung beruhte auf einer kultivierten Dualisierung zwischen „uns“ (die Bewohner der Banlieue) und „denen“ (der Politik). Ab den

neunziger Jahren schlug dieser Dualismus auf die Kommunisten zurück: Durch die fehlende Gemeinsamkeit vor allem mit den Jugendlichen, den Familien mit Einwanderungshintergrund und den unter prekären Lebensumständen Lebenden wurde der Automatismus der (Wahl-)Zustimmung für die PCF außer Kraft gesetzt, vielmehr wurden die Kommunisten nun als Teil des politischen Systems angesehen. Hatte das linke Milieu der Vorstadt mit seinem Vereinswesen noch einen integrativen Effekt auf das soziale Leben der Arbeiter, verstörte der Einzug der Immigranten dieses nachhaltig. Da die Linke glaubte, die Wohnlage der sozial Schwächsten vor allem durch die Förderung von HLM-Wohnungsbau verbessern zu können, sind insbesondere jene Vorstädte zu Problemorten mutiert, in denen die Linken die Stadtführung stellten.

Die Kinder der Einwanderer haben durch den Rassismus der Alteingesessenen Schwierigkeiten, in den Kinder- und Jugendvereinen Aufmerksamkeit für ihre besondere Situation zu erhalten.²⁵ Dies führte zu einer politischen Sozialisation, die vor allem durch das aktive Suchen der Einwandererkinder nach alternativen Handlungsoptionen gekennzeichnet ist (Abwanderung, Assimilation, neue Gemeinschaftsformen). Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich soziale Bewegungen in den Banlieue herausgebildet, die sich unabhängig von den bestehenden linken Parteien organisierten. Das Verhältnis zwischen den Vertretern der Linken und den Aktivisten der zweiten Einwanderergeneration entwickelte sich alsbald problematisch. Die Lokalpolitiker thematisierten die Probleme in den Banlieue mit einem Vokabular, welches ihnen die Aufmerksamkeit der nationalen Politik sicherte. Mit deren Philosophie der „Rückgewinnung“ der Banlieue wurde der Selbstorganisationsanspruch der lokalen Aktivisten negiert. Die Folge war eine nachhaltige Entmutigung der Aktivisten aus den Reihen der Immigranten, denen materielle und symbolische Gratifikationen für ihr Engagement verweigert wurden. Das Erstarken islamischer Subkulturen, welche die Stigmatisierung der maghrebinischen Banlieue-Bewohner in der Weise nutzen, dass sie ihre Gemeinschaft durch eine explizite Abgrenzung von der französischen

²⁴ Vgl. Sebastian Roché, *Police de proximité. Nos politiques de sécurité*, Paris 2005.

²⁵ Vgl. Olivier Masclet, *La Gauche et les cités, enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003.

Kultur definieren, ist auch eine Konsequenz dieses politischen Entfremdungsprozesses.

Ghettoisierung der Banlieue?

Insbesondere von Linken wird dem Sicherheitsdiskurs eine Analyse der Banlieue gegenübergestellt, die mit der Vorstellung einer auseinander brechenden Gesellschaft einhergeht. Diese greift eine weit verbreitete Angst vor dem „Sozialen Bruch“ auf, den Jacques Chirac nach seiner ersten Präsidentenwahl (1995) thematisierte. Demnach steht den französischen Vorstädten eine Ghettoisierung nach US-amerikanischen Beispiel bevor. Trotz großer Unterschiede in der Beurteilung der realen Gefahr der Ghettoisierung, die auch Nicolas Sarkozy beschworen hat, betonen Autoren wie Loïc Wacquant und Jacques Donzelot wichtige Unterschiede in der amerikanischen und französischen Situation, wobei sie die Bedeutung des Staates bei der sozialen Konstruktion der Vorstädte unterstreichen.¹²⁶

Gemeinsam ist den politischen und intellektuellen Ghetto-Diskursen dennoch, dass sie von einer städtischen Transformation ausgehen, bei der sich der Übergang eines affilierten (eingebundenen) zu einem desaffilierten (abgespaltenen) und desorganisierten gesellschaftlichen Raum abzeichnet. Bisher habe es eine zweifache Affiliation der Banlieue mit der Gesellschaft gegeben, nämlich durch die ähnliche Einkommensstruktur wie auch politisch durch sozio-kulturelle Gemeinschaftsorganisation. Auf diese Weise konnte ein sozialer Frieden für ganz Frankreich aufrechterhalten werden, der sich trotz sozialer Benachteiligungen und Widersprüche bewährte.

Dieser Integrationsmodus geriet in eine Krise. Die Vorstädte wurden in den neunziger Jahren von einer strukturellen Arbeitslosigkeit erfasst, die jeden fünften arbeitsfähigen Bewohner betraf. So kam es, dass heute etwa ein Drittel aller Bewohner in den Banlieue unter prekären Umständen lebt. 65 Prozent der Bewohner arbeiten mit zeitlich unbefristeten Arbeitsverträgen. Die Desaffiliation setzt

ein, weil die internen und externen Affiliationsmechanismen nicht mehr ineinander greifen: Die gemeinsame Position in der Arbeits- und Einkommensstruktur schwindet, was zu Effekten des geringeren sozialen Zusammenhalts und der Entsolidarisierung führt, mithin zu einer sich kulturell und symbolisch ausprägenden Ausdifferenzierung der Lebensstile. Politische Artikulation wird so wegen fehlender Gemeinsamkeiten unmöglich gemacht.

Aus dieser Desorganisation ergeben sich sozio-kulturelle Konflikte, die sich in Alltagsdelinquenz äußern und von Seiten der Stadt, der Polizei und der Politik als Auseinandersetzungen mit dualer Frontstellung wahrgenommen werden. Sie basieren auf unterschiedlichen Normvorstellungen der Bewohner. Noch immer ist die Normenwelt der alten Arbeiter aufzufinden, die heute nicht mehr in der Lage sind, ihre Regeln und Vorstellungen durchzusetzen. Sie sind es, die besonders unter der Stigmatisierung ihrer Stadtviertel leiden. Die Jugendlichen wiederum sind nicht in der Lage, dieses Stigma zu bewältigen, obwohl sie den öffentlichen Raum okkupieren. Dieser Normenkonflikt ist nicht durch externe Intervention aufzulösen – im Gegenteil: Die Repression schafft einen Teufelskreis der Gewalt. Die Desaffiliation spiegelt sich insbesondere in der Distanz zu den politischen Institutionen wider, vor allem in Bezug auf die lokalen Autoritäten.¹²⁷

Gegen einen Diskurs, der vor allem die Polarisierung der französischen Gesellschaft in den Vordergrund der Analyse stellt, wurden von der empirischen Sozialforschung wichtige Einwände geltend gemacht. Marie-Hélène Bacqué und Yves Sintomer bezweifeln die Terminologie der „Desorganisation“ als adäquate Beschreibung der sozialen Wirklichkeit der Banlieue.¹²⁸ Sie bestätigen aufgrund ihrer Forschungen vielmehr die Theoretisierung der „Metamorphosen des Sozialen“, wie sie von Robert Castel ausgearbeitet wurde.¹²⁹ Castel hat, vereinfacht gesagt, die Beziehung der Individuen zur Gesellschaft analysiert

¹²⁶ Vgl. Loïc Wacquant, *Les visages du ghetto. Construire un concept sociologique*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 160 (2005), S. 5–21; Jacques Donzelot, *Quand la ville se défait*, Paris 2006.

¹²⁷ Vgl. Isabelle Coutant, *Délict de jeunesse. La justice face aux quartiers*, Paris 2005.

¹²⁸ Vgl. Marie-Hélène Bacqué/Yves Sintomer, *Affiliations et désaffiliation en banlieue. Réflexions à partir des exemples de Saint-Denis et d'Aubervilliers*, in: *Revue Française de Sociologie*, 42 (2001) 2, S. 217–249.

¹²⁹ Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage*, Konstanz 2000.

und hierbei die Einbettung der Arbeiter in eine soziale Ordnung beschrieben, die durch staatliche Rahmgebung ermöglicht wurde. In der postindustriellen Gesellschaft wird diese staatlich-ökonomische Konstruktion des Sozialen aufgehoben. Für den Einzelnen vergrößert sich dadurch die soziale Unsicherheit.

Bezweifelt wird des Weiteren, dass das Bild von der sozialräumlichen Aufteilung zwischen reicher Innenstadt und armer Banlieue richtig ist. Segregationsanalysen weisen auf eine komplexere Entwicklungstendenz der städtischen Sozialstruktur.³⁰ Gemessen am Einkommen lässt sich sowohl eine wachsende Oberschicht als auch Mittelschicht, der 45 Prozent der Bevölkerung zugerechnet werden können, nachweisen. Räumlich betrachtet bemühen sich vor allem die aufsteigenden Familien um Abgrenzung, ihre Autosegregation verstärkt sich. Gleiches trifft aber auch für die klassischen Industriearbeiter zu, so dass es eine Vielzahl von Abgrenzungswünschen und ein sehr diverses Wohnmuster gibt. In vielen Stadtteilen lässt sich weiterhin ein sozialer Mix nachweisen. Die Mittelschicht hat kaum Neigungen, die Stadt zu verlassen und siedelt in der Regel in andere sozial-gemischte Quartiere um. Die fehlende Polarisierung bedeutet nicht, dass soziale Probleme nicht zunehmen, da auch die Arbeiter und Angestellten von der Verschlechterung (Prekarisierung) ihrer Lebensumstände betroffen sind. Das Hauptproblem besteht aber nicht in den Banlieue, sondern in der wachsenden Instabilität der Noch-Stabilen.

Ähnlich kritisch sehen auch andere Autoren die Fokussierung auf die Banlieue. Im Vergleich zu anderen Wohngegenden in Frankreich ist die Behauptung, dass sich die Banlieue in sozial schlechteren Zuständen als etwa altindustrielle Kleinstädte befänden, nicht aufrecht zu erhalten.³¹ Auch stellt sich die Frage, warum die Orte, in denen durch besonders hohe Front National-Zustimmung das politische System gleichermaßen in Frage gestellt wird, nicht die gleiche politische und

mediale Aufmerksamkeit zuteil wird.³² Diesen Gebieten fehlt es für das politische Krisenmanagement an herausforderndem Verhalten, und trotz Wahlverweigerung weisen sie ein hohes Maß an Loyalität auf.³³ Die Banlieue werden deshalb bevorzugt thematisiert, weil sie sich medial als ein territoriales Problemgebiet darstellen lassen und somit die Beziehungen zwischen Staat und unzufriedenen Bürgern klarer sichtbar machen, was im Falle einer verstreuten und diffusen FN-Wählerschaft nicht möglich ist. Die staatliche Transformation Frankreichs ist durch eine Territorialisierung sozialer Probleme gekennzeichnet, um diese effektiver handhaben zu können – hierin passt auch die Logik der Effektivität politischer Kommunikation, nach der die Banlieue schlicht eine einfachere Form der Problembearbeitung darstellen.³⁴

Resümierend kann festgestellt werden, dass sich Frankreich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend von den Banlieue entsolidarisiert hat. Auch die politische Linke nahm diese Vororte als ein Sicherheitsproblem wahr. Mit einer diffusen Angst vor der Ghettoisierung wird eine interventionistische Sicherheitspolitik betrieben, die durch eine hauptsächlich städtebaulich ausgerichtete Kommunalpolitik kompensiert werden soll. Die Unangemessenheit dieser politischen Bearbeitungsversuche der *Émeute* wird nicht erkennbar, da es alternative Erklärungen im politischen und intellektuellen Diskurs schwer haben, Aufmerksamkeit zu finden und sich kaum medial und für Wahlkämpfe nutzen lassen. Insbesondere die unbequeme Kritik der Aufständischen an ihrer gesellschaftlichen Position wird durch den Sicherheitsdiskurs diskreditiert. Eine Anerkennung der schwierigen Lage der benachteiligten Jugendlichen ist so nicht absehbar.³⁵

³⁰ Vgl. Edmund Préteceille, *La Ségregation sociale a-t-elle augmenté? La métropole parisienne entre polarisation et mixité*, in: *Sociétés contemporaines*, 62 (2006), S. 69–93.

³¹ Vgl. Nicole Tabard, *Des quartiers pauvres aux banlieues aisées: une représentation sociale du territoire*, in: *Économie et Statistique*, 270 (1993), S. 5–22.

³² Vgl. Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hrsg.), *Le vote de tous les refus. Les élections présidentielles et législatives de 2002*, Paris 2002.

³³ Vgl. Albert Hirschman, *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge 1970.

³⁴ Vgl. Dominique Lorrain, *La Dérive des Instruments. Les indicateurs de la politique de la ville et l'action publique*, in: *Revue française de Science Politique*, 56 (2006) 3, S. 429–456.

³⁵ Vgl. Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt/M. 1992.

Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit

Seit den Unruhen in den französischen Vorstädten im November 2005 geriet das republikanische Nationsmodell immer stärker in die Kritik. Es beruht auf dem Prinzip der rechtlichen Gleichstellung aller Franzosen,

unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen oder weltanschaulichen Zugehörigkeit. Es sei zu einer „abstrakten Gleichheit“ („égalité virtuelle“) erstartet und bedürfe daher einer grundlegenden Reform. Aus diesem Grund unterstützte André Glucksmann im Präsident-

schaftswahlkampf 2007 Nicolas Sarkozy, der als Kandidat und Vorsitzender der konservativen Volksbewegungsunion (Union pour un mouvement populaire – UMP) einen „Bruch“ mit den republikanischen Traditionen forderte.¹ Der vorliegende Beitrag möchte dieser zentralen These nachgehen und dabei prüfen, welches Konzept Nicolas Sarkozy seit seiner Wahl zum Staatspräsident am 6. Mai 2007 der Politik der Chancengleichheit entgegensetzen hat und was ihn daran hinderte, sein Programm bereits als Innenminister auf den Weg zu bringen.

Ein Paradigmenwechsel

Der Paradigmenwechsel der französischen Einwanderungs- und Integrationspolitik kündigte sich bereits Mitte März 2007 an, als Nicolas Sarkozy kurz nach Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes bekanntgab, er wolle als Staatspräsident ein neues „Ministe-

rium für Immigration und nationale Identität“ einrichten.² Damit skizzierte er erstmals die Richtung, in die sein angekündigter „Bruch“ („rupture“) mit der französischen Tradition gehen sollte. Doch riskierte er zunächst nicht, das republikanische Modell offen in Frage zu stellen. Er musste sich noch deutlich erkennbar von seinem stärksten Konkurrenten im konservativen Lager, Jean-Marie Le Pen, abgrenzen: Der Vorsitzende des Front National hatte im Jahre 2002 mit seinem ausländerfeindlichen Kulturalismus die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen erreicht und sogar den Kandidaten der Sozialisten geschlagen. Deshalb wollte Nicolas Sarkozy mit der angekündigten institutionellen Reform signalisieren, dass den Immigranten nach wie vor der Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft offen stehe.

Frankreichs neue „nationale Identität“

Was im Deutschen mit dem Wort „Staatsbürgerschaft“ umschrieben wird, hat im Französischen zwei Entsprechungen: Während „nationalité“ den Besitz der staatsbürgerlichen Rechte, d.h. die Nationszugehörigkeit oder Nationalität bedeutet, umschreibt „citoyenneté“ eher die „Staatsbürgerschaft“ im Sinne eines Identitätsbewusstseins, das den einzelnen Bürger zur freiwilligen und aktiven Teilnahme am politischen Leben anhält. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Sarkozys Vorschlag, eine „französische Identität“ mit Hilfe eines neuen Ministeriums zu schaffen, auf heftigen Widerstand stieß. Der UMP-Kandidat hatte es jedoch verstanden, diese Kritik einer „kleinen Schicht Intellektueller“ zuzuschreiben, die nicht über die nationale Identität reden wolle.³ Damit hatte er die Verteidiger individueller Freiheiten in die Ecke eines staatlichen Interventionismus gestellt und politisch isoliert. Selbst die sozialistische Präsidentschaftskandidatin, Ségolène Royal, ließ seither auf Wahlveranstaltungen ihrer Partei die

¹ Vgl. André Glucksmann, Pourquoi je choisis Nicolas Sarkozy. La gauche est repliée sur l'Hexagone. Lassé, le philosophe décide de soutenir le candidat de l'UMP, in: Le Monde vom 30. 1. 2007, S. 21.

² Vgl. Charles Jaigu, Sarkozy veut défendre «l'identité de la France», in: Le Figaro vom 15. 3. 2007, S. 6.

³ Nous sommes le seul pays où une petite intelligentsia considère qu'on n'a pas le droit de parler d'identité nationale, in: Charles Jaigu, Identité nationale: Sarkozy persiste et signe, in: Le Figaro vom 14. 3. 2007.

Nationalhymne singen, statt sich mit den Vorschlägen ihres Konkurrenten inhaltlich auseinanderzusetzen.

Bereits zwei Wochen nach seinem Wahlsieg ernannte Nicolas Sarkozy eine neue Regierung. Dabei erhielt Brice Hortefeux, ein enger Vertrauter des neuen Staatspräsidenten, die Leitung des angekündigten Ministeriums für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen.¹⁴ In einer ersten Stellungnahme erklärte Hortefeux, dass die Förderung der nationalen Identität Frankreichs im Dienste einer politischen Regulierung von Einwanderung und Integration stehe. Indem er sich auf den Artikel 1 der Verfassung beruft, der Frankreich als eine „unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik definiert, bekennt er sich zum Prinzip der „Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Herkunft, Rasse oder der Religion“.¹⁵ Mit dieser Anspielung auf das republikanische Nationsmodell sollte der neue Minister ganz offensichtlich für die bevorstehenden Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni 2007 jene Schichten zurückgewinnen, die Sarkozy mit seinem angekündigten „Bruch“ zuvor verschreckt hatte.

Nachdem die UMP mit 323 von 577 Sitzen die absolute Mehrheit in der Französischen Nationalversammlung erreichen konnte, setzte Nicolas Sarkozy seinen angekündigten Kurswechsel in der Einwanderungs- und Integrationspolitik fort. Anhand von zwei konkreten Indikatoren lässt sich beobachten, dass damit eine politische Ära zu Ende geht, die sich dem Prinzip der Chancengleichheit verpflichtet fühlte: Dies ist zum einen seine Politik der „ausgesuchten Einwanderung“ („l’immigration choisie“) und zum anderen sein Multikulturalismus-Konzept, das auf eine politische Partizipation ethnischer Minderheiten gerichtet ist.

Das Konzept der ausgesuchten Einwanderung

Der erste Indikator spiegelt sich in dem Versuch der Regierung wider, die Einwanderung

¹⁴ Vgl. Ministère de l’immigration, de l’intégration, de l’identité nationale et du codéveloppement: <http://brice.hortefeux.free.fr/Ministere/bh-Ministere.htm>.

¹⁵ Vgl. Immigration: Brice Hortefeux s’explique, in: Le Figaro vom 1. 6. 2007.

zukünftig so zu steuern, dass den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs gegenüber den sozialen Problemen der Immigranten Priorität eingeräumt wird: In einem Schreiben vom 9. Juli 2007 wurde Minister Brice Hortefeux vom Staatspräsidenten Sarkozy und seinem Premierminister François Fillon offiziell angewiesen, die Zusammensetzung der jährlichen Immigration entsprechend der Einwanderungsmotive grundlegend zu verändern. Zukünftig sollten die Hälfte aller Immigranten qualifizierte Facharbeiter sein.¹⁶

Wie das französische Amt für Statistik MIAT bekannt gab, sind von den 186 918 offiziell registrierten Immigranten des Jahres 2005 insgesamt 49,4 Prozent aus familiären Gründen nach Frankreich gekommen, während nur knapp sieben Prozent in Folge des Arbeitskräftemangels als Facharbeiter angeworben wurden. Der Anteil ausländischer Studenten liegt bei etwa 20 Prozent, der Anteil an Asylsuchenden bei ca. 10 Prozent. Da der Anteil der Einwanderer aus wirtschaftlichen Motiven von 7 auf 50 Prozent steigen, während die nominelle Zahl der jährlichen Einwanderung stabil bleiben soll, müssen verschärfte Gesetze die Familienzusammenführung reduzieren.¹⁷ Dabei ist jedoch zu bedenken, dass von ca. 4,9 Millionen Einwanderern (Stand 2004) als Folge der Integrationspolitik bis zu 40 Prozent bereits französische Staatsbürger geworden sind. Die neue Einwanderungspolitik wird also in absehbarer Zeit eine rechtliche Ungleichbehandlung der Franzosen in Abhängigkeit ihrer Herkunft in Kauf nehmen müssen.

Frankreichs Variante des Multikulturalismus

Der neue Staatspräsident Sarkozy hat schon seit dem Jahre 2002 als Innenminister seine Präferenz für das Modell des Multikulturalismus zum Ausdruck gebracht. Darunter versteht er allerdings nicht eine Öffnung des bestehenden politischen Systems gegenüber Einwanderern im Sinne eines kulturellen Pluralismus. Vielmehr hat er ein Elitenkonzept vor Augen, das exponierte Vertreter verschiedener Gemeinschaften von Einwanderern in

¹⁶ Vgl. Laetitia Van Eeckhout, Le chef de l’Etat donne un objectif de 50 % d’immigration économique à M. Hortefeux, in: Le Monde vom 11. 7. 2007, S. 9.

¹⁷ Vgl. Le gouvernement veut réduire l’immigration familiale, in: Le Monde vom 11. 7. 2007, S. 1.

eine politische Verantwortung einbindet. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat er bereits mit der Gründung des Muslimrats im Jahre 2003 unternommen. Da dessen Vertreter auf regionaler wie auf zentralstaatlicher Ebene durch Wahlen legitimiert sind, kann er heute für sich in Anspruch nehmen, einen Großteil der Einwanderer insbesondere aus Nordafrika zu repräsentieren.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung unter Premierminister Fillon macht deutlich, wie Sarkozy dieses Konzept des Multikulturalismus nun weiter verfolgt. In den jüngsten Parlamentswahlen schaffte es kaum mehr als ein Dutzend Vertreter der so genannten sichtbaren Immigration, d. h. der Einwanderer nichteuropäischer Herkunft, in die neue Nationalversammlung. Davon kommen die meisten aus den französischen Überseegebieten. So bleibt die aus Guadeloupe stammende George Pau-Langevin, sozialistische Abgeordnete des 20. Arrondissement von Paris, immer noch eine Ausnahme.¹⁸

Ganz offensichtlich hatte es auch die Partei des Staatspräsidenten UMP versäumt, Mitglieder aus Einwandererfamilien in ihre Reihen aufzunehmen und in ihren Kandidatenlisten zu berücksichtigen. Stattdessen ernannte Sarkozy überraschend drei Frauen nichteuropäischer Herkunft zu Mitgliedern seiner Regierung: Rachida Dati wurde Justizministerin, Rama Yade Staatssekretärin für Menschenrechte im Außenministerium und Fadela Amara Staatssekretärin für Stadtentwicklung.¹⁹ Die französischen Tageszeitungen *Le Monde* und *Le Figaro* werteten diese Personalpolitik als eine Maßnahme der „positiven Diskriminierung“ („discrimination positive“) zugunsten der „sichtbaren Minderheiten“ („minorités visibles“).¹⁰ Die bisherige Politik der Chancengleichheit soll allmählich durch eine Politik der „kulturellen Diversität“ ersetzt werden.

¹⁸ Vgl. „Graues“ französisches Parlament. 59 Prozent der Abgeordneten älter als 55 – Accoyer neuer Präsident, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 27. 6. 2007, S. 1.

¹⁹ Vgl. Le gouvernement Fillon 2, in: *Le Monde* vom 21. 6. 2007, S. 10.

¹⁰ Vgl. Philippe Ridet, Fillon 2, une équipe „griffée“ Sarkozy, in: *Le Monde* vom 21. 6. 2007, S. 2; Sarkozy poursuit l'ouverture, fait une place aux „minorités visibles“ et récompense ses fidèles, in: *Le Figaro* vom 20. 6. 2007, S. 6 f.

Probleme der sozialen Integration von Einwanderern

Einige Verbände von Einwanderern haben diese „Öffnung in Richtung Diversität“ („l'ouverture à la diversité“) und damit den anvisierten Pfadwechsel der Integrationspolitik in ersten Stellungnahmen sehr positiv bewertet. Nach Ansicht von Dominique Sopo, des Präsidenten des Vereins SOS-Racisme, gäbe es mit dieser Regierung erstmals in Frankreich die Chance, dass die kulturelle Diversität öffentlich repräsentiert werde.¹¹ Kritik gab es weniger an dem Konzept selbst als vielmehr an der Person Fadela Amara. Die neue Staatssekretärin für Stadtentwicklung hätte ein zu negatives Bild der Jugendlichen aus den französischen Vorstädten, den Banlieue, sagte die Präsidentin des Vereins Respect 93, Sonia Imloul. Dagegen gab Dominique Sopo zu bedenken, dass sich mit Personalentscheidungen allein die sozialen Probleme der Einwanderer kaum ändern würden.

Ein kurzer Blick in die französische Stadtpolitik der letzten beiden Jahrzehnte zeigt allerdings, dass nicht nur die Personalpolitik ein Problem bleibt. Auch die Reichweite des neuen Konzepts der kulturellen Diversität wird sich als äußerst begrenzt erweisen, sollte sie als Alternative zum multidimensionalen Ansatz in der Stadtpolitik gesehen werden. Dazu erschien es notwendig, von Wohnungsnot und sozialen Krisen gekennzeichnete Quartiere als so genannte städtische Problemviertel (ZUS – Zones Urbaines Sensibles) zu kennzeichnen, um sie durch verschiedene staatliche Maßnahmen zu fördern.¹² Eine Trendwende dieser Segregation ist derzeit nicht erkennbar. Stattdessen wird in neueren Publikationen trotz eines wachsenden Angebots an Neubauten von einer allgemeinen Wohnungskrise in Frankreich gesprochen. Da die Mieten landesweit seit Ende der 1990er Jahre wesentlich schneller gestiegen sind als Löhne und Gehälter, hat sich die

¹¹ Vgl. Luc Bronner, En banlieue, les associations saluent „l'ouverture à la diversité“, in: *Le Monde* vom 21. 6. 2007, S. 11.

¹² Vgl. Wolfgang Neumann, Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension, Aktuelle Frankreich-Analysen, Deutsch-Französisches Institut, Nr. 21 (2006) 1, S. 7; www.dfi.de.

Wohnungsnot besonders für die einkommensschwachen Schichten weiter verschärft.¹³

Exklusion von Bildung und Arbeit

Die regelmäßigen Berichte über die Politik der Stadtentwicklung sind eine wichtige Quelle für Sozialstatistiken, die Rückschlüsse auf die Situation der Einwanderer erlauben. Denn gemäß dem bisher geltenden Grundsatz der Gleichstellung werden in Frankreich keine Daten über die „rassische“, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit der Bürger französischer Nationalität gesammelt. Deshalb können exakte Angaben über den Bildungsstand und die Beschäftigungsquote nur für bestimmte Siedlungsräume erhoben werden. Sie lassen sich nicht einzelnen ethnischen Gruppen zuordnen, sondern nur nach Nationsangehörigkeit aufgliedern. Deshalb ist selbst bei wissenschaftlichen Publikationen Vorsicht geboten, wenn exakte Angaben über die soziale Lage der Einwanderer präsentiert werden. Meist wurden sie aus den genannten Statistiken zur Stadtpolitik abgeleitet, da die Immigranten überwiegend in den sensiblen Stadtvierteln (ZUS) leben.

Die Tatsache, dass etwa die Hälfte der jungen Erwachsenen in den ZUS bis zum Alter von 34 Jahren noch keine eigene Wohnung hat, ist ein deutliches Zeichen für eine weit verbreitete ökonomische Unselbstständigkeit und Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt. So ist die Arbeitslosenrate in den Banlieue und damit auch unter den Immigranten mit ca. 22 Prozent (2005) mehr als doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt. Besonders problematisch ist die Lage der 15- bis 24-Jährigen, die zu 42 Prozent keine Arbeit gefunden haben. Entsprechend niedrig fällt das verfügbare Haushaltseinkommen aus, das in den ZUS nur 61 Prozent des nationalen Durchschnitts beträgt. Weitere statistische Zahlen lassen erkennen, wie die schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit dem verhältnismäßig niedrigen Bildungsstand unter den Einwanderern in Bezug auf bestandene Diplomprüfungen zusammenhängen: Unter den Jugendlichen, die außerhalb der städtischen Problemviertel aufwachsen, fal-

len etwa 20 Prozent durch, während Heranwachsende aus den ZUS zu 32 Prozent die Prüfungen nicht bestehen. Noch deutlicher zeigt sich der soziale Unterschied bei den Diplomabschlüssen: Ohne Abschlüsse blieben im Jahre 2005 landesweit 25 Prozent der Jugendlichen, unter den Einwanderern beträgt dieser Anteil rund 48 Prozent.¹⁴ Dabei beginnt die soziale Segregation schon in der Schule von Trabanten-siedlungen, wo eine schwächere Infrastruktur der Bildungseinrichtungen dazu beiträgt, dass die Kinder dort schlechtere Startbedingungen haben: Große Klassenstärken, häufig wechselndes Lehrpersonal und eine schlechtere materielle Ausstattung prägen bis heute ihren schulischen Alltag.

Anstieg von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Es liegt auf der Hand, dass die schlechteren Bildungschancen und die drohende Arbeitslosigkeit die Abwanderung von aufsteigenden Schichten aus den Banlieue begünstigen. Zurück bleiben immer häufiger diejenigen, die es trotz staatlicher Hilfsangebote nicht schaffen, diesen Teufelskreis der Chancenlosigkeit zu durchbrechen. Dies erklärt den Anstieg von Kriminalität und Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen schon lange vor den landesweiten Ausschreitungen vom November 2005. Im Pariser Département Seine-Saint-Denis, dem Ausgangspunkt der letzten Unruhen, werden jede Nacht Dutzende Autos in Brand gesteckt. Neue französische Publikationen zu diesem Thema weisen allerdings darauf hin, dass diese Gewaltakte nur von wenigen Jugendlichen inszeniert werden, während der Großteil der Einwohner diesem Treiben resignativ gegenübersteht.¹⁵

Dennoch haben diese Ereignisse unter den Franzosen Verständnis für eine Politik der harten Hand geweckt und Nicolas Sarkozy als Innenminister ermutigt, für einige Wochen den Ausnahmezustand zu verhängen.¹⁶ Trotz

¹³ Vgl. Vincent Renard, Wohnungskrise und politische Perspektiven. Die Wohnsituation in Frankreich im Jahre 2007, in: Frankreich-Analysen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris, März 2007, S. 1.

¹⁴ Vgl. Définir une politique d'immigration juste, in: Le Monde Economie vom 9. 5. 2007, S. 7.

¹⁵ Vgl. Les émeutiers: entre violence et résignation. Témoignage de Yazid Kherfi, recueilli par Véronique Le Goaziou, in: Laurent Mucchielli/Véronique Le Goaziou (Hrsg.), Quand les banlieues brûlent... Retour sur les émeutes de novembre 2005, Paris 2006, S. 87–97.

¹⁶ Vgl. Gewalteskalation in der Banlieue von Paris. Schüsse auf Polizisten und Feuerwehrleute, in: NZZ vom 4. 11. 2005, S. 1.

der berechtigten Kritik an den verübten Gewalttaten muss allerdings eine derart drastische Maßnahme mit Skepsis betrachtet werden, zumal der damalige Sozialminister Jean-Luis Borloo Alternativen aufzeigte und den Dialog mit den Jugendlichen suchte. Die Verantwortung der Regierung für eine Konfliktlösung war und bleibt bis heute so wichtig, weil sie das Bild der Öffentlichkeit über die Einwanderer entscheidend prägt. Eine undifferenzierte Analyse, die nicht mehr zwischen den eigentlichen Drahtziehern der Ausschreitungen und der schweigenden Mehrheit der Einwanderer in den Banlieue unterscheidet, wird eher Öl ins Feuer einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit gießen.

So stellte der Kommissar des Europarats für Menschenrechte, Alvaro Gil-Robles, in seinem Bericht vom Februar 2006 fest, dass seit 2000 in Frankreich ein drastischer Anstieg von Diskriminierungen aus rassistischen Motiven zu beobachten ist. Allein zwischen 2003 und 2004 hätten sich die Vorfälle von 833 auf 1 565 nahezu verdoppelt.¹⁷ Um diese Entwicklung zu stoppen, unterstützte Frankreich die Antidiskriminierungspolitik der Europäischen Union. So hat die 2005 neu eingerichtete Gleichbehandlungsstelle HALDE (Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité) bereits umfangreiche Dokumentationen veröffentlicht. Darin ist ebenso von einem drastischen Anstieg der Beschwerden von 1 410 im Jahr 2005 auf 4 058 im Folgejahr die Rede.

Allerdings sprechen diese Zahlen auch dafür, dass sich Betroffene durch die neue Antidiskriminierungspolitik zunehmend ermutigt fühlen, ihre Benachteiligungen öffentlich zu machen. Ersten Erhebungen zufolge sind allein 35,04 Prozent aller gemeldeten Fälle rassistisch oder ethnisch motiviert, dagegen geschehen nur 1,33 Prozent aus religiösen Gründen.¹⁸

¹⁷ Vgl. Report by Mr Alvaro Gil-Robles, Commissioner for Human Rights, on the effective respect for human rights in France following his visit from 5 to 21 September 2005, VIII. The problems of racism, anti-Semitism, 1. Main trends, xenophobia and the fight against discrimination, a. The increase in racism, Strasbourg, 15 February 2006.

¹⁸ Vgl. Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité (HALDE), Rapport annuel 2006, S. 10; www.halde.fr.

Die Antidiskriminierungspolitik der letzten Jahre geht allerdings weniger auf den damaligen Innenminister Nicolas Sarkozy als vielmehr auf Azouz Begag zurück, der Mitte 2005 von Jacques Chirac zum beigeordneten Minister zur Förderung der Chancengleichheit berufen worden war (Ministre délégué à la promotion de l'égalité des chances). Unter seiner Initiative hat auch die deutsch-französische Zusammenarbeit das Thema Chancengleichheit von Immigranten aufgegriffen und in zahlreichen Veranstaltungen bearbeitet.¹⁹

Das Ende der Politik der Chancengleichheit

Nur wenige Wochen nach Sarkozys Ankündigung, als Staatspräsident ein Ministerium für Immigration und nationale Identität einrichten zu wollen, ist Azouz Begag vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten, wohl wissend, dass seine Politik der Chancengleichheit unter den neuen politischen Rahmenbedingungen keine Zukunft haben würde. Selbst als Kind von algerischen Einwanderern in den Banlieue von Lyon aufgewachsen, vertrat und verteidigte er aus eigener Überzeugung das republikanische Staatsmodell und verglich es mit einem offenen Himmel.²⁰ Dies ist eine metaphorische Abwandlung des Bilds vom „sozialen Fahrstuhl“ („ascenseur social“), der die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Aufstiegs in der Frankreich symbolisiert, sofern man als Einwanderer die Werte der französischen Verfassung und des politischen Nationsmodells akzeptiert hat.

Diese Möglichkeit wird sich mit Sarkozys angekündigter Öffnung in Richtung kultureller Diversität entscheidend verringern. In seinem Konzept steht nicht mehr die Chancengleichheit des einzelnen Einwanderers im Mittelpunkt. Vielmehr wird es darum gehen, die verschiedenen Einwandererverbände als Vertreter von Interessensgruppen an der Aus-

¹⁹ Vgl. Integration und Chancengleichheit. Eine deutsch-französische Initiative, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg/Paris/Auswärtiges Amt (Hrsg.), Berlin 2007; www.dfi.de/de/pdf/integration/broschuere_integration.pdf.

²⁰ Vgl. Azouz Begag, La République a ciel ouvert. Rapport pour Monsieur le ministre de l'Intérieur, de la sécurité et des libertés locales, Novembre 2004, S. 7.

gestaltung der Politik zu beteiligen. Über die Zuordnung zu einer bestimmten kollektiven Identität wird dann dem einzelnen Immigranten eine gesellschaftliche Partizipation ermöglicht. Mögen die einzelnen Verbände und Organisationen gute Arbeit leisten und die sozialen Belange oder politischen Interessen ihrer jeweiligen Gruppen nach bestem Gewissen vertreten. Es ergeben sich aus diesem Konzept jedoch eine ganze Reihe neuer Schwierigkeiten und Widersprüche.

Ein grundsätzliches Problem zeigt sich darin, dass ein solches multikulturalistisches Konzept nur funktionieren kann, wenn das traditionelle Identitätsbewusstsein der Einwanderer entlang ihrer nationalen, ethnischen oder religiösen Zuordnung noch intakt ist oder sogar weiter gestärkt wird. Dies ist z. B. das erklärte Ziel der einzelnen Verbände des von Sarkozy geschaffenen Muslimrats CFCM. Diese unterscheiden sich nicht etwa in ihrer religiösen Lehre, sondern durch die nationale Herkunft ihrer Mitglieder und deren Verhältnis zum politischen System ihrer Herkunftsländer. Sie haben ein unmittelbares Interesse daran, dass die algerische, marokkanische oder türkische Identität unter den Muslimen nicht verloren geht. Dies widerspricht allerdings den erklärten Absichten des neu geschaffenen Ministeriums, das den Einwanderern in Zukunft „die nationale Identität Frankreichs“ vermitteln möchte.

Es bieten sich verschiedene Erklärungen an, warum das neue Ministerium für Einwanderung, Integration, nationale Identität in einem Atemzug einander derart widersprechende Konzepte präsentiert hat. Es mag vielleicht auf einen Mangel an Fachkompetenz zurückgehen. So wächst derzeit die inhaltliche Kritik unter französischen Wissenschaftlern an der Einrichtung eines solchen Ministeriums.^[21] Denkbar ist aber auch, dass es dem Staatspräsidenten weniger um eine kohärente Einwanderungs- und Integrationspolitik geht als vielmehr um einen populistischen Kurs, der ihm den Weg zu weiteren Wahlsiegen ebnet.

Dabei gewinnt das Thema der Religionen und der Stellung der Kirchen vor allem für

konservative Wählerschichten zunehmend an Bedeutung. So hatte Nicolas Sarkozy schon 2004 in seinem Buch „Die Republik, die Religionen, die Hoffnung“ eine Revision des Trennungsgesetzes von 1905 und eine staatliche Finanzierung der „großen Kirchen“ gefordert.^[22] Viele Kardinäle in Frankreich haben diese Idee mit Skepsis zur Kenntnis genommen, denn sie wissen aus der französischen Geschichte, dass eine Finanzierung der katholischen Kirche immer mit einer direkten politischen Einflussnahme verbunden war. Nicht zuletzt kritisierte jüngst der Präsident der protestantischen Föderation, Pastor Jean-Arnold de Clermont, Sarkozys Finanzierungsprojekt. Die Protestanten befürchten, sie könnten gegenüber den Muslimen als zweitgrößte Religionsgemeinschaft entscheidend benachteiligt werden.^[23]

Widersprüchliche Konzepte in der Sozialpolitik

So wäre es durchaus denkbar, dass Staatspräsident Sarkozy mit seiner Politik der kulturellen Diversität nicht ein multikulturalistisches, sondern längerfristig sogar ein kulturalistisches Konzept verfolgt. Danach gäbe es eine vom Staat offiziell anerkannte kulturelle Identität, etwa das Bekenntnis zur katholischen Kirche, von der sich die Nationszugehörigkeit ableiten ließe. Andere kulturelle Zugehörigkeiten kämen auf diesem Wege in die Rolle einer Minderheit oder könnten in eine gesellschaftliche Randposition abgeschoben werden. Der Schritt zu einer nationalistischen Ideologie wäre dann nicht mehr weit, und wenn die als fremd empfundenen kulturellen Identitäten als minderwertig betrachtet und von der gesellschaftlichen Partizipation tendenziell ausgeschlossen werden, wäre er bereits getan.

Weniger spekulativ lässt sich dagegen analysieren, wie das Thema der sozialen Reintegration arbeitsloser Immigranten im März vergangenen Jahres von der Regierung in Dienst genommen wurde, um den Kündigungsschutz zu lockern. Sie hatte nämlich ein bereits angenommenes Gesetz für Chancengleichheit ohne Zustimmung der National-

^[21] Vgl. Immigration. La contestation des chercheurs contre le ministère s'amplifie, in: Le Monde vom 29. 6. 2007, S. 11.

^[22] Nicolas Sarkozy, La République, les religions, l'espérance, Paris 2004, S. 148.

^[23] Vgl. Difficultés de construction des mosquées: le pasteur de Clermont évoque „une discrimination“, in: Le Monde vom 29. 6. 2007, S. 11.

versammlung erweitert, um befristete Verträge für Berufseinsteiger zu ermöglichen (CPE). Sie begründete ihr Projekt mit der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen insbesondere für Jugendliche aus den benachteiligten Banlieue.¹²⁴ Wochenlange Protestaktionen an den Hochschulen des Landes zwangen die Regierung schließlich zur Rücknahme des Gesetzes.

Abgesehen von der kontrovers diskutierten Frage, ob befristete Arbeitsverträge tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen, bleibt auch umstritten, ob und mit welcher zeitlichen Wirkung ein solches Gesetz dazu beitragen kann, die Arbeitslosenrate von 42 Prozent unter den Jugendlichen der Banlieue zu senken. Aktuell bleibt dieses Thema nicht zuletzt deshalb, weil die neue Regierung unter einem hohen Reformdruck steht, um das in den Wahlen versprochene Wirtschaftswachstum auch tatsächlich zu erreichen. Dabei drängen u. a. Experten der OECD Frankreich zu tief greifenden strukturellen Veränderungen und erwarten „einen Abbau der Staatsausgaben, eine höhere Arbeitsmarktflexibilität, die Eliminierung von Wettbewerbsbehinderungen und eine Intensivierung der Privatisierungen“.¹²⁵ Dieses pauschale Reformpaket ignoriert nicht nur die Probleme der sozialen Reintegration arbeitsloser Einwanderer in den Arbeitsmarkt. Es entbehrt auch jeglicher Voraussicht auf die sozialen Folgen, die solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die sozialen Brennpunkte mit sich bringen.

Widersprüche in der Einwanderungspolitik

Doch gibt es auch die Stimmen derer unter den OECD-Experten, die durchaus einen direkten Zusammenhang zwischen Einwanderungs-, Integrations- und Sozialpolitik sehen. So kritisierte Jean-Pierre Garson, ein Spezialist für Migrationsfragen, den neuen Kurs einer „ausgesuchten Einwanderung“. Ihn be-

schäftigen weniger die Folgen einer restriktiven Politik der Familienzusammenführung. Vielmehr sieht er in der jüngsten Entscheidung der Regierung, den Anteil qualifizierter Facharbeiter aus dem Ausland von derzeit sieben auf 50 Prozent aufzustocken, ein hohes Risiko. Seiner Einschätzung nach wird sie vor allem jene Einwanderer enttäuschen, die trotz ihrer fachlichen Qualifikation arbeitslos geblieben sind.¹²⁶

Schließlich zeigt sich noch eine weitere konzeptionelle Schwachstelle. Im vergangenen Jahr hat Nicolas Sarkozy zusammen mit dem deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble eine gemeinsame Initiative für eine europäische Einwanderungspolitik gestartet. Dabei griffen sie das Konzept der zirkulären Migration auf: Über eine befristete Arbeitserlaubnis für die Zeitspanne von drei bis fünf Jahren möchten sie den Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitnehmer öffnen und gleichzeitig durch Abkommen mit den Herkunftsländern deren Rückkehr in ihre Heimat sicherstellen. Zwar fügt sich der Kurs der „ausgesuchten Einwanderung“ nahtlos in das Konzept der zirkulären Migration ein. Doch stellt sich die Frage, welche Aufgabe in diesem Zusammenhang dem neuen Ministerium von Brice Hortefeux zugeordnet wird.

Statt mit dem neuen Ministerium Einwanderung und Integration konzeptionell stärker miteinander zu verbinden, werden beide Politikbereiche zukünftig stärker voneinander getrennt. Unter Einwanderung soll offenbar ein zeitlich begrenzter Aufenthalt verstanden werden, der aber kein Bleiberecht nach sich zieht. Dies scheint aus Sicht der neuen Regierung ein einfacher Weg zu sein, neue Integrationsprobleme zu vermeiden. Dennoch wird man nicht umhin können, sich neben den aktuellen Integrationsproblemen auch mit den vielschichtigen Ursachen von Migration auseinanderzusetzen.

¹²⁴ CPE = Contrat première embauche ; vgl. Assemblée nationale, Projet de loi pour l'égalité des chances, 10 février 2006; Französische Botschaft (Hrsg.), Frankreich-Info: Der Einstellungsvertrag (CPE) und das Gesetz zur Chancengleichheit, Berlin, 23. 3. 2006; www.botschaft-frankreich.de/IMG/egalite_chance.pdf.

¹²⁵ Diffuses Unwohlsein in Frankreich. Die OECD ortet Strukturschwächen und rät zu Reformen, in: NZZ vom 28. 6. 2007, S. 10.

¹²⁶ Vgl. Jean-Pierre Garson, La France risque de décourager les migrants qualifiés, in: Le Monde vom 11. 7. 2007, S. 9.

APuZ

Nächste Ausgabe 39/2007 · 24. September 2007

Afghanistan und Pakistan

Conrad Schetter

Lokale Macht- und Gewaltstrukturen in Afghanistan

Matin Baraki

Nation-building in Afghanistan

Babak Khaltbari

Afghanistan unter dem Terror der Taliban

Andreas Rieck

Pakistan zwischen Demokratisierung und „Talibanisierung“

Christian Wagner

Pakistanische Außenpolitik zwischen Kaschmir und Afghanistan

Joachim Betz

Hintergründe des anhaltenden indisch-pakistanischen Dialogs

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Sabine Klingelhöfer

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Adolf Kimmel

3-11 Die französischen Wahlen vom Frühjahr 2007

Nicolas Sarkozy hat die Präsidentschaftswahl gewonnen, weil er der überzeugendere Kandidat mit dem besseren Programm war, professioneller Wahlkampf führte und von seiner Partei geschlossener unterstützt wurde als Ségolène Royal von ihrer.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

11-18 Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs?

Jacques Chirac hinterlässt ein europapolitisch gespaltenes Frankreich. Der neue Präsident Nicolas Sarkozy trug bisher höchst wirksam zur Lösung dieser Krise bei. Sein Nationalegoismus und seine Führungsansprüche werfen aber Zweifel auf, ob er einen konstruktiven europapolitischen Kurs fahren wird.

Stephan Martens

18-25 Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy

Mit der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Präsidenten zeigt sich die französische Diplomatie selbstbewusster und flexibler. Das neue Staatsoberhaupt will die Lähmung der EU überwinden und neue Akzente in der Mittelmeer- und Afrika-politik setzen.

Wolfram Hilz

25-32 Perspektiven der „neuen“ deutsch-französischen Beziehungen

Der Beitrag untersucht, ob es bereits ausreichend Indizien für die Entwicklung guter deutsch-französischer Beziehungen unter Merkel und Sarkozy über die Phase des euphorischen „Honeymoon“ hinaus gibt.

Frank Eckardt

32-39 Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue

Im November 2005 erlebte Frankreich die bis dahin schwersten Aufstände von jugendlichen Vorstadtbewohnern. Deren Probleme werden heute vor allem als Sicherheitsfrage diskutiert. Die Angst vor der Ghettoisierung, Polizeimaßnahmen oder die „Stadtpolitik“ werden der komplexen Problemlage nicht gerecht.

Sabine Riedel

40-46 Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit

Nicolas Sarkozy hat einen „Bruch“ mit den republikanischen Traditionen Frankreichs gefordert. Der Beitrag möchte dieser zentralen These nachgehen und dabei prüfen, welches Konzept Sarkozy seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten am 6. Mai 2007 der Politik der Chancengleichheit entgegensetzen hat.